



11. Sitzung

Düsseldorf, Freitag, 1. Oktober 2010

Mitteilungen des Präsidenten 785

1 Rot-grüne Landesregierung bläht Umweltbürokratie auf

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/241 785

Kai Abruszt (FDP) 785
Rainer Deppe (CDU) 786
André Stinka (SPD) 787
Hans Christian Markert (GRÜNE) 789
Michael Aggelidis (LINKE) 791
Minister Johannes Remmel 792
Manfred Palmen (CDU) 794
Rainer Schmeltzer (SPD) 795
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 796
Dr. Gerhard Papke (FDP) 797
Rainer Deppe (CDU) 799
Minister Johannes Remmel 800
André Stinka (SPD) 801

2 Empfehlungen des Landesrechnungshofes zügig umsetzen – Umgehung der Schuldenregel des Bundes verhindern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/208 802

Christian Möbius (CDU) 802
Eva Lux (SPD) 803
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 804
Angela Freimuth (FDP) 805
Michael Aggelidis (LINKE) 806
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 807

Ergebnis 808

3 Erfolgreichen Kurs fortsetzen – Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/209 808

Christian Weisbrich (CDU) 808
Stefan Zimkeit (SPD) 811
Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) 813
Angela Freimuth (FDP) 814
Rüdiger Sagel (LINKE) 816
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans 817
Ulrich Hahnen (SPD) 819

Ergebnis 820

4 Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung „Loveparade Duisburg“

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/216 820

Anna Conrads (LINKE) 820
Peter Biesenbach (CDU) 821
Thomas Stotko (SPD) 822
Matthi Bolte (GRÜNE) 824
Horst Engel (FDP) 824

Ergebnis 826

5 Fragestunde

Drucksachen 15/227, 15/254, 15/255, 15/256 ... 826

Dringliche Anfrage 12

des Abgeordneten
Dietmar Brockes (FDP)

<i>Unterstützt die Landesregierung die Einführung einer verfassungswidrigen Steuer?.....</i>	826	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/218.....	845
Minister Ralf Jäger	826	Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	845
Minister Dr. Norbert Walter-Borjans	831	Stefan Wiedon (CDU)	846
Minister Ralf Jäger	831	Iris Preuß-Buchholz (SPD)	847
Minister Harry Kurt Voigtsberger	832	Sigrid Beer (GRÜNE)	848
Minister Ralf Jäger	832	Gunhild Böth (LINKE).....	850
Minister Harry Kurt Voigtsberger	834	Ministerin Sylvia Löhrmann.....	851
Minister Ralf Jäger	834	Astrid Birkhahn (CDU).....	852
Dringliche Anfrage 13		Ralf Witzel (FDP).....	854
des Abgeordneten Peter Preuß (CDU)		Gunhild Böth (LINKE).....	855
<i>Versorgt die grün-rote Minderheitsregierung ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten mit Edelposten?.....</i>	835	Ministerin Sylvia Löhrmann.....	855
Minister Guntram Schneider.....	836	Ergebnis	856
Dringliche Anfrage 14		Nächste Sitzung	856
Schriftliche Beantwortung (siehe Anlage)		Anlage	857
Mündliche Anfrage 3		Schriftliche Beantwortung Mündlicher Anfragen – TOP 5 (Fragestunde)	
Beantwortung in der nächsten Fragestunde		Schriftliche Beantwortung der Dringlichen Anfrage 14	
Mündliche Anfrage 5		des Abgeordneten Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU)	
Beantwortung in der nächsten Fragestunde		<i>Angehöriger der Landesregierung lädt zu einer Veranstaltung der SPD-Landtags- fraktion ein.....</i>	857
Mündliche Anfrage 7		Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 7	
Schriftliche Beantwortung (siehe Anlage)		des Abgeordneten Marcel Hafke (FDP)	
Mündliche Anfrage 8		<i>Wer darf an den vom Ministerium für Familie, Kinder und Jugend angesetzten Regionalkonferenzen im Vorfeld der Ki- Biz-Evaluation teilnehmen?.....</i>	857
Beantwortung in der nächsten Fragestunde			
Mündliche Anfrage 9			
Beantwortung in der nächsten Fragestunde			
Mündliche Anfrage 10			
Beantwortung in der nächsten Fragestunde			
Mündliche Anfrage 11			
Beantwortung in der nächsten Fragestunde			
6 Ganztagsangebot bedarfsgerecht weiter ausbauen – Flexibilisierung an weiterführenden Schulen ermöglichen		Entschuldigt waren:	
		Ministerin Dr. Angelica Schwall-Düren	
		Minister Harry Kurt Voigtsberger (ab 14:15 Uhr)	
		Holger Müller (CDU)	
		Bernhard Recker (CDU)	
		Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) (ab 12:00 Uhr)	
		Margret Vosseler (CDU)	

Hubertus Kramer (SPD)

Dr. Ingo Wolf (FDP)

Özlem Alev Demirel (LINKE)

(bis 12:00 Uhr)

Wolfgang Zimmermann (LINKE)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Eckhard Uhlenberg: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 11. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **acht Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden im Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute Herr **Hans Christian Markert** von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Markert wird 42 Jahre jung; man darf das bei Ihnen noch sagen. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute im Namen aller Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bevor ich in die Tagesordnung eintrete, habe ich eine Bitte vorzutragen, mit der die Saaldienner an mich herangetreten sind: Wenn Sie hinter dieser Wand hier ein Glas Wasser getrunken haben, bitten wir Sie, die Gläser – auch aus hygienischen Gründen – wieder auf das Tablett zu stellen. Das ist sicher ein berechtigter Wunsch und ein kleiner Beitrag, den wir sicherlich alle leisten können, um die Arbeit der sehr engagierten Kolleginnen und Kollegen noch etwas angenehmer zu machen. – Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Tagesordnungspunkt

1 Rot-grüne Landesregierung bläht Umweltbürokratie auf

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/241

Die Fraktion der FDP hat mit Schreiben vom 27. September 2010 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu einer aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden FDP-Fraktion Herrn Abgeordneten Abruszat das Wort.

Kai Abruszat (FDP): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über 100 neue Planstellen sollen in der Umweltverwaltung geschaffen werden. Wenn man den Zeitungsberichten glauben darf, die den zuständigen Minister zitieren, sind es sogar 300 Stellen, die in der kommenden Zeit geplant sind.

Meine Damen und Herren, ich kann erahnen, was die Regierungsfraktionen gleich in dieser Aktuellen Stunde entgegnen werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann können wir uns die Diskussion ja sparen!)

Sie werden entgegnen, die FDP kümmere sich nicht um die Sicherheit der Bürger. Ich sage Ihnen an dieser Stelle klipp und klar: Ja, ich lege hier für die Fraktion ein Bekenntnis zum Industriestandort, zum Chemiestandort und damit auch zum Anlagenstandort ab.

(Zuruf von der SPD: Dann kann ja nichts mehr passieren! – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Wir wollen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger eine schlanke und effiziente Umweltverwaltung. Was wir aber nicht wollen, ist eine Gigantomanie in der Umweltbürokratie.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auf die Zwischenrufe, gerade auch der SPD, die man hier so vernimmt – Zwischenfragen sind in der Aktuellen Stunde ja leider nicht gestattet –,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ja, schade!)

kann ich nur entgegnen: Ich weiß gar nicht, ob Sie nicht merken, dass die Grünen als Ihr Koalitionspartner Sie am Nasenring durch die Manege führen und ständig mit solchen Stellen vorführen.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Zurufer von der SPD)

Das, was Ihnen in Ihren Ministerien fehlen wird – beispielsweise im Ministerium für Wissenschaft –, das verausgaben Sie jetzt an völlig falscher Stelle, und das ist auf jeden Fall der völlig falsche Weg für Nordrhein-Westfalen.

Sehr erhellend war dazu gestern der Bonner „General-Anzeiger“:

(Zuruf von den GRÜNEN: Wie üblich!)

Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg kündigen an, bei Personalkosten sparen zu wollen. Ähnliches hat Mecklenburg-Vorpommern vor, heißt es hier weiter. Auch in Schleswig-Holstein, Brandenburg, Hamburg, Thüringen, Hessen, im Saarland und in Bayern haben sich die Finanzminister zum Ziel gesetzt, möglichst wenig neue Schulden zu machen und den Haushaltshaushalt zu hinzubekommen – auch mit Personalkosteneinsparungen.

An die Adresse der Linkspartei: Sehr interessant ist das, was auf der Homepage des Landes Berlin unter der der Senatsverwaltung für Inneres steht – ich zitiere –:

Von entscheidender Bedeutung für die Konsolidierung des Landeshaushalt ist die Reduzierung der Personalkosten in der öffentlichen Verwaltung.

Da kann ich nur sagen: Gratuliere, dass Sie seitens der Linkspartei das in Berlin so hervorragend mitmachen. Daran sollten Sie sich hier in Nordrhein-Westfalen mal ein Beispiel nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Sehr interessant waren die Ausführungen von Reiner Priggen, dem Kollegen bei den Grünen, bei der Debatte um den Nachtragshaushalt am Mittwoch dieser Woche. Wenn Sie schon aus Schriftstücken zitieren, dann sollten Sie das vollständig tun. Prüfaufträge zu Personalüberhängen waren auch dort zu lesen. Das wurde hier nicht zitiert, weil es Ihnen politisch nicht in den Kram passt.

Meinen Damen und Herren, das, was wir kritisieren, ist dass diese Landesregierung keine Gesamtstrategie hat. Ich habe den Eindruck, dass in Sachen Personalkosten überhaupt nicht um Stellen gerungen wird, dass es kein ressortübergreifendes Denken gibt, jedes Ministerium einfach Planstellen anmeldet, so wie es für richtig empfunden wird, dass es keine aufgabenkritische Prüfung des Personalbestandes gibt. Das aber, meine Damen und Herren, ist eine Daueraufgabe, der sich diese Landesregierung stellen muss. Darum kommen Sie nicht herum, auch wenn es unpopuläre und unangenehme Maßnahmen sind, um die es geht.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, dem Ganzen hat aus meiner Sicht dann unser neuer Innenminister die Krone die aufgesetzt. Am 28.09. wird in der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“ mit der Überschrift getitelt: Jäger fordert neue Sparopfer der Städte. – Es heißt weiter – Zitat -: Es muss noch einmal deutliche Konsolidierungsanstrengungen der Kommunen geben. – Völlig richtig! Das, was im Leitfaden des Innenministers zitiert wird, wie Städte und Gemeinden mit Personalausgaben umzugehen haben, ist dann aber ein Schlag ins Gesicht für jeden aufrechten Kommunalpolitiker. Sie predigen Wasser und trinken selbst Wein, meine sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Die Messlatte, die Sie an die Kommunen anlegen, müssen Sie als Landesregierung auch an sich selber anlegen. Das ist das Entscheidende, meine Damen und Herren. Ich denke, dass Sie bei den Städten und Gemeinden für sehr, sehr viel Unfrieden sorgen werden.

Politik ist Handwerk. In der Politik müssen unangenehme Entscheidungen getroffen werden. In der Politik geht es darum, auch unpopuläre Maßnahmen zu treffen und sie am Ende populär zu machen. Das vermisste ich hier ganz entschieden. Ganz entschieden wehren wir uns auch gegen eine Zentralisierung der Umweltverwaltung. Sollte die kommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wäre das ein Rückfall in alte Zeiten vor 2005. Das ist mit uns nicht zu machen.

Ich möchte mit einem schönen Zitat schließen, das Sie kennen. Erich Kästner hat ja einmal gesagt, es gibt nichts Gutes, außer man tut es. – Tun Sie endlich einmal etwas Gutes. Werden Sie Ihrer Verantwortung als Landesregierung gerecht! Korrigieren Sie in Ihren Haushaltsplanentwürfen diese Stellenauswüchse in dieser Umweltbürokratie! – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Deppe das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute Morgen über 300 neue Stellen im Bereich des Umweltministeriums. Wahrscheinlich werden Sie sagen: Was sind denn 300 Stellen? Darüber braucht man doch wohl nicht eine ganze Stunde lang zu diskutieren!

Aber ich sage Ihnen: Einen so dreisten Vorgang im personalpolitischen Bereich habe ich in meiner politischen Laufbahn bisher nicht erlebt.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Wo waren Sie denn in den letzten fünf Jahren?)

Das mag vielleicht daran liegen, dass ich zum ersten Mal in einem politischen Gremium sitze, in dem die Grünen und die Roten die Mehrheit haben, und ich zum ersten Mal erlebe, wie Sie ungeniert das Geld der Bürger ausgeben, Geld, das dazu noch überhaupt nicht da ist. Sie starten Ihren ersten Haushalt mit einer noch die dagewesenen Verschuldung des Landes. Trotz steigender Steuereinnahmen treiben Sie die Neuverschuldung um 35 % auf fast 9 Milliarden € hoch. Über die Rückzahlung machen Sie sich überhaupt keine Gedanken. Wenn es ans Zurückzahlen geht, meine Damen und Herren, sind Sie schon lange nicht mehr im Amt. Aber unsere Kinder – wahrscheinlich sogar noch unsere Enkel – werden über 40 Jahre lang für Ihre Schulden Jahr für Jahr aufkommen müssen.

Wie Sie sich die 300 Stellen besorgen, zeigt schon exemplarisch, mit welcher Dreistigkeit Sie vorgehen.

Auf der letzten Seite des Einzelplans 10 werden gerade einmal 500.000 € für 100 Stellen ausgewiesen. Dass Sie mit 5.000 € pro Stelle nicht weit kommen, ist Ihnen auch klar. Sie schreiben aber nicht, dass diese Stellen schon im nächsten Jahr 6 Millionen € kosten werden. Am 24. September schreiben Sie in einer Pressemitteilung des Ministeriums ganz schamhaft von den ersten 100 Stellen. Erst als die „WAZ“ nachfragt, rücken Sie mit der Wahrheit heraus und sagen, dass Sie in Wahrheit nicht 100, sondern 300 Stellen einrichten wollen. Clever gemacht, könnte man sagen. Sie beginnen

mal ganz unauffällig mit 500.000 €, und in Wirklichkeit geht es Jahr für Jahr um 18 Millionen €, meine Damen und Herren.

Das ist also das, was die Landesregierung unter Offenheit, Klarheit und Wahrheit versteht. Dass dem Haushaltsgesetzgeber die wahren Absichten nicht hier an diesem Ort, dem Parlament, sondern über die Presse mitgeteilt werden, hat auch schon eine ganz besondere Qualität. Ich muss Ihnen sagen, auch das hat mit dem versprochenen offenen Umgang, den Sie ja so vor zwei Wochen in der Regierungserklärung groß angekündigt haben, nun überhaupt nichts zu tun. Transparenz, Aufeinanderzugehen – so etwas kennen Sie offenbar nur in Ihren Reden, aber in der Realität findet das nicht statt.

Ich weiß ja nicht, wie in grünen und roten Häusern so der Umgang miteinander ist, aber eines weiß ich ganz genau: Wenn man bei uns im Bergischen Land Leute einlädt und versucht, die Gäste schon bei der Einladung zu „belümmeln“, dann muss man sich nicht wundern, wenn keiner kommt und wenn zumindest die anständigen Leute einen ganz weiten Bogen um dieses Haus machen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Jetzt werden Sie uns ja gleich erklären, dass schon zu unserer Regierungszeit zusätzliche Stellen vom Haus angefordert worden seien – vollkommen unbestritten. Um das einmal direkt klarzustellen. Die Aufhebung, Herr Remmel, der 23 Befristungen der Revierförster im gehobenen Dienst wird von uns ausdrücklich unterstützt.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Wir hatten zugesagt, dass die Befristungen im Landesbetrieb Wald und Holz zeitlich begrenzt sein sollten. Und es entspricht unserer Absicht, in allen 300 Forstbetriebsbezirken, eine verlässliche und dauerhafte Betreuung des Waldes, der Kleinwaldbesitzer und der Forstbetriebsgemeinschaften sicherzustellen.

Wenn Sie unsere gute Politik fortsetzen, Herr Remmel, haben Sie selbstverständlich unsere Unterstützung.

(Beifall von der CDU)

Auch bei der Umweltverwaltung sind neue Mitarbeiter erforderlich. Darauf hatte Eckhard Uhlenberg bereits hingewiesen. Und insbesondere hatte er auf ein Generationenmanagement gedrängt, vor allem um frühzeitig gegenzusteuern, damit es in der Zukunft keine fachlichen Engpässe geben wird.

Aber eines ist doch auch klar: Wenn man für die Aufgaben in der Umweltverwaltung zusätzliche Stellen braucht, dann muss man eben sehen, wie man diesen Mehrbedarf abgedeckt bekommt. Aber was machen Sie? – Sie verfahren so, wie Sie es immer gemacht haben: Wir haben zwar kein Geld,

aber wir lassen uns auch nichts einfallen. Wir haben zwar auch keinen Deckungsvorschlag, aber die Stellen werden eingerichtet. – So geht das doch nicht, meine Damen und Herren!

Im Geschäftsbereich des Umweltministers gibt es 3.000 Stellen. Und da soll es keine andere Lösung geben, als 10 % zusätzliche Stellen einzurichten? Umschichtungen, Umorganisationen, Auftragsvergaben an vereidigte Sachverständige, Selbstüberwachung oder Aufgabenverteilung an den TÜV, an die DEKRA – natürlich gegen Kostenerstattung – könnten vernünftige Lösungsansätze sein, aber darauf kommen Sie nicht. Sie kennen nur einen Weg: Es gibt ein Problem – und die Antwort bei Grünen und SPD ist immer die Gleiche: Mehr Personal und neue Ausgaben.

Dieser Nachtragshaushalt ist ein Paradebeispiel grün-roter Haushaltspolitik: neue Ausgaben, neue Stellen und keinen einzigen Einsparvorschlag; Deckungsvorschlag – Fehlanzeige; Einsparen – Fehlanzeige; bezahlen – Fehlanzeige. – Kennen Sie diese Wörter überhaupt? Warum wir das heute überhaupt machen sollten, fragen Sie sich wahrscheinlich. Bezahlen, das ist doch etwas für unsere Kinder. Das sollen die doch machen. Die sind doch noch jung genug. Die haben doch noch viel länger Zeit zurückzuzahlen. Genau in dieser Art und Weise führen Sie sich auf.

9 Milliarden € neue Schulden in diesem Jahr – da müssen doch wohl 10 % mehr Stellen im Königreich Remmel möglich sein. Das wird man doch wohl noch hinbekommen.

Das Wort „Nachhaltigkeit“, meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD, kommt 24-mal in der Regierungserklärung von Frau Kraft vor.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das ist auch gut so!)

Dabei wäre es nur ein einziges Mal korrekt gewesen, nach dem, was Sie hier präsentieren, nämlich nachhaltig jedes Jahr mehr Schulden und das alles zulasten unserer Kinder. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Abruszt, es ist schon schade, wofür Erich Kästner eigentlich herhalten muss. Wenn Sie hier anfangen, Erich Kästner zu zitieren, und wenn Sie von der Bedeutung des Industriestandortes reden, möchte ich darauf hinweisen, dass von Bedeutung und Beteuerung keine CO-Pipeline gebaut und kein Kraftwerk gebaut wird, sondern von den Taten, von denen

Erich Kästner spricht. Und das vergessen Sie immer, weil Sie das ausblenden.

(Beifall von der SPD)

Ich kann ja verstehen, dass die FDP-Fraktion als kleine Oppositionspartei hier Anträge stellt, um sich wieder in Erinnerung zu bringen. Dieser Antrag ist aber völlig unredlich, Herr Abruszt. Wir reden hier heute über den Nachtragshaushalt, über die Schlussbilanz Ihrer verkorksten Regierungspolitik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Neue Projekte werden wir ab 2011 in den Haushalt einstellen. Wir sind im Moment dabei, die Fehler auszubügeln, die Sie trotz der Hinweise aus der Wirtschaft gemacht haben.

Wir haben gestern den Kollegen Priggen hier gehört, der die katastrophale Unterbesetzung in der Umweltverwaltung durch Beschluss des CDU/FDP-Kabinetts deutlich gemacht hat. Das von ihm schon zitierte Schreiben des damaligen Umweltministers Uhlenberg spricht Bände. Die Kolleginnen und Kollegen, die in der Umweltverwaltung noch so motiviert und engagiert arbeiten, können irgendwann aufgrund mangelnder Personalstärke diese Unterbesetzung nicht mehr ausgleichen.

Wenn Sie mir nicht glauben – das billige ich Ihnen ja zu –, dann fragen Sie die Regierungspräsidentinnen und -präsidenten. Einer davon werden Sie sicherlich vertrauen, und die wird Ihnen sagen, dass die tatsächliche Arbeit durch Gesundbieten so nicht zu leisten ist.

(Beifall von der SPD)

Herr Uhlenberg hat damals in seinen Aussagen deutlich gemacht, dass die Grenze der Belastbarkeit erreicht sei. Hier ist nämlich der Unterschied zwischen Theorie und Praxis: Nicht eine Stelle, ein Zahl im Haushalt, sondern der tatsächliche Mensch und Sachbearbeiter entscheidet und muss sorgfältig prüfen, Kolleginnen und Kollegen. Da können wir in der Form nicht vorgehen.

Zum Glück haben die Wähler ja die Reißleine gezogen und Ihnen das Vertrauen entzogen, um für dieses Land weiter tätig zu werden. Die Probleme sind hausgemacht. Und wir wissen, als Sie die Umweltverwaltung umstrukturiert haben, haben nicht nur wir, nicht nur die Grünen, nicht nur der NABU, sondern hat sich auch der BDI damals gegen diese Umstrukturierungspläne deutlich ausgesprochen. Nicht einmal ein wirtschaftsnaher Verein oder Verband war auf Ihrer Seite.

Warum war das nicht so? Dem BDI ist ganz klar, dass für Unternehmen deutlich werden muss, dass sie verlässliche Entscheidungen und Planungssicherheit bekommen. Diese Planungssicherheit kann durch die Umverteilung in der Umweltverwaltung so nicht gewährleistet werden.

Bei Ihnen ist der Reflex deutlich erkennbar, dass Umwelt- und Klimathemen eine Gesellschaft immer belasten. Nein, das sind Standortfaktoren. Ich bin absolut davon überzeugt, dass uns Vorfälle wie in Köln und Dortmund deutlich machen, dass der Standort so geschwächt wird und weniger Investoren Nordrhein-Westfalen aufsuchen werden. Sie brauchen klare rechtsstaatliche und verlässliche Genehmigungsverfahren.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wenn wir die Genehmigungsverfahren so durchführen, es zulasten der Kontrollen geht und kein Gleichklang zwischen Kontrolle und Genehmigung herrscht, wenn die Zeitabläufe zu lang sind, werden sich die Unternehmerinnen und Unternehmer fragen: Welchen Standort nutze ich eigentlich? Wenn durch Unterbesetzung in den Behörden die Genehmigungszeiten zu lang sind, wird sich ein Unternehmer für ein anderes Bundesland entscheiden.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Wir sind aber nicht dafür gewählt, Menschen aus dem Land zu treiben, sondern dafür, für Arbeit und Rechtsstaatlichkeit zu sorgen, Herr Abruszt. Dabei nützen uns keine Literaten, sondern tatsächlich staatliches Handeln.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich bin überzeugt, dass ein großer Teil der Unternehmer saubere und gute Arbeit leistet. Das ist keine Frage. Es ist aber ganz entscheidend, dass sie wissen, in welchem sicheren Umfeld sie arbeiten. Dann werden sich auch weitere Unternehmer ansiedeln.

Kontrollen sind für Unternehmer wichtig. Das sind Dinge, auf die sie sich verlassen können. Das ist eine ganz entscheidende Frage, um sich für eine Investition in Nordrhein-Westfalen zu entscheiden. Für uns als Sozialdemokraten ist ein wichtiger Grund dafür, die Umweltverwaltung so auszustatten, dass Menschen auf dieses Vertrauen aufbauen können, dass wir doch nicht diejenigen bestrafen sollten, die sich an Regeln und Verordnungen halten, sondern die stärken müssen, die sich einem fairen und freien Wettbewerb stellen. Dafür steht die SPD-Fraktion.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren häufig über Akzeptanz gesprochen. Wir sind ein industrialisiertes Land, das nicht von Bekennnispolitik lebt, so wie die Fraktionen von CDU und FDP arbeiten, sondern von tatsächlichem praktischen Handeln für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Das setzt aber auch eine funktionierende Umweltverwaltung voraus.

Die SPD hat schon 2007 vor Augen geführt, dass diese Verwaltungsreform doch nur den Hintergrund hatte, Personal abzubauen. In Ihrer Rede beklagen Sie sich auch noch über Pensionslasten. Ich gehe davon aus, dass eine Landesregierung, die Men-

schen einstellt, auch für Pensions- und Rentenzahlungen da ist. Das ist ein Dienst- und Treueverhältnis, auf das die Behörden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein Anrecht haben, wenn wir sie einstellen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben unterschwellig erwähnt, dass es demografische Entwicklungen gibt. Ja, die gibt es. Ir-gendwann wird die öffentliche Verwaltung in Konkurrenz zu privaten Unternehmen stehen. Wir müssen auf diesen Aspekt eingehen, damit wir gutes Personal in die Landesverwaltung bekommen. Denn der schlanke Staat, von dem Sie immer so gerne reden, wird den Anforderungen, die wir in einer modernen Welt zu leisten haben, nicht gerecht. Ein ordentlich ausgestatteter Staat wird auch dafür sorgen, dass Gesetze eingehalten und umgesetzt werden und dass die Verwaltung den Menschen und Betrieben im Land Schutz gibt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Am Thema vorbei!)

Wir sind es den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen auch schuldig, dass wir ihnen nicht ständig vormachen, sie seien überflüssig und würden unnötige Arbeiten leisten, und ihnen dann auch noch vorhalten, dass sie Pensionen einfordern. Das ist kein Ziel unserer Landesregierung. Wir werden mit den Mitarbeitern anders umgehen und ihnen nicht vorhalten, dass sie überflüssig sind. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Markert das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank noch einmal für die Glückwünsche – auch an die anderen, die mir bereits gratuliert haben.

Erlauben Sie mir aufgrund meines Geburtstags vor der eigentlichen Debatte ein paar persönliche Worte. In diesen Tagen feiern wir den 20. Jahrestag der friedlichen Bürgerrevolution. Damals musste sich ein repressives System dem Willen großer Teile des Volkes beugen.

(Zurufe)

Mit Blick auf die gestrigen schlimmen Ereignisse in Stuttgart wünsche ich mir von den politisch Verantwortlichen

(Widerspruch von Hendrik Wüst [CDU])

die damals praktizierten demokratischen Tugenden als Teil unseres Selbstverständnisses.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Wie soll ich eigentlich meinen Kindern erklären, dass es sich lohnt ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, bei aller Freude über Ihren Geburtstag – wir freuen uns heute alle mit –: Das Thema dieser Aktuellen Stunde ist nicht Stuttgart, sondern die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident! Aber es muss auch möglich sein, dass man aktuelle Anlässe zum Anlass nimmt, um hier seinen Unmut über das zu äußern, was im Moment an Repression stattfindet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Unsere Solidarität gilt jedenfalls den betroffenen Kindern und Jugendlichen in Stuttgart.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Widerspruch von Ralf Witzel [FDP] und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, Sie haben die Möglichkeit, dazu einen Tagesordnungspunkt zu beantragen. Hier kann sich nicht jeder populistisch äußern, wie es ihm gerade in den Sinn kommt.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Hans Christian Markert (GRÜNE): Ich komme zum Anlass der heutigen Aktuellen Stunde. Sie ist in der Tat ein weiteres Stück aus der ideologischen Mottenkiste „Privat vor Staat“. Werte Kolleginnen und Kollegen von der FDP, was Sie hier vortragen, ist wirklich platt, unsachlich und von der Zielrichtung her verantwortungslos.

Sie wollen die Einstellung von 126 Stellen in den Nachtragshaushalt skandalisieren. Sie wollen also die bereits heute sichtbaren Auswirkungen der schwarz-gelben Umweltpolitik verstetigen. Unser Fraktionsvorsitzender Reiner Priggen hat bereits am Mittwoch die Kronzeugen der abgewählten Landesregierung – Sie, Herr Präsident Uhlenberg, und Herrn Diegel, beide bekanntlich keine Grünen – zitiert.

Herr Diegel hat in seinem Schreiben vom Juli 2010 an Herrn Uhlenberg eine ganze Reihe von Beispielen genannt, bei denen es aufgrund des von der schwarz-gelben Landesregierung betriebenen Personalabbaus in der Umweltverwaltung zu gravierenden Auswirkungen gekommen ist oder diese nur mehr zufällig abgewendet werden konnten. Ich will

aus dem Schreiben von Herrn Diegel vom 9. Juli dieses Jahres zitieren. Dort schreibt er auf Seite 2:

Infolge der unzureichenden Regel- und Anlassüberwachung musste immer häufiger eine personal- und kostenintensive Bereinigung von Umweltschäden durchgeführt werden. Dann nennt er einige Beispiele aus dem Regierungsbezirk Arnsberg aus den Jahren 2009 und 2010:

Firma Weber, Bochum, Insolvenz 2009: In der Anlage durften 1.000 t Abfälle gelagert werden. Tatsächlich wurden 5.000 t gelagert. Geschätzte Entsorgungskosten: 500.000 €. Gemeinsam mit dem Insolvenzverwalter und dank des neuen Insolvenzrechts konnten diese Kosten für das Land abgewendet werden.

Firma BBV Grothe, Dortmund: In der Anlage durften 3.000 t Abfälle gelagert werden. Tatsächlich wurden 28.000 t gelagert. Geschätzte Entsorgungskosten: 500.000 €. Der zum Glück zahlungskräftige Grundstückseigentümer hat den Vertrag mit der Firma Grothe gekündigt und organisiert zunächst auf eigene Kosten die weitere Entsorgung.

Firma Envio, Dortmund – uns allen bekannt –: Im Bereich des Dortmunder Hafens besteht seit einigen Jahren eine Umweltbelastung durch polychlorierte Biphenyle, PCB. Mit erheblichem Personal- und Finanzaufwand des LANUV und der Bezirksregierung Arnsberg konnte als Hauptverursacher die Firma Envio ermittelt werden.

Es folgt eine Reihe weiterer Beispiele von Herrn Diegel. Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, Herr Diegel ist ja Mitglied der FDP,

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Herr Diegel ist kein FDP-Mitglied!)

Ihres früheren Koalitionspartners. Sie haben eine komische Vorstellung von Koalitionen, wenn Sie ...

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Herr Diegel ist kein FDP-Mitglied!)

– Nein, aber CDU-Mitglied.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Aber Sie haben es anders gesagt!)

Ich sage: Ihres früheren Koalitionspartners. – Sie haben eine komische Vorstellung von Koalitionen, wenn Sie davon ausgehen, die Grünen würden ihren Koalitionspartner SPD am Nasenring durch die Arena zerren. Das ist nicht unser Stil. Wir pflegen einen anderen Stil.

(Lachen von der FDP)

Das gibt einen tiefen Einblick in Ihre frühere Liaison.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wollen Sie denn allen Ernstes warten, bis es zu weiteren, auch schlimmen Unfällen infolge von Personalmangel kommt? Ich jedenfalls möchte nicht,

dass Kinder in der Nähe von Industrieanlagen nichtsahnend im Sandkasten oder auf Bolzplätzen spielen, die PCB- und dioxinversucht sind, und dass sie diesen Umstand deswegen akzeptieren müssen, weil es an Personal in der Umweltüberwachungsbehörde fehlt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schauen Sie doch nach Dortmund! Stichwort: Envio – eines der von Herrn Diegel angesprochenen Beispiele! Was sagen Sie eigentlich denjenigen, in deren Blut nun PCB und Dioxin in erheblichem Umfang analysiert wird, weil es am nötigen Personal in der Umweltverwaltung gefehlt hat?

Nein, meine Damen und Herren! „Privat vor Staat“ ist zu Recht abgewählt. Die im Nachtragshaushalt vorgesehenen Stellen sind – ganz sachlich gesprochen – notwendige Vorsorgemaßnahmen. Wir wollen einen fairen Ausgleich von Nutz- und Schutzinteressen. Das unterscheidet uns eben. Sie sind der verlängerte Arm der Atom- und Pharmalobby.

(Zurufe von der FDP: Oh! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Wann haben Sie den Chor denn geübt?)

Wir stehen dazu, dass der faire Interessenausgleich von Nutz- und Schutzinteressen gegebenenfalls auch mehr Personal erfordert. Der faire Ausgleich von Nutz- und Schutzinteressen ist gelebte Nachhaltigkeit,

(Ralf Witzel [FDP]: Niemand betreibt so dreist Klientelpolitik wie die Grünen!)

von der Frau Kraft zu Recht ganz oft in ihrer Regierungserklärung gesprochen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Nun schreien Sie nicht so. Ich will jetzt noch eine Anleihe in dem liberalen Gedankengut nehmen, meine Damen und Herren von der FDP. Denn der faire Ausgleich von Nutz- und Schutzinteressen war auch mal liberales Gedankengut. Ich darf hier nur ganz kurz – ich muss nämlich zum Ende kommen – die Freiburger Thesen bemühen. Da heißt es:

„Umweltschutz hat Vorrang vor Gewinnstreben und persönlichem Nutzen.“

(Beifall von den GRÜNEN)

„Umweltschädigung ist kriminelles Unrecht.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Das stimmt ja auch!)

Das ist das genaue Gegenteil von „Privat vor Staat“. Aber so ist das eben: früher Karl-Hermann Flach, heute nur noch flach. Das ist die FDP heute. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Das war der Abgeordnete Markert von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Als Nächster hat für die Fraktion Die Linke der Abgeordnete Aggelidis das Wort.

Michael Aggelidis (LINKE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kollege Abruszat, Sie haben eben auf den Umstand hingewiesen, dass sich die Linke in Berlin für Haushaltkskonsolidierung durch Stellenabbau ausgesprochen hat. Ich will das nicht kommentieren.

(Ralf Witzel [FDP]: Dann machen Sie mal einen Vorschlag dazu!)

Aber ich kann Ihnen eines versichern: Wir Linken in Nordrhein-Westfalen sind der Auffassung, dass diese Politik, den Staatshaushalt kaputtzusparen, falsch ist und dass sie nur geändert werden kann, indem die Steuereinnahmen erhöht werden, und das geht nur durch Steuergerechtigkeit. Das heißt, die Reichen und die Vermögenden müssen zahlen.

(Beifall von der LINKEN)

Dann würde sich in diesem Staat vieles wieder zum Besseren wenden.

Die FDP-Fraktion röhmt sich des Stellenabbaus der verflossenen schwarz-gelben Landesregierung. Unter deren Ägide seien 14.000 Stellen – etwas mehr noch – abgebaut worden,

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Wie viele neue Stellen wollen Sie denn?)

während die gegenwärtige Regierung von SPD und Grünen die Umweltbürokratie angeblich mit jetzt einigen Hundert neuen Stellen – und in der Perspektive mit insgesamt 300 Stellen – neu aufblähe.

Aber gerade den Umweltschutz, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die schwarz-gelbe Vorgängerregierung sträflich vernachlässigt.

(Ralf Witzel [FDP]: Unsinn!)

Es ist darum nicht verwunderlich, wenn sich jetzt herausstellt, dass neue personelle Ressourcen geschaffen werden müssen – zumal diese neuen Stellen offenbar nicht zuletzt dafür genutzt werden, den Unternehmern genauer auf die Finger zu schauen; das scheint angesichts der Umweltskandale ja auch dringend und bitter nötig zu sein. Was nützen uns Umweltauflagen, wenn sie in der Praxis nicht eingehalten werden, weil das nicht überwacht werden kann? Ich hoffe sehr, dass diese neuen Stellen dazu dienen, gerade den Großunternehmen sehr genau auf die Finger zu schauen.

Auch die Frage, warum nicht auch in anderen Bereichen, zum Beispiel bei den Betriebsprüfern – darauf werde ich später zurückkommen –, neue Stellen geschaffen werden, sei erlaubt.

Es mag die Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion verwundern, aber mit dem grundsätzlichen Anliegen des Bürokratieabbaus gehe ich durchaus konform. Ich gehöre zu den Linken, die nicht nur gegen die Herrschaft der Kapitaleigentümer, sondern auch gegen die Gängelung der Menschen durch staatliche und andere Bürokratien eingestellt sind. Zum Beispiel bedeutet Hartz IV eine Bürokratie, die die Menschen gängelt; das ist ein ganz wichtiges Beispiel.

(Beifall von der LINKEN)

Ich weiß nicht, ob ich da Ihre Zustimmung bekomme. – Wenn aber das Schlagwort „Bürokratieabbau“ im Sinne der neoliberalen Ideologie missbraucht wird, dann kommt dabei etwas anderes heraus als eine Befreiung von Gängelung. Dann wird alles, was in öffentlicher Verantwortung geregelt wird, mithilfe des Bürokratieverbots an den Pranger gestellt. Und alles, was privat geregelt wird, obwohl es die gesamte Gesellschaft angeht, wird als Symbol für eine freie Gesellschaft hingestellt, in der die Menschen über mehr Selbstbestimmung verfügen sollten.

Wenn Sie sich aber ansehen, wie es in den Büros großer Konzerne zugeht, dann werden Sie feststellen, dass dies mit mehr Selbstbestimmung für die Menschen nichts zu tun hat. Auch diese privaten Großkonzerne haben ihre Bürokratien, die wie alle Bürokratien teils im Dienste der Verschleierung stehen – darin sind sie sogar sehr effizient – und teils Verantwortungslosigkeit und Inkompetenz produzieren. Ein großer Teil der Energie der dort Beschäftigten geht dafür drauf, sich die eigene Stellung und das Vorwärtskommen in der rigiden Hierarchie zu sichern.

Wenn die FDP wirklich für mehr Freiheit und Selbstbestimmung eintreten will, dann sollte sie sich einmal mit dem Problem der Bürokratie in den Großkonzernen befassen, dann sollte sie mit uns für die Entmachtung jener Konzerne eintreten, die fast schon wie Staaten im Staate agieren und sich jeder demokratischen Kontrolle entziehen.

Im öffentlichen Bereich Stellen abzubauen ist keineswegs in jedem Fall gleichzusetzen mit Bürokratieabbau. Die abfällige Rede von der angeblich aufgeblähten Umweltbürokratie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der FDP, verrät für mich eher Ressentiments gegen den Umweltschutz als Ressentiments gegen bürokratische Apparate.

(Zuruf von der FDP: Blödsinn!)

Sie wollen doch alles abbauen, was öffentlich ist. Und zum Schluss haben wir das, was schon im antiken Rom als Verfallssymptom galt: öffentliche Armut als Korrelat zum privaten Reichtum.

(Beifall von der LINKEN)

Ein wirkliches Zurückdrängen der demokratischen Apparate in Gesellschaft, Unternehmen und Verbänden kann ich mir nur vorstellen als Korrelat gesteigerter Eigenaktivitäten und Selbstorganisation der ganz normalen Menschen, die heute in aller Regel nur Objekte der Entscheidungen kleiner vorgeblicher Eliten sind. Nur wenn die große Masse der Menschen wirklich zur Teilhabe herangezogen wird, zu demokratischer Kontrolle und zu demokratischer Selbstverwaltung – „Stuttgart 21“ ist jetzt ein schönes Beispiel dafür –, dann können auch die Apparate zurückgedrängt werden, die heutzutage stellvertretend für sie, aber meistens eben nicht in ihrem Interesse handeln.

Dazu gehört dreierlei, meine sehr verehrten Damen und Herren: erstens, dass man den Menschen wirkliche Miteinscheidungsbefugnisse einräumt, zweitens, dass man sie von existenzieller Not befreit, und drittens, dass man die allgemeine Arbeitszeit so weit verkürzt, dass allen genug Zeit für die Mitgestaltung einer wirklich partizipativen Demokratie bleibt. Von einer solchen Gesellschaft sind wir – und das wissen wir alle – weit entfernt.

(Beifall von Ralf Michalowsky [LINKE])

Natürlich kann man, wenn man im Umweltschutzbereich neue Stellen schafft, auch mehr tun, als nur Einstellungen vorzunehmen. Man kann auch die materielle Ausstattung der selbstorganisierten, auf dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern beruhenden Umweltschutzverbände und -bewegungen verbessern. Darüber sollte die Landesregierung und sollten insbesondere die Fraktionen von SPD und Grünen einmal nachdenken.

Lassen Sie mich zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas zur Gegenfinanzierung sagen. Die FDP bemängelt ja, dass für die neuen Stellen im Umweltschutzbereich vonseiten der Regierungsparteien keine Gegenfinanzierungsvorschläge vorgelegt worden seien. Eines ist sicher: Wenn SPD und Grüne wahrnehmen würden, was sie im Wahlkampf versprochen haben, dass sie sich nicht bloß auf Neuverschuldung stützen wollen, dann müssen sie auch etwas für die Umverteilung von oben nach unten tun. Das aber tun Sie nicht, werte Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen. Sie tun es wahrscheinlich deshalb nicht, weil Sie Angst haben, sich mit den wahren Herren in unserer Gesellschaft anzulegen, mit den Mächtigen des Kapitals.

Wir haben hier die Einstellung von 500 weiteren Steuerfahndern und Betriebsprüfern beantragt, von denen jeder laut Schätzung der öffentlichen Hand 1 Million € im Jahr bringt. Sie haben das nicht unterstützt, sondern stattdessen nur 200 beantragt, was wir als Schritt in die richtige Richtung haben passieren lassen. Und was stellt sich nun heraus? Sie machen nicht ernst damit. In Ihrem Haushaltsansatz finden sich nicht einmal die 200 neuen Betriebsprüferstellen. Wir werden uns das merken,

werte Kollegen und Kolleginnen von der SPD und von den Grünen. Vielleicht diente Ihr Antrag nur der Beschwichtigung. Ich weiß es noch nicht; wir werden es sehen. Es wäre ansonsten leeres Stroh gewesen. Aber so geht das mit uns nicht.

(Beifall von der LINKEN)

So bekommen Sie natürlich auch kein Geld mehr für die maroden Staatskassen, für soziale und ökologische Reformen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der FDP-Fraktion ausgesprochen dankbar, dass die Nachtragshaushaltsdebatte vom vergangenen Mittwoch heute in einem ganz speziellen Punkt fortgesetzt werden kann.

Ich habe auch den Eindruck, Herr Witzel, wenn ich auf den Kern des Redebeitrags Ihres Kollegen zurückkomme und wenn ich auch den Kern des Redebeitrags von Herrn Deppe genau analysiere, dass wir in der Sache vorankommen. In der Sache wird von Ihnen, der Opposition, nicht bestritten, dass es einen Mehrbedarf im Bereich der Umweltverwaltung gibt. Insofern empfinde ich die Debatte heute als Fortschritt gegenüber Ihren Presseverlautbarungen der letzten Tage. Auf dieser Ebene können wir uns treffen: auf der Ebene des Austausches der Sachargumente.

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Deppe, dass Sie sich an Ihr Wahlversprechen vor der Wahl erinnern – das Wahlversprechen ist, glaube ich, auch von der FDP gegeben worden –, im Bereich des Forstes 26 Stellen zu entfristen. Insofern könnten wir hier schon heute die Bücher des Nachtragshaushaltes zuklappen und Einvernehmen feststellen.

Darüber hinaus haben Sie auch auf der Ebene der Argumentation, nämlich der Frage, warum die Landesregierung Ihnen vorschlägt – das ist ein Vorschlag an das Parlament –, die Umweltverwaltung an der Stelle um 100 Stellen zu ergänzen, nicht geäußert, warum diese Argumentation nicht stimmt. Auf dieser Ebene bewegen Sie sich überhaupt nicht. Auch das ist ein erkennbares Zeichen dafür, dass Sie die Sachargumente, die vorgetragen worden sind, nachvollziehen können.

Wie sonst verstehen Sie die Aufgabe einer Landesregierung, die ihre Verpflichtung ernst nimmt, wenn sie Dokumente vorfindet, in denen schon die Vorgängerregierung festgestellt hat, dass es massive Defizite gibt? Wie gehen Sie damit um, Herr Deppe, Herr Witzel, wenn Sie Dokumente vorfinden, die

besagen, dass man sich, wenn es so weitergeht, möglicherweise eines Organisationsverschuldens strafbar macht? Wie gehen Sie damit um, wenn selbst die, die die Umweltverwaltung in der Öffentlichkeit nie positiv kommentiert haben, davon sprechen, dass es massive Vollzugsdefizite bei Pflichtaufgaben gibt und dass es letztlich einen Korridor von knapp 300 Stellen gibt, der nicht ausgefüllt ist?

Darauf muss man eine fachpolitische, sachpolitische Antwort bieten. Diese Antwort gibt die Landesregierung Ihnen, indem sie den Vorschlag zur Erhöhung der Zahl der Stellen um 100 in diesem Nachtragshaushaltsentwurf macht.

Die Landesregierung schlägt das dem Landtag vor. Wir machen einen Vorschlag. Die Entscheidung treffen Sie; die Verantwortung müssen Sie übernehmen, muss das Parlament übernehmen: wie wir den eklatanten Personalmangel in der Umweltverwaltung beheben wollen. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen wieder eine schlagkräftige Umweltverwaltung, die die Gesundheit der Bürger schützt, die Sicherheit herstellt und vor allem den Industriestandort sichert und dauerhaft trägt.

Ich will noch ein paar Sachargumente vortragen, um das zu unterstreichen, was auch in den Schriftstücken in dieser Plenarwoche bereits diskutiert worden ist.

Wir haben bei der Überwachung der immissionsrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen in Nordrhein-Westfalen ein deutliches Defizit, stellen wir fest, wenn wir uns den Vergleich mit anderen Bundesländern gestatten und uns am Bundesdurchschnitt orientieren wollen. So werden bundesweit jährlich mehr als die Hälfte der Betriebe mit erweiterten Sicherheitspflichten inspiziert, während dies in Nordrhein-Westfalen lediglich bei einem Viertel der Betriebe der Fall ist. Also: Einmal in vier Jahren wird eine Inspektion der besonders auffälligen, anfälligen Betriebe durchgeführt. Wir liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Das kann und darf nicht unsere Benchmark sein.

Es ist deshalb nicht zufällig, sondern auffällig, dass die absolute Zahl der sogenannten meldepflichtigen Ereignisse in Störfallanlagen in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zur Entwicklung in der Bundesrepublik gestiegen ist. Auch das wirft ein deutliches Schlaglicht auf die Situation bei den entsprechenden Inspektionen und Überwachungen in Nordrhein-Westfalen.

Die Regelüberwachung der übrigen immissionsrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen kann – so die Ausführungen der Bezirksregierung – nur noch im Ausnahmefall durchgeführt werden, weil das Personal an dieser Stelle fehlt.

Ich könnte weitere Beispiele aufzählen wie den Bereich des Hochwasserschutzes, den Bereich der neuen Aufgaben, die durch EU-Richtlinien wie die Seveso-II-Richtlinie, die Verdichtung bei den Ab-

fallverbringungsverordnungen oder die Novellierung der IVU-Richtlinie auf das Land zukommen, die von dem derzeit vorhandenen Personal nicht erfüllt werden können.

Ich möchte auf einen weiteren Umstand aufmerksam machen, den bereits mein Vorgänger deutlich markiert hat: Wir haben in diesem Bereich eine Verwaltung, die, wenn kein Nachwuchs kommen würde, in 15 Jahren schlicht nicht mehr da wäre, weil der Altersdurchschnitt so hoch ist. Deshalb brauchen wir dringend eine entsprechende Unterstützung und den Aufbau von neuem Sachverständ; denn mit jedem Mitarbeiter und mit jeder Mitarbeiterin, die ausscheiden, geht auch der nötige Fach- und Sachverständ verloren, um diese wichtige Aufgabe für unser Land, für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen zu erfüllen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich frage Sie ganz konkret – das haben Sie ja bewusst umschifft –: Wie erklären Sie den Menschen in Dortmund, den Arbeiterinnen und Arbeitern, die von einer massiven gesundheitlichen Belastung betroffen sind – selbst Vertreter der alten Regierung haben das zugegeben; der ehemalige Regierungspräsident Diegel führt in seinem Schreiben aus: Hätten wir mehr kontrolliert, hätte das vielleicht vermieden werden können –, dass Sie die Not, den Zustand, den Mangel, den Sie erkennen, nicht beheben wollen? Das ist nicht erklärbar. Deshalb ist es richtig, dass die Landesregierung Ihnen hier heute vorschlägt, die erkannten Mängel mit dem Nachtragshaushalt abzustellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber hinaus ist das Argument vorgetragen worden, man könnte dann an anderer Stelle entsprechend sparen. Ich muss Ihnen sagen – auch darauf werden wir in den Haushaltseratungen noch zurückkommen –: Das ist nicht nur ein Kennzeichen des Ministeriums, dem ich im Moment vorstehe, sondern – ich habe mit Kolleginnen und Kollegen gesprochen – auch ein Kennzeichen aller anderen Ministerien. Sie haben in den vergangenen fünf Jahren eine immense Schattenwirtschaft aufgebaut. Überall treten Beispiele auf, dass Sie zwar nominell Stellen im Haushalt abgebaut haben, die Stellen aber tatsächlich geblieben sind, weil Sie sie in befristete Arbeitsverhältnisse überführt haben

(Manfred Palmen [CDU]: Beweise!)

– das werden wir Ihnen auflisten –, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Minister.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: ... die der Aufgabe nicht gerecht werden. Sie haben

rechtswidrig für Pflichtaufgaben befristete Verhältnisse geschaffen. Diese Zustände werden wir Ihnen darlegen. Dann wird klar, dass Sie die letzten fünf Jahre eine Schattenwirtschaft, einen Schattenhaushalt geführt haben, was jetzt endlich beseitigt werden muss. Das gehört zur Redlichkeit und verdient die entsprechende Unterstützung des Parlamentes. – Ich danke dafür.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Palmen das Wort.

Manfred Palmen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 128 neue Stellen für die Umweltverwaltung im Nachtragshaushalt 2010 mit dem Ziel der Verbesserung der Umweltüberwachung und des Umweltrechtsvollzuges. Das wirkliche Ziel kennen wir auch schon, wir entnehmen es Ihrer Pressemitteilung, Herr Minister, vom 24. September: Sie wollen 300 neue Stellen; denn Sie sprachen von den ersten 100.

Herr Priggen hat am Mittwoch Herrn Präsidenten Uhlenberg als Kronzeugen dafür heranzogen, dass wir die Situation haben, wie sie beschrieben worden ist. Er hat das Schreiben von Herrn Uhlenberg vom Dezember 2009 aber leider nicht vollständig zitiert; ich komme gleich darauf zurück.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: 23 Seiten!)

– 10 Seiten. – Wir haben nach der Eingliederung der nachgeordneten Umweltverwaltung in die Bezirksregierungen am 1. Januar 2007 schon 2008 erkannt, welche Schwierigkeiten die Umweltverwaltung – 4.400 Mitarbeiter sind eingegliedert worden – hat. Bereits im Jahre 2008 haben wir der Bezirksregierung 350 Stellen zusätzlich zur Verfügung gestellt, indem 175 Stellen, die als sogenannte „künftig wegfällende“ Stellen beziffert waren, gestrichen worden sind und der Abbau von weiteren 175 Stellen verlängert worden ist. Im Haushalt 2010 sind weitere 95 Stellen in dieser Form bei der Bezirksregierung verlängert worden. Dazu hat es in 2009 meines Wissens erstmals ca. 70 neue Stellen für Fachpersonal gegeben. Wir reden also von der Belassung und Neueinrichtung von etwa 500 Stellen in den Bezirksregierungen.

Landtagspräsident und ehemaliger Minister Uhlenberg hat 125 neue Stellen – begründet in dem teilweise von Herrn Priggen zitierten Schreiben – vorgelegt. Wir als Innenministerium haben sogar unter Anerkennung dieser Problematik mit dem Finanzministerium verhandelt, Herr Minister Remmel, 103 Stellen davon anerkannt und eine entsprechende Bewilligung gefordert. Das sollte im Haushalt 2011 geregelt werden.

(Minister Johannes Remmel: Dann machen wir es doch!)

Auf den Seiten 7 und 8 des Ihnen bekannten Schreibens, Herr Priggen – das haben Sie wahrscheinlich bewusst nicht zitiert –, hat Herr Uhlenberg als kurzfristige Maßnahme um die Prüfung der Umsetzung von Stellen aus Personalüberhängen – ca. 50 Stellen bei den Bezirksregierungen Detmold und Münster – gebeten. Darüber hinaus haben wir die Prüfung weiterer Verlagerungen von Überwachungsaufgaben auf zertifizierte Fachingenieure, wie dies heute bei der Statistik, bei der Vermessung, beim Brandschutz oder bei der jetzt schon bestehenden Eigenüberwachung ständig der Fall ist, gefordert.

Der einzige Unterschied bei der Diskussion um die Notwendigkeit dieser Stellen war, dass wir gesagt haben: Diese 103 Stellen werden aus dem Gesamthaushalt des Landes an anderer Stelle erwirtschaftet. Das Land hat 410.000 Mitarbeiter. Ich kann Ihnen das sehr leicht belegen, Herr Priggen. Alle von Ihnen am Mittwoch genannten Zahlen, die man Ihnen wahrscheinlich falsch aufgeschrieben hat, sind falsch. Einen Lösungsvorschlag hatten wir auch schon: Wir wollten aus den 11 Ministerien und der Staatskanzlei, die 4.400 Stellen haben, diese 103 Stellen erwirtschaften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das eigentliche Ziel der Landesregierung bestimmt jedoch nicht die SPD in diesem Hause. Das eigentliche Ziel bestimmen die Grünen selbst. Ich wette mit Ihnen, Herr Remmel, dass Sie die Absicht haben, die Pflichtaufgaben zum großen Teil wieder aus den Bezirksregierungen abzuziehen und dem LANUV zuzuschlagen. Sie wollen – da bin ich absolut sicher – eine Rolle rückwärts; so schätze ich Sie ein, und so kenne ich Sie. Dafür brauchen Sie die von Ihnen genannten 300 Stellen. Dies alles machen Sie mit neuen Schulden, ohne einen einzigen Euro aus Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften.

(Beifall von der CDU)

Herr Priggen – ich hoffe, dass Sie das hören, da Sie gerade mit Herrn Schumacher reden –, hoffentlich ist Ihnen jetzt klar, wer wirklich das größte Risiko für diesen Landeshaushalt ist.

Herr Remmel, ich fordere Sie auf, die Beweise für die sogenannten Schattenhaushalte, von denen Sie eben gesprochen haben, noch in der nächsten Woche vorzulegen, damit wir das prüfen und korrigieren können. Ich habe festgestellt, dass es bei Frau Höhn solche Schattenhaushalte 2005 in einem Riesenumfang gab. Mal sehen, was in Ihrem Hause inzwischen los ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Schmeltzer das Wort.

Rainer Schmeltzer (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Palmen, wenn Sie von Risiko reden: Das größte Risiko sowohl für den Landeshaushalt als auch für das Land Nordrhein-Westfalen ist am 9. Mai beseitigt worden. Darüber sind wir uns schon mal einig.

(Vereinzelt Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man den Antrag der Aktuellen Stunde liest – Herr Kollege Stinka hat es bereits angesprochen –, dann muss man sich in der Tat fragen, ob das überhaupt ein aktuelles Thema ist. Wir reden hier über Inhalte des Nachtragshaushaltes, ein Nachtragshaushalt, der eingebracht wurde und über den wir in der nächsten Zeit ausreichend debattieren werden. Aber es ist, wie es ist. Wir haben eine Aktuelle Stunde.

Diese Aktuelle Stunde ist unter anderem mit einem Artikel aus der „WAZ“ vom 24. September begründet worden. In diesem kleinen Artikel macht Minister Remmel sehr deutlich, warum die Ausweitung der Stellen sinnvoll und wichtig ist, nämlich weil es um die Überwachung und Genehmigung gefährlicher Anlagen geht. Dazu hat er gerade einiges ausgeführt.

In diesem Artikel – das ist in dem Antrag allerdings nicht dargelegt worden – wird der General Krautscheid zitiert, wobei ich mich frage, warum General in Anführungszeichen gesetzt wurde, Herr Krautscheid; da sollten Sie mal nachfragen –, der in dem Zusammenhang von Geldverschwendungen spricht, und das bei einer Thematik, bei der es, wie hier schon mehrfach ausgeführt wurde, um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht. Wenn es um die Sicherheit der Menschen in diesem Land geht, erdreisten Sie sich, Herr Krautscheid, von Geldverschwendungen zu sprechen! Ich finde, das ist die eigentliche Unverschämtheit, die diese Aktuelle Stunde ausmacht.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dem kurzen Artikel der „WAZ“ wird auch der damalige Minister Uhlenberg zitiert. Er wird angeführt als jemand, der die dünne Personaldecke schon damals bemängelt hat. Ich empfehle, nicht nur den Artikel in der „WAZ“, sondern auch den Kommentar dazu zu Rate zu ziehen. Ich zitiere aus dem Kommentar:

„Der PCB-Skandal der Firma Envio in Dortmund oder giftige Chemie in Ruhr und Möhne mahnen uns: Wenn der Staat nicht gründlich hinsieht, machen schlimme Finger, was sie wollen. Das ist kein schlechtes Argument. Denn nach jedem der zahlreichen Umweltkandale

reiben wir uns die Augen und fragen genervt: Wieso sind eigentlich die Kontrollen so lasch?“

Sie sind so lasch, weil Sie das Personal zurückgeführt haben! Wir müssen den Menschen an dieser Stelle wieder Sicherheit geben. Deswegen ist die Aktion mit dem Nachtragshaushalt als erster Schritt auch richtig.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Sie haben an dieser Stelle immer wieder Herrn Priggen zitiert. Geben Sie ihm doch mit ausreichender Redezeit im Plenum die Gelegenheit, alles aus diesen Briefen vorzutragen und nicht nur die Passagen, die er schon in einem vorläufigen Protokoll über drei Seiten dargelegt hat. Diese drei Seiten sind schon aussagekräftig genug. Nehmen Sie auch alles das zur Kenntnis, was nicht nur der ehemalige Regierungspräsident Diegel und der ehemalige Umweltminister Uhlenberg bemängelt haben, sondern was alle Regierungspräsidenten, auch Ihre, auch die der FDP, im Rahmen der Umorganisation, Herr Palmen, für die Sie maßgeblich Verantwortung haben, zu Papier gebracht haben. Dann sehen Sie, dass wir mit unseren Argumenten auf der richtigen Seite sind.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Meine lieben Kolleginnen, liebe Kollegen, die Missstände sind dargelegt worden. Eines ist ganz wichtig – Kollege Stinka hat es ausgeführt –: Wir machen nicht die Fehler, die Sie gemacht haben. Wir hören auf die Menschen, die damit beschäftigt sind.

(Manfred Palmen [CDU]: Sie machen Schulden!)

Wir machen etwas, wir beziehen die Mitarbeiter in die Diskussion mit ein. Das größte Kapital eines jeden Unternehmens, auch einer Behörde, sind die Mitarbeiter mit ihrem Wissen und ihren Meinungen. Bei der letzten Umorganisation, bei Ihrer Umorganisation, Herr Palmen, 2007 sind ca. 25 bis 30 % des Arbeits- und Umweltschutzpersonals auf der Strecke geblieben. Das ist dreist, Herr Deppe, und nicht das, was Sie hier als dreist bezeichnet haben.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich ziehe den Hut vor der Leistung aller Mitarbeiter in den Behörden.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke**)

Man muss Ihnen nur die Möglichkeit geben, Ihren Arbeitsauftrag zu erfüllen, und darf nicht immer mehr Personal einsparen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Übrigens ist das nicht ausschließlich die Meinung von SPD und Grünen hier im Haus. Das ist die Meinung aller fünf Regierungspräsidenten, auch der aus Münster und Detmold.

Herr Palmen, Sie haben eben vermeintliche Fakten bezüglich der Personalüberhänge angeführt. Befragen Sie doch einmal die Regierungspräsidenten zu damaligen Personalüberhängen. Die werden Sie heute noch auslachen. Personalüberhängen gibt es nach Ihrem Rasieren dort nicht mehr. Sie waren der Sensenmann der öffentlichen Verwaltung. Und jetzt sprechen Sie von Personalüberhängen! Das ist ein Hohn, Herr Palmen. Schämen Sie sich.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben 2007 durch Ihre Umorganisation die Behörden rasiert, und zwar zulasten der Sicherheit und der Gesundheit der Menschen in unserem Land. Das ist ein Skandal. Für plakative Stellenreduzierungserfolge haben Sie die Gesundheit und die Sicherheit der Menschen aufs Spiel gesetzt.

Ich erinnere noch einmal an den Fall Envio; Herr Minister Remmel hat es gerade ausgeführt. In meiner Heimatstadt Lünen arbeitet ein Mann bei der Firma Envio, dessen kleines Kind schwer belastet ist, weil er zum Beispiel seine Arbeitskleidung zum Waschen mit nach Hause gebracht hat. Wie erklären Sie diesen Eltern die Belastung ihres kleinen Kindes, zu der es gekommen ist, weil Sie die Durchführung der Kontrollen und Überwachung verhindert haben?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch ganz klar: Sie haben damals während Ihrer Umsetzung alles ignoriert, was man ignorieren konnte.

Ich zitiere aus der Anhörung zur Reform der Umweltverwaltung vom 8. November 2006 ein typisches Beispiel. Hans-Jürgen Wirth, Hauptpersonalrat beim MUNLV, sagte unter anderem:

„Es besteht keine Klarheit über den personalpolitischen Willen der Landesregierung, außer dass die Landesregierung den größten Arbeitsplatzabbau in Nordrhein-Westfalen plant.“

Weiter führte er aus:

„Es findet keine Beteiligung der Beschäftigten am Reformprozess statt, noch nicht einmal eine ausreichende und vor allem verbindliche Information, was mit den Arbeitsplätzen geschieht.“

Jeder kann sich wohl daran erinnern, wie Sie auf eine solche Beteiligung reagiert haben. Ihr Satz war damals: Wer fragt schon die Frösche, wenn man den Teich leer pumpen will? – Das ist der Skandal. Sie nehmen die Menschen nicht mit. Sie ignorieren die Mitarbeiter in den Behörden, in den Verwaltungen. Da werden wir anders vorgehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir brauchen definitiv eine risikoorientierte Überwachung, die man nur mit ausreichendem und qualifiziertem Personal sicherstellen kann. Das, was Sie

sträflich versaubeutelt haben, setzen wir jetzt wieder im Sinne der Sicherheit der Menschen in unserem Lande um. Eine intensive Umweltüberwachung ist erforderlich. Genehmigungen sind für die Wirtschaft wichtig. Kontrollen sind aber noch wichtiger, nämlich für die Sicherheit und für die Gesundheit für die Menschen in unserem Land. Deswegen brauchen wir diese Stellen.

(Manfred Palmen [CDU]: Wie viele?)

Sie können jetzt endlich aus Abgeordnetenreihen das schreien, was Sie aus Regierungsreihen immer versucht haben und nicht durften. Jetzt können Sie sich endlich wieder austoben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schmeltzer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Mostofizadeh.

(Manfred Palmen [CDU]: Null Ahnung, Herr Schmeltzer! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sagt der Richtige! – Gegenruf von Manfred Palmen [CDU]: Sie kennen sich in den Bezirksregierungen doch überhaupt nicht aus! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Erde ist eine Scheibe, Herr Palmen! Halten Sie mit Ihrer Rasierklingenpolitik sich einmal zurück!)

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist der Kollege Palmen auf Betriebstemperatur.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Das ist schön. – Ich möchte einfach einmal ein paar Fakten beitragen; denn hier gibt es immer dieses globale Gerede und dieses Bild, das die FDP zu zeichnen versucht. Daher sollten wir uns einmal anschauen, was denn tatsächlich gewesen ist.

Herr Kollege Palmen, Sie haben versucht, das Ganze im Detail vorzutragen. Das war auch alles gut und schön. Nehmen Sie aber doch bitte zur Kenntnis, dass am 9. Juli 2010, also fünf Tage vor dem Ende Ihrer Amtszeit, dieser Brief von den Bezirksregierungen an die Landesregierung gerichtet worden ist. Alles das, was Sie eben vorgetragen haben, war also schon passiert. Trotzdem ist dieser Brief gekommen, in dem genau auf die Missstände hingewiesen wurde, die Kollege Schmeltzer vorgetragen hat, die der Minister vorgetragen hat, die vor allem auch mein Kollege Hans Christian Markert hier vorgetragen hat und die Reiner Priggen am Mittwoch diesem Parlament dezidiert vorgetragen hat. Daran kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN und von Dieter Hilser [SPD])

Jetzt komme ich noch einmal zu dem Scheinriesen FDP und der CDU. Es hat doch auch in der Vergangenheit von 2000 bis 2005 Konsolidierungsprozesse im Personalbereich gegeben. Ich verweise auf die Vorlage 14/173 des Finanzministers Linssen. Darin wird nachgewiesen, dass in diesem Bereich per Saldo 6.500 Stellen im Landeshaushalt eingespart wurden. In der Amtszeit von Schwarz-Gelb von 2005 bis 2010 waren es im Saldo 2.500 Stellen, wie Finanzminister Walter-Borjans hier vorgetragen hat. Wir sind uns wohl einig, dass 6.500 mehr ist als 2.500.

Die größte Nummer – es gab zwei große Nummern –, die Herr Papke in der vergangenen Legislaturperiode hier vorgetragen hat, war die Aussage, die Umweltverwaltung sei unter Frau Höhn gigantisch aufgebläht worden und umfasse Tausende zusätzlicher Stellen. Da verweise ich auf die Vorlage 14/107 des Finanzministers Linssen. Dort rechnet er uns vor, dass im Bereich der Umweltverwaltung weit über 1.000 Stellen abgebaut worden sind.

In diesem Zusammenhang weise ich auch auf etwas ganz Wichtiges hin. Sie wurden nicht wie bei Ihnen blind abgebaut, sondern sie wurden in Bereichen abgebaut, in denen man das für vernünftig halten kann. Sie sind in der letzten Legislaturperiode hingegen mit dem Kamm über das Personal gegangen und haben keine Aufgabenkritik gemacht. Jetzt leiden wir natürlich unter der Folge dieser Entwicklung. In einigen Pflichtbereichen haben wir die Notwendigkeit, Stellen nachbesetzen zu müssen.

Ich sage Ihnen noch etwas – darüber werden wir uns auch noch intensiv auseinandersetzen müssen –: Im Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW haben Sie auch pauschal gekürzt, aber gleichzeitig über Leiharbeitsfirmen wieder Leute hineingeholt.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Was für eine Konsolidierung ist das denn? Das ist, auf Deutsch gesagt, doch Betrug.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Gestatten Sie mir eine weitere Anmerkung zur Kompetenz sowie zur Ehrlichkeit der alten Landesregierung. Auch Finanzminister Linssen hat immer wieder behauptet, bei Regierungseintritt der Grünen seien Hunderte neuer Stellen geschaffen worden und wer weiß was passiert. Auch diesbezüglich hat er eine eigene Vorlage vorlegen müssen, in der er konstatieren musste: Nicht eine einzige Stelle wurde bei Regierungseintritt neu eingerichtet. Alle Stellen, die neu waren, wurden kw gestellt und im Jahr 1996 wieder abgesetzt.

Die Fehlbehauptungen, die Sie hier in den Raum stellen, und die Popanze, die Sie damit aufbauen, sind schlicht falsch. Sie wollen einfach wieder ein Bild erzeugen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch einen letzten Punkt klarstellen. Sie haben 2005 bei Regierungseintritt über 90 Stellen, 91 Stellen,

(Manfred Palmen [CDU]: 62!)

für sogenannte Vertraute geschaffen. Damals haben Sie gesagt: Die werden befristet eingestellt; wir setzen das alles wieder ab. – Sie haben hier ja breit vorgetragen, Sie würden das im eigenen Haushalt konsolidieren.

Herr Papke, Herr Palmen und Kolleginnen und Kollegen von der CDU, tatsächlich haben Sie im Jahr 2008 alle diese Befristungen weggenommen. Damals wurde in den Zeitungen getitelt – „Westfälische Rundschau“ vom 17. Juni 2008 –: „Erblast für künftige Regierungen – Landesregierung sichert Vertraute im eigenen Haus ab“.

Das passiert hier: Sie wollen einen Popanz aufbauen, das Gegenteil ist nachweisbar. Wenn der Umweltminister in den Bereichen, in denen gehandelt werden muss, die notwendigen fachlichen Entscheidungen trifft, und uns das vorlegt, kröpfen Sie sich wieder auf. Das Bild ist sehr eindeutig. Sie haben Schattenwirtschaften angelegt. Sie haben in extrem sensiblen Bereichen nicht für die notwendige Personalausstattung gesorgt. Und Sie haben per Saldo noch nicht einmal besser gewirtschaftet als Rot-Grün. Das ist das Ergebnis Ihrer Regierungspolitik, und das können Sie auch mit noch so viel Schreierei nicht wegblasen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als Nächster für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Remmel, damit von vornherein eines klar ist: Wo der Gesundheitsschutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern grob missachtet wird, muss mit aller Härte dagegen vorgegangen werden – das ist wohl fraktionsübergreifend die Meinung des Landtags Nordrhein-Westfalen –,

(Beifall von der FDP)

wenn nötig auch mit den Mitteln des Strafrechts. Die Fälle, die uns zum Teil in diesen Wochen zur Kenntnis kommen, deuten darauf hin: Das ist kein normaler Fall mehr für die Gewerbeaufsicht, sondern hier sind derart schlimme Verstöße gegen den Gesundheitsschutz von Mitarbeiterin und Mitarbeiterinnen vorgefallen, dass das auch ein Fall für den Staatsanwalt ist. Aber das ist eine Sache der unabhängigen Justiz.

Wir werden aber nicht akzeptieren, dass solche Vorfälle von der Landesregierung als Vorwand ge-

nutzt werden, um einen gewaltigen Bürokratieaufbau zu organisieren. Das ist eine ganze andere Frage. Tatsache ist, dass sich Rot-Grün sofort nach der Regierungsübernahme erkennbar daranmacht, den Entbürokratisierungsprozess der zurückliegenden fünf Regierungsjahre ins Gegenteil zu verkehren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Keine staatliche Umweltverwaltung war da!)

Die bürokratische Gängelung der Wirtschaft, Frau Kollegin, war für die Grünen schon unter Bärbel Höhn die schärfste Waffe gegen Industrie und Mittelstand in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Zurufe von den GRÜNEN: Uijuijui!)

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Grünen ihr bürokratisches Arsenal gegen wirtschaftliche Interessen in Nordrhein-Westfalen offenbar jetzt gezielt aufrüsten. Nordrhein-Westfalen – das ist unsere große Sorge – droht erneut und schlimmer denn je zum Land der Bremser und Blockierer zu werden. Die Ministerpräsidentin, die uns leider nicht mehr die Freude ihrer Anwesenheit macht, schaut einfach zu, wie Herr Remmel den Landshaushalt schon im Nachtrag zum Selbstbedienungsladen umfunktionierte.

(Beifall von der FDP)

Die nordrhein-westfälische Wirtschaft gerät jetzt wieder in die Zange rot-grüner Umweltbürokratie. Dieser ohnehin schon gefährliche Prozessbettet sich in eine unverantwortliche Stellenausweitung des Landes. Mein Kollege Kai Abruszt hat bereits darauf hingewiesen. Während andere Länder jetzt gezielte Sparanstrengungen unternehmen, den Personalbestand zurückzufahren, um die Konsolidierung voranzubringen, ist Nordrhein-Westfalen das einzige Bundesland, das den Personalbestand ohne jede Gegenfinanzierung, ohne einen Hauch von Einsparvorschlägen ausweitet.

Schade, dass die Ministerpräsidentin nicht da ist.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Oh!)

Ich will ihr und Ihnen gerne noch mal vortragen, was sie vor fünf Jahren als damalige Oppositionsführerin zum Thema „Stellenvermehrung“ öffentlich erklärt hat. Ich darf aus der Presseerklärung von Frau Kraft vom 20. September 2005 zitieren:

„Die Landesregierung schaffe offensichtlich 87 zusätzliche Stellen ... 65 dieser neuen Stellen würden ohne Gegenfinanzierung geschaffen und sollten erst 2011 ... wieder abgebaut werden.“

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da waren noch die Redenschreiber von Herrn Rüttgers dabei!)

So Frau Kraft damals. – Sie schaffen jetzt 1.653 unbefristete Stellen – ohne Gegenfinanzierung, ohne dass ein einziger Vorschlag zum ausgleichenden Personalabbau an anderer Stelle vorgenommen wird.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

So etwas nenne ich entweder kurzes Gedächtnis oder Heuchelei. Schlimmer noch als diese Heuchelei – darauf will ich noch kurz hinweisen – ist die Dreistigkeit, mit der die neue Regierung schon in den ersten Wochen ihrer Amtszeit Parteibuchwirtschaft betreibt. Das muss im Rahmen einer solchen Debatte über die Stellen im Landeshaushalt auch noch angesprochen werden können.

Dass die Landesregierung die Frechheit hat, einen bei der Landtagswahl gescheiterten SPD-Abgeordneten

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Das ist eine Unverschämtheit! – Weitere lebhafte Zurufe von der SPD)

kurzerhand – hochdotiert, offenbar am Parlament vorbei – einzustellen, zeigt, dass SPD und Grüne offenbar drauf und dran sind, das Land Nordrhein-Westfalen zu ihrer Beute zu machen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Auch das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das ist leider symptomatisch. Deshalb sind das unterschiedliche Aspekte eines von uns zwingend kritisch zu würdigenden Vorgangs.

(Zuruf von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Das steht offenbar für die Absicht der neuen Regierung, am Parlament vorbei, ohne jedes Schamgefühl Parteibuchinteressen bei der Personalentwicklung in Nordrhein-Westfalen wieder in den Vordergrund zu rücken.

(Lebhafter Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben nicht zum Thema gesprochen! – Unruhe)

Das werden wir hier im Landtag, aber auch in der Öffentlichkeit ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Papke, Ihre Redezeit nähert sich sehr ihrem Ende.

(Weitere lebhafte Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Schmeltzer, bleiben Sie ganz ruhig!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nein, ich bleibe nicht ruhig! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Diese Aufregung schadet nur Ihrer Gesundheit. Sie können es nicht ertragen, dass wir genau wie die Medien in diesem Land

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich kann Sie nicht ertragen!)

Ihre Parteibuchwirtschaft thematisieren.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Fortgesetzt Unruhe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Papke, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Wir werden uns aber durch Ihr Gebrüll nicht davon abhalten lassen, die Öffentlichkeit darauf hinzuweisen, welche Parteibuchwirtschaft hier wieder einreißt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist unfair den behinderten Menschen in Nordrhein-Westfalen gegenüber! – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

seitdem SPD und Grüne regieren, meine Damen und Herren. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! – Zurufe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Kollege Papke. – Als Nächster für die CDU Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Regierung und Herr Minister Remmel! Sie haben angeführt, wie Eckhard Uhlenberg als Umweltminister – Helmut Diegel wurde auch noch zitiert – darauf hingewiesen hat, dass es Bedarf für zusätzliche Stellen gibt. Korrekt, wird ja auch überhaupt nicht bestritten. Aber Sie erwecken hier den Eindruck, dass nur mit zusätzlichen Stellen Umweltkandale zu verhindern wären.

Ich möchte Sie mal an die Zeit, als Sie noch zur Regierung gehörten, erinnern, nämlich an die Zeit von Frau Höhn. Da gab es in dem Bereich noch wesentlich mehr Stellen. Wer hat das PFT auf die Felder fahren lassen, und wer hat das nicht verhindert?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Sie können nicht jedes kriminelle Handeln mit zusätzlichem Personal unterbinden.

(Zuruf von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Envio, das Sie erwähnt haben, fällt in die gleiche Kategorie. Wir können es heute in der „Westfäl-

schen Rundschau“ lesen. Die Staatsanwaltschaft hat vier Monate ermittelt. So viele Leute können Sie in der Umweltverwaltung gar nicht einstellen, um für vier Monate im Vorhinein den Fall Envio zu überwachen und dann zu verhindern, dass so etwas passiert. Die Staatsanwaltschaft hat in vier Monaten nicht herausbekommen, was dort passiert ist.

Herr Remmel, was Sie hier machen, ist ein riskantes Spiel. Sie erwecken den Eindruck, dass Sie mit zusätzlichen Stellen Umweltkandale verhindern können. Und gegenüber der Öffentlichkeit erwecken Sie den Eindruck, nur weil wir ein paar Stellen abgebaut oder anders organisiert haben, seien diese Fälle vorgekommen.

Das, was Sie hier machen, wird Sie einholen. Ich bin mir sehr sicher, dass auch durch einen Regierungswechsel kriminelles Handeln in unserem Land nicht beendet sein wird. Wir werden Sie beim nächsten Skandal, der auftreten wird, fragen: Wo waren Sie, Herr Remmel, wo waren Ihre Leute?

Ich glaube, wir sollten uns ernsthafter um die Probleme kümmern. Wie bekommen wir Überwachung ordentlich organisiert? Wie bekommen wir vor allem die Leute an die Hammelbeine, die keine Selbstüberwachung durchführen, die kriminelle Angaben machen? Sie sollten nicht so tun, als ob mit 100 Stellen alles getan wäre.

Sie haben hier keine Antwort gegeben. 100 Stellen stehen jetzt im Haushalt. Wir haben gefragt: Warum 100 Stellen? Warum ist in der Zeitung von 300 Stellen die Rede? Warum ist in Ihrer Pressemitteilung von den ersten 100 Stellen die Rede? Ich denke, Herr Remmel, Sie sollten dem Parlament erklären, welche Absichten Sie tatsächlich verfolgen.

Sie machen hier scheibenweise Politik, wie ich es eben dargestellt habe: 500.000 im ersten Jahr, 18 Millionen dann irgendwann. Ich denke, wer hier klar und offen mit dem Parlament umgeht, sollte diese Dinge von vornherein benennen und sagen, was er vorhat.

Sie haben auch nicht begründet, warum 100 Stellen. Jetzt können Sie natürlich sagen: Gut, der Deppe war bisher überwiegend in der Kommunalpolitik tätig. – Aber wenn unser Landrat eine neue Stelle haben will, dann begründet er haarklein, warum diese Stelle in dieser Besoldungsgruppe erforderlich ist. Warum haben Sie nicht 83 oder 107 oder sonst irgendeine Zahl genannt? Nein, 100 ist eine griffige Zahl, die hier erst einmal genannt wird nach dem Motto: Was wir haben, haben wir. Auf die Frage, warum genau diese 100 Stellen mit dieser Besoldungsstruktur gebraucht werden, sind Sie die Antwort schuldig geblieben und werden Sie wahrscheinlich auch schuldig bleiben, weil es Ihnen gar nicht darum geht, konkrete Probleme zu lösen. Vielmehr wollen Sie, wie schon gesagt wurde, wieder ein „Königreich der Grünen“, in dem Fall das „Königreich Remmel“ aufbauen.

(Zuruf von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Wir haben in der Vergangenheit Haushaltskonsolidierung gemacht, Stellen abgebaut, die Verwaltung reorganisiert und 8.000 neue Lehrer eingestellt. Unser Schwerpunkt – da waren wir uns übrigens einig – im Landtag von Nordrhein-Westfalen war: Vorrang hat die Bildung. Dafür haben wir uns in vielen Bereichen knapper gesetzt. Das fällt nicht immer leicht; das ist klar.

Sie beschreiben die Probleme und sagen: Ja, sie werden gelöst, wir geben mehr Geld aus. Und das Geld bezahlen nicht wir, sondern unsere Kinder. Die werden 40 Jahre lang dafür zurückbezahlen, dass Sie hier keinen einzigen Deckungsvorschlag unterbreitet haben, sondern immer nur sagen: Da ist das Problem; wir lösen es mit mehr Personal und mehr Geld. Das, Herr Remmel, ist keine Lösung. Das ist unverantwortliche Politik zulasten unserer Kinder und zulasten unseres Landes.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Deppe. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Deppe, Sie haben Fragen gestellt. Die Fragen kann ich, wenn Sie wollen, heute ausführlich beantworten. Aber dafür sollten wir uns vielleicht die Ausschusssitzungen in der nächsten Woche vornehmen – die FDP hat einen entsprechenden Berichtsantrag gestellt –, in denen die Fragen ausführlich begründet und Sie informiert werden.

Ich kann Ihnen aber heute schon weiterhelfen. Es gibt eine Evaluierung aufseiten der Bezirksregierungen, die jetzt endlich sagen dürfen, wo sie Defizite haben, nachdem sie das über lange Jahre offensichtlich nicht haben sagen dürfen, sondern von oben verordnet bekommen haben: Alles ist gut.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Alle Regierungspräsidenten haben gemeinsam an die Landesregierung berichtet – die Zahlen können wir Ihnen gerne zur Verfügung stellen – und dabei insbesondere für den Zuständigkeitsbereich Umwelt und Agrarverwaltung ein Defizit von gut 250 Stellen festgestellt. Wenn Sie eine Orientierung haben wollen, können wir Ihnen das gerne aufschlüsseln. Das ist überhaupt kein Problem. Alle Regierungspräsidenten kommen zu einer solchen Erkenntnis.

(Ralf Witzel [FDP]: Wer hat nicht gerne mehr Steuern, wenn er danach gefragt wird?)

Herr Deppe, es sind ja nicht wir. Ich will nicht ausschließen, dass es immer wieder Unfälle, kriminelle Machenschaften geben wird. Wenn wir aber erken-

nen, es gibt Defizite, ist es unsere Pflicht, an dieser Stelle einzutreten und das, was wir beheben können, tatsächlich zu beheben.

Selbst der Regierungspräsident Diegel hat im Zusammenhang mit Envio festgestellt – ich zitiere wörtlich –: Infolge der unzureichenden Regel- und Anlassüberwachung musste immer häufiger eine personal- und kostenintensive Verfolgung und Beleidigung von Umweltschäden durchgeführt werden.

Er erkennt also hier schon das Prinzip der Nachsorge, wenn nicht ausreichend Vorsorge vorgenommen wird, und er erwähnt ausdrücklich den Bereich Envio, Herr Deppe. Insofern passt das eine hier zum anderen. Wenn wir mehr Vorsorge betreiben würden, wenn wir mehr für die Vorsorge tun würden, könnten wir vielleicht das eine oder andere an Vorfällen ausschließen.

Ich bin aber trotzdem insgesamt sehr zufrieden mit der doch fachlichen Debatte. Der Bedarf insgesamt wird nicht bestritten. Allerdings muss ich sagen: Einer weicht von dieser sachlichen Debatte hier und heute doch erkennbar ab, nämlich Herr Papke.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN – Zuruf von der SPD: Wie immer!)

Ich glaube, Herr Papke, das Schwierige der Vermittlung und der Kommunikation in der Debatte ist, dass Sie gar nicht merken, wie Sie sich immer tiefer in Ihr ideologisches Gefängnis einmauern.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Das Problem dabei ist, Herr Papke: Wenn Sie sich immer tiefer einmauern, finden Sie den Weg zurück nicht mehr. Das ist das Problem.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Lachen und Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

An der Debatte heute ist doch erkennbar, dass Ihr Vorschlag und Ihre Phrasen, die Sie hier dreschen – Aufblähen der Umweltverwaltung –, letztlich substanziell sind.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie wollen 300 neue Stellen! Sagen Sie einmal was zu den 300 neuen Stellen! – Gegenruf von Rainer Schmelzner [SPD]: Zu dem Thema haben Sie doch gar nicht gesprochen!)

Herr Papke, letztlich verdecken Sie mit diesen Phrasen ...

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Herr Deppe hat gesprochen von 300 neuen Stellen!)

– Herr Papke, lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen. Denn er ist auch wichtig für unsere Kommunikation.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sagen Sie das doch einmal! – Gegenruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Ihre Phrasen von der Aufblähung der Umweltverwaltung verdecken in Wahrheit, wie substanzlos die Politik der FDP ist.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich möchte wissen, ob Sie 300 neue Stellen für die Umweltverwaltung planen! Soll die Umweltbürokratie um 300 neue Stellen aufgeblährt werden, ja oder nein?)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Remmel, darf ich Sie einmal unterbrechen? – Herr Kollege Papke, Zwischenrufe sind okay. Aber der Versuch, die eigene abgelaufene Redezeit in der Weise zu verlängern, ist nicht okay.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Oh!)

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sie verdecken nämlich vor allem – und das ist die Wahrheit, meine sehr geehrten Damen und Herren –, dass die Politik „Privat vor Staat“ gescheitert ist. Das ist die Wahrheit, die Ihre Argumentation versucht zu verdecken.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das beantwortet die Frage nicht! 300 neue Stellen!)

Ich bin deshalb dankbar – der Koalition, aber auch durchaus den sachorientierten Kollegen der CDU –,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das beantwortet die Frage nicht!)

dass sie die Landesregierung dabei unterstützen, wieder eine starke Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen aufzubauen für den Schutz der Menschen und für die Sicherung des Industriestandortes Nordrhein-Westfalen.

Ich bin auch dankbar dafür, dass das dunkle Kapitel, das wirklich dunkle Kapitel, das schwarze Kapitel für die Umweltverwaltung, für die Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen jetzt abgeschlossen ist

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 300 neue Stellen!)

und wir einen Schlussstrich ziehen können und eine neue Zeit beginnen können.

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Als Nächster hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Stinka das Wort.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Vielleicht kann Herr Stinka die Frage nach den 300 Stellen beantworten!)

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Papke, ich beantworte Fragen, wenn ich ordentlich gefragt werde. Die Einlassung, die Sie vorhin gemacht haben, war nicht ordentlich, würde meine Oma sagen. Von daher gibt es darauf keine Antwort.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Ausführungen von Herrn Deppe haben mich noch einmal ans Rednerpult treten lassen. Herr Deppe, es geht nicht darum, irgendjemanden an den Hammelbeinen zu ziehen. Wir reden hier über den Industriestandort, über ordentliche Verwaltung und über vernünftige Verfahren.

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

Herr Deppe, Ihre Argumentation ist in sich nicht schlüssig. Denn es ist gerade Ihre Fraktion, die permanent beispielsweise nach Gesetzesverschärfungen ruft, wenn Kriminalität auftritt, dann aber nicht dafür sorgt, dass das auch umgesetzt wird.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Genau das, Herr Deppe, schwächt nämlich den demokratischen Staat, den wir hier alle vertreten sollen. Von daher bin ich sehr empfindlich bei dieser Aussage.

Zu Ihrem Vorwurf: Wenn die Ministerpräsidentin das Wort „Nachhaltigkeit“ in ihrer Regierungserklärung mehrere Male verwendet hat, dann steht sie auch dahinter. Denn Nachhaltigkeit heißt, dass wir erst Kriminalität verhindern wollen

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

und dass wir Unternehmen und Bevölkerung in einem ordentlichen Verfahren Rechtssicherheit geben wollen. Das ist Nachhaltigkeit: Nicht erst warten, bis hinten alles den Berg heruntergefallen ist, sondern vorher ein ordentliches Verfahren machen und das auch mit ordentlichen Fachleuten ausgestalten. Dann brauchen wir hinterher nicht alles aufzuräumen.

Dass Sie das nicht verstanden haben und dass Sie das bis heute nicht verinnerlicht haben, ist mir klar, da ich fünf Jahre lang Ihre Umweltpolitik verfolgt habe. Nachhaltigkeit haben Sie nur auf katholischen und evangelischen Kirchentagen zelebriert, aber in der Umsetzung kommen Sie nicht hinterher.

(Manfred Palmen [CDU]: Phrasen!)

Seien Sie vor dem Hintergrund vorsichtig mit dem Wort „Nachhaltigkeit“! „Nachhaltigkeit“ heißt auch,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

den Staat ordentlich zu führen und zu stärken und sich nicht darüber zu beklagen.

(Manfred Palmen [CDU]: Und Schulden machen!)

– Herr Palmen, dass Sie herumschreien, wissen wir alle. Ist gut. – Danke.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich hiermit die Aussprache in der **Aktuellen Stunde schließe**.

Ich rufe auf:

2 Empfehlungen des Landesrechnungshofes zügig umsetzen – Umgehung der Schuldenregel des Bundes verhindern

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/208

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Möbius das Wort. Bitte schön.

Christian Möbius (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Woche hat sich durch die Einbringung des Nachtragshaushalts gezeigt, dass die ernste Sorge besteht, dass sich die Landesregierung vom sozialverträglichen Konsolidierungskurs der Vorgängerregierung verabschiedet. Die neue Landesregierung lässt keinerlei Sparwillen erkennen. Der Finanzminister mutiert zum Griechenland-Beauftragten und die Ministerpräsidentin zur Schuldenkönigin. Vorbei sind die Zeiten eines ehrbaren Kaufmanns, wie ihn Helmut Linssen als Finanzminister verkörpert hat.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Vorbei sind selbst die Zeiten eines Jochen Dieckmann, der festgestellt hatte, dass die Ausgaben durch die zur Verfügung stehenden Einnahmen bestimmt werden. All diese Grundsätze werden von der neuen Landesregierung über Bord geworfen.

(Zuruf von der SPD: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die Minderheitsregierung macht Politik auf Pump und eine Politik zulasten künftiger Generationen. Von finanzpolitischer Nachhaltigkeit ist nichts zu spüren. Während der Bund seine Ausgaben um 35 % kürzt, steigen die Ausgaben in Nordrhein-Westfalen um wahnwitzige 35 % an. Damit wird deutlich, dass die neue Landesregierung ihre Hausaufgaben nicht macht.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist falsch!)

Es ist natürlich leichter, mit dem Füllhorn durchs Land zu ziehen, als den Bürgern zu vermitteln, dass Konsolidierungsanstrengungen vonnöten sind.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Seit Jahren fordern die Präsidentinnen und Präsidenten der Landesrechnungshöfe des Bundes und der Länder, dass die Spirale einer immer höheren Verschuldung des Staates beendet werden muss.

(Beifall von der FDP)

Bei der neuen Landesregierung fruchtet dieser Appell nicht. Er stößt geradezu auf taube Ohren.

Der Staat – so die Präsidenten der Rechnungshöfe weiter – soll sich wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren. Auch die Berücksichtigung dieses Punktes ist bei der Minderheitsregierung nicht ansatzweise zu erkennen. Das hat unter anderem auch der Tagesordnungspunkt zuvor gezeigt.

Da stellt sich natürlich die Frage, warum sich die Präsidentin des Landesrechnungshofs von Nordrhein-Westfalen, die heute leider nicht im Raum ist, Frau Scholle, bis jetzt mit Äußerungen zur Verschuldungsorgie der Minderheitsregierung zurückhält. Ich erinnere daran, dass es Frau Scholle war, die der alten CDU/FDP-Landesregierung stets vorgeworfen hat, nicht genug zu sparen. Und jetzt? Wo bleiben die kritischen Anmerkungen und Mahnungen zur Rekordverschuldung der rot-grünen Minderheitsregierung? Wir erwarten klare Worte und kein Abtauchen.

Wir erwarten eine deutliche Stellungnahme dazu, dass dieser Regierung offensichtlich die Vision fehlt, zu einer soliden Haushaltsführung zu finden. Die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und schwadronierende Aussagen der Ministerpräsidentin über eine Rendite jetziger Schulden im Jahr 2100 lassen Schlimmes befürchten. Schon im Wahlprogramm der SPD waren Ausgaben in der Größenordnung von bis zu 30 Milliarden € angekündigt, ohne Vorschläge zur Gegenfinanzierung zu machen. Das zeigt, dass diese Landesregierung jeglichen Anspruch verloren hat, seriöse Haushalts- und Finanzpolitik zu betreiben.

(Beifall von der CDU)

Der Finanzminister ist zu bemitleiden. Er ist kein Haushaltsgestalter, er ist vielmehr der Buchhalter und Haushaltsvollstrecker der politischen Wünsche der Staatskanzlei. Der Finanzminister erinnert mich auch mehr an den von Heinz Erhardt gespielten Finanzbeamten Willi Winzig. Der war auch eine tragische und zugleich komische Figur. Tragisch ist der Finanzminister Norbert Walter-Borjans, weil er ein Rekordschuldenminister ist, und komisch deshalb, weil er als einziger Finanzminister in Deutschland trotz Steuermehreinnahmen und kräf-

tigem Wirtschaftswachstum die Nettoneuverschuldung in verfassungswidriger Weise nach oben jagt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Hintergrund der unseriösen Finanzpolitik ist verständlich, dass SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen die Schuldenbremse abgelehnt haben. Gott sei Dank gilt hier aber das Grundgesetz, das zum Sparen zwingt. Ansätze, zu einem ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2020 zu kommen, sind nicht im Entferntesten zu erkennen. Es ist unredlich, erst kurz vor Toresschluss mit dem Sparen anzufangen. Richtig wäre es vielmehr, wie es die Präsidenten der Landesrechnungshöfe gefordert haben, heute mit der Konsolidierung zu beginnen, damit das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts kontinuierlich angegangen werden kann.

Von diesem Erkenntnisgewinn ist die Minderheitsregierung meilenweit entfernt. Sie machen genau da weiter, wo Sie 2005 aufgehört haben, nämlich mit einer unverantwortlichen Verschuldungspolitik, die zulasten künftiger Generationen geht.

Damit bleiben Sie jeden Beweis für verantwortungsvolles Handeln in der Finanzpolitik schuldig. Wir fordern Sie auf, die Beschlüsse der Präsidenten der Rechnungshöfe zu beachten und mit der Haushaltskonsolidierung jetzt und heute zu beginnen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Möbius. – Als Nächste spricht für die SPD-Fraktion Frau Lux.

Eva Lux (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Möbius, Ihre CDU ist in NRW abgewählt worden, weil sie schlecht regiert hat. Ihr vorliegender Antrag zeigt, dass Sie auch noch sehr weit davon entfernt sind, eine gute Oppositionsarbeit zu leisten.

(Beifall von der SPD)

Markenzeichen wie eigenständige Vorstellungen oder konkrete Alternativen zum Regierungshandeln sind in Ihrem Antrag nicht einmal ansatzweise erkennbar.

Denn was beinhaltet Ihr Antrag? Zunächst soll der Landtag einiges feststellen, erstens, dass die Staatsverschuldung zu Problemen führt und deshalb die verfassungsrechtliche Schuldenbremse ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung ist.

Bitte, meine Damen und Herren, warum sollte der Landtag NRW die bereits im Grundgesetz verankerte und für Bund und Länder geltende Schuldenregel nochmals extra hier feststellen?

(Norbert Post [CDU]: Weil Sie sich nicht daran halten!)

Zweitens müsste sichergestellt werden, dass diese Verfassungsbestimmungen nicht durch Umgehungskonstruktionen ausgehebelt werden. In Ihrem Antrag, Herr Möbius und CDU-Fraktion, besser gesagt, in der Abschrift einer Pressemitteilung von einem Jahrestreffen der Rechnungshofpräsidenten findet sich interessanterweise das dort noch aufgeführte Verbot einer Verschuldungsverlagerung auf Kommunen nicht mehr wieder.

Als Erbfolge derartiger Tatbestände mussten wir jetzt einen Nachtragshaushalt einbringen. Diese Tatsache, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, können wir hier gerne nochmals feststellen.

Drittens und schließlich soll festgestellt werden, dass Kredite mithilfe eines Tilgungsplans zurückgeführt und Handlungskonzepte zur Umsetzung der notwendigen Schritte verabschiedet werden sollen.

Meine Damen und Herren, die Mitglieder des Landtages sollen also als Gedächtnisstütze für ihr Handeln eine selbstverständliche Geschäftsgrundlage eines jeden ordentlichen Kaufmanns, gleich geltend für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, feststellen. Wenn Sie, die Mitglieder der CDU-Fraktion, da Probleme haben, können Sie das natürlich gerne für sich feststellen.

Kolleginnen und Kollegen, all diese von der CDU beantragten Feststellungen sind schlicht überflüssig. Genauso gut könnte der Landtag feststellen, dass morgens die Sonne aufgeht. In der Verabschiedung überflüssiger Feststellungen kann ich nun beim besten Willen keinen Sinn erkennen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Die weiterhin von der CDU formulierte Forderung, der Landtag möge bereits mit dem Haushalt 2011 Handlungskonzepte zur Umsetzung der notwendigen Schritte verabschieden, ist besonders apart. Diejenigen, die der neuen Landesregierung einen finanzpolitischen Trümmerhaufen hinterlassen haben, den wir nun erst einmal mühsam wegräumen müssen, drängen jetzt aufs Tempo. Das ist so ähnlich wie der Ruf des Brandstifters nach der Feuerwehr.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union, ich kann sie beruhigen: Selbstverständlich werden wir das Notwendige tun, um die verfassungsrechtliche Schuldengrenze zu dem durch das Grundgesetz vorgegebenen Zeitpunkt einhalten zu können.

Zu guter Letzt beantragt die CDU aber noch, der Landtag möge beschließen, dass die Landesregierung mit der Umsetzung der Empfehlungen der Rechnungshöfe beauftragt wird. – Ich kann ja verstehen, dass die CDU des Regierens und des anstrengenden Nachdenkens müde ist.

Meine Damen und Herren von der CDU: Sich hinter den Rechnungshöfen zu verstecken, die sich im Übrigen bedanken werden, in dieser plumpen Art und Weise politisch instrumentalisiert zu werden, das ist eben so mager wie Ihr fehlgeschlagener Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung vom 3. Dezember 2009. Gute Oppositionsarbeit sieht anders aus.

Übungsweise könnten Sie ja diesen Versuch aus dem letzten Jahr in inhaltlicher wie ökonomisch verantwortungsvoller Hinsicht überarbeiten und dann sogar eine eigene Einladung für eine inhaltliche Debatte aussprechen. Wir werden Sie jedenfalls zu gegebener Zeit dazu einladen. Ansonsten haben Sie vielleicht auch Interesse an dem Thema „Steuergeschenke-Bremse“.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Das wäre mal ein sinniger und wirkungsvoller Einsatz für die Haushaltskonsolidierung. – Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Lux. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht noch ein Satz – das kann ich mir nicht verkneifen – zu dem Popanz, der eben wieder bei der Aktuellen Stunde aufkam.

Da habe ich sehr dezidiert anhand von Zahlen, die der alte Finanzminister vorgelegt hat, nachgewiesen, dass die rot-grüne Landesregierung mehr Stellen eingespart hat als die schwarz-gelbe. Und dann stellt sich Herr Papke hier hin und behauptet das schlichte Gegenteil, ohne auch nur ansatzweise auf das einzugehen, was ich vorgetragen habe. Ich habe Ihnen noch mehr Beispiele dazu geliefert, aber diesen Popanz wollen Sie hier fortführen.

(Zuruf von der SPD: So ist der eben!)

Ich finde es, gelinde gesagt, so was von unakzeptabel, dass Sie nicht bereit sind, in den parlamentarischen Diskurs zu gehen. Ihnen geht es nur darum, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, hier einen Popanz aufzubauen, Häuser und Bilder zu malen, die Sie durch gar nichts belegen können.

Das Gleiche gilt für den Antrag, der hier jetzt auf dem Tisch liegt. Sehen wir uns auch hierzu einfach mal die Zahlen an. Wir werden beim nächsten Tagesordnungspunkt – wie in Tibet, also immer und immer wieder – erneut die Möglichkeit haben, Bilanz zu ziehen. Aber tun wir das doch einfach mal: Die Schuldenbremse einhalten – was würde das denn bedeuten?

Frau Freimuth, Sie wissen ja, dass der alte Finanzminister einen Nachhaltigkeitsbericht vorgelegt hat und zu dem Schluss kommt, dass der Landeshaushalt nach seiner Auffassung mit 5,5 bis 6 Milliarden € strukturell überzeichnet ist.

Sehen wir auch mal in die mittelfristige Finanzplanung hinein: Dort sind Haushaltsdefizite von 6,6 Milliarden € bis 2013 festgeschrieben gewesen – noch.

Dort sind aber nicht eingerechnet – und das muss ich Ihnen sehr klar vorhalten, Stichwort „Schattenhaushalte“ – die Belastungen durch die WestLB oder die aus der WestLB ausgelagerten Papiere im Umfang von 8 Milliarden €. Die steigenden Belastungen aus dem Versorgungsfonds sind nicht eingerechnet. Was vor allem nicht eingerechnet ist – und das gehört zur Hausklarheit und -wahrheit dazu –, ist die Gesamtverschuldung des Landes. Die 20 Milliarden € Kassenkredite der Kommunen sind auch nicht eingerechnet.

Und wenn Sie diese Punkte addieren, sind wir nicht bei 6,6 Milliarden €, sondern schon bei 9,6 Milliarden € struktureller Belastung des Landeshaushalt – und Sie haben keinen Ansatz vorgelegt, wie Sie dahin kommen wollen, das zu konsolidieren.

Ich sage Ihnen auch mal, was 9,6 Milliarden € bedeutet: Die Ausgaben für das aktive Personal des Landes belaufen sich jetzt auf 15 Milliarden €. Das heißt, wir müssten zwei Drittel des Personals im Landeshaushalt einsparen, um diese Konsolidierungssumme zu erreichen. Das ist doch schlichtweg nicht zu machen. Das wissen Sie auch, und deswegen haben Sie auch mehrere Tatbestände in Schattenhaushalte verschoben. Das ist die Bilanz, die Schwarz-Gelb hier zu verantworten hat.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der CDU: Quatsch!)

Was noch hinzukommt, ist, was Sie 2009 im Bund veranstaltet haben: Das ist doch auch der Grund, warum die FDP so abgeschmiert ist. Sie sind doch mittlerweile im haushaltspolitischen Nirwana angekommen – Ihre Haushalts- und Finanzpolitiker trauen sich doch gar nicht mehr in die Ausschusssitzungen des Bundestages hinein, weil sie da wie verlorene Personen sitzen und überhaupt nicht mehr anschlussfähig an die allgemeine haushalt- und finanzpolitische Debatte in Deutschland sind. Sie sind auf einem völlig falschen Trip unterwegs.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sie haben einen Koalitionsvertrag unterschrieben, der eine Verschuldung des Bundes von 100 Milliarden € verantwortet.

(Zuruf von der CDU)

Dann stellen Sie sich hin und kündigen an: Wir senken jetzt die Steuern. – Sie sind doch meilenweit von jeder Solidität entfernt. Sie sind doch überhaupt

nicht bereit, Haushaltspolitik zu machen, die ansatzweise zukunftsfähig ist.

In diesem Zusammenhang jetzt hier so einen Antrag vorzulegen – dann bin ich mal auf Ihre Anträge gespannt, wie Sie 10 Milliarden € an strukturellen Belastungen des Haushaltes einsparen wollen. Das können Sie nicht, und das werden Sie nicht vorlegen. Deswegen sind Sie verlogen, an der Debatte vorbei und nicht in der Lage, auch nur ansatzweise solide Haushaltspolitik zu machen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Um es den Kolleginnen und Kollegen auch noch mal deutlich vor Augen zu führen – weil die FDP es ignoriert und sich Herr Papke hier hinsetzt und bei einer Rede drei Minuten lang auf den Umweltminister einbrüllt -: Schwarz-Gelb hat in der Zeit von 2005 bis 2010 im Vergleich zu der Zeit von Rot-Grün weniger konsolidiert; das werde ich Ihnen gleich sehr dezidiert anhand von Zahlen nachweisen. Ich habe Ihnen auch anhand von amtlichen Zahlen, die Herr Linssen vorgelegt hat, nachgewiesen, dass Rot-Grün mehr Personal eingespart hat als Schwarz-Gelb.

Eins sage ich noch ganz klar dazu: Ich halte das auch für keinen gangbaren Weg mehr. Es wird nicht möglich sein, mit den Instrumenten, über die das Land Nordrhein-Westfalen verfügt, diese Konsolidierung zu durchzuführen. Dafür müssen die haushalt- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene ganz klar geändert werden. Dazu sind Sie aber nicht bereit. Deswegen sind Sie mit schuldig an der Misere dieses Landshaushalts.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächste Rednerin spricht für die Fraktion der FDP Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der sogenannten Schuldenbremse hat Deutschland ein Regelwerk eingeführt, das zu Recht als Meilenstein in der Haushaltspolitik bezeichnet werden kann. Kurz zusammengefasst bedeutet diese sogenannte Schuldenbremse, dass sich Bund und Länder einer Begrenzung ihrer Verschuldungsspielräume unterworfen haben.

In den vergangenen 40 Jahren haben Bund und Länder einen gigantischen Schuldenberg von insgesamt 1,6 Billionen € aufgehäuft, unabhängig davon, wie die konjunkturelle Situation war. Es wurden immer neue Schulden draufgesattelt, auch wenn die Wirtschaft noch so brummte und wir Steuermehr-einnahmen hatten. Es gab offensichtlich keine Alternative zum Schuldenmachen. Das bringt uns heute in eine Situation, meine Damen und Herren,

in der die Tilgung dieser Schulden fast an ein Wunder grenzen würde.

Der Schuldenberg und die daraus resultierende Zinsbelastung sind doch in fast keinem Haushalt mehr erträglich. Mit jedem Euro neue Schulden und den Schulden, die von unseren Vorgängern aufgebaut wurden, ist doch der politische Handlungsspielraum nicht nur für die nachfolgende Generation, sondern bereits heute massiv eingeengt und kleiner geworden.

Ganz konkret kann man sich das alleine am Landshaushalt von Nordrhein-Westfalen vergegenwährtigen: Fast jeden zehnten Euro aus dem Landshaushalt müssen wir inzwischen als Zinsen an die Banken überweisen. Dieses Geld – es geht um knapp 5 Milliarden € – fehlt ganz dringend an anderen Stellen. Die Wunschlisten, was aus diesem Geld alles finanziert werden kann, sind immens lang.

Egal, in welchen Politikbereich man schaut, nach Ansicht der Fachpolitiker, der Fachverbände, der Bürgerinnen und Bürger ist kein Bereich hundertprozentig ausfinanziert. Viele dieser Bereiche könnten heute bereits durchaus auskömmlich finanziert werden, müsste das Land nicht diese Zinslasten von knapp 5 Milliarden € leisten, zumal bei einem historisch niedrigen Zinsniveau.

Meine Damen und Herren, stattdessen erleben wir, wie in vielen Bereichen trotz fortgesetzter Schuldenufnahme unabhängig von der Konjunkturentwicklung in den letzten Jahren und Jahrzehnten die finanzielle Situation immer enger wird, dass immer neue Schulden aufgesattelt werden. Wir können feststellen: Neue Schulden bringen vor allen Dingen eins: Neue Schulden! Wohin das führt, darüber haben wir bereits am Mittwoch diskutiert. Das lässt sich auch am konkreten Beispiel Griechenlands verdeutlichen.

Für den Bund gilt im Zusammenhang mit dieser sogenannten Schuldenregel, dass er ab 2016 in einem Jahr nur noch neue Schulden in Höhe von bis 0,35 % des Bruttoinlandsproduktes machen darf. Die Länder dürfen ab 2020 gar keine neuen Schulden mehr machen. Ausnahmen sind vorgesehen für wirtschaftliche Krisenzeiten. Die dann aufgenommen Schulden müssen innerhalb eines festen Rahmens getilgt werden, sobald die Störung dieser Wirtschaftssituation vorbei ist.

Meine Damen und Herren, für jeden normalen Menschen gilt doch: Wenn er einen Kredit aufnimmt, bekommt er gleichzeitig einen Tilgungsplan, wie er seine Schulden zurückzahlt. Das halte ich für richtig auch für die öffentliche Hand. Die neue Schuldenbremse, die mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP ins Grundgesetz aufgenommen wurde, verpflichtet Bund und Länder zu einer durchgreifenden Haushaltkskonsolidierung.

Herr Kollege Mostofizadeh, Sie sprechen davon, dass wir vor einer riesigen Herausforderung stehen, wenn wir das strukturelle Defizit im Landeshaushalt beseitigen wollen. Aus allem, was wir in den letzten Tagen hier im Hause diskutiert haben, folgt für mich der Eindruck, dass Sie sich alleine schon von dem Ziel einer Haushaltkskonsolidierung verabschiedet haben, gar nicht mehr den Wunsch haben und nicht mehr an dem Ziel festhalten, Schulden abzubauen und Schulden zu tilgen. Das, meine Damen und Herren, ist aus meiner Sicht Verrat an nachfolgenden Generationen.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Wir setzen uns im Rahmen unserer Möglichkeiten dafür ein, dass wir die Schuldenbremse für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen in die nordrhein-westfälische Verfassung aufnehmen. Wir haben darüber im Frühjahr dieses Jahres im Parlament debattiert. Dass die Grünen nicht dafür waren, das war nicht anders zu erwarten. Die Grünen haben ja auch im Bund dagegen gestimmt. Aber dass sich auch die SPD nicht für die Aufnahme der Schuldenregelung in die Landesverfassung aussprechen konnte, war schon sehr traurig.

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. – Haushaltkskonsolidierung hat nichts mit Selbstdemündigung zu tun, sondern ist eine unserer primären Verpflichtungen gegenüber nachfolgenden Generationen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht jetzt Herr Aggelidis.

Michael Aggelidis (LINKE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Mostofizadeh, Sie haben eben so getan, als wären Sie fast ein bisschen Stolz auf die Formulierung, Rot-Grün habe mehr Stellen abgebaut als Schwarz-Gelb. Das sollten Sie nicht sein. Die gesamte Logik, weniger Personal einzustellen und im öffentlichen Dienst Stellen abzubauen, ist eine falsche Logik. Das werde ich jetzt erläutern:

Auch Die Linke will stabile Haushalte, weil wir nämlich eine Politik wollen, die handlungsfähig ist. Allerdings machen nicht nur weitere Schulden, sondern auch platte Verschuldungsverbote die Politik handlungsunfähig.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist für uns der bestimmende Leitsatz im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. Sie hat gerade erst begonnen, fordert aber Ressourcen ungeahnten Ausmaßes. Niemand kann schon zum jetzigen Zeitpunkt präzise beurteilen, was das für

die öffentlichen Haushalte bis 2020 bedeutet. Deswegen ist die Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt und mit dem jetzigen Zeithorizont keine Antwort in der Sache.

Einer Empfehlung des Landesrechnungshofes stimmen wir voll und ganz zu. So heißt es in der Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 28. Juni 2010:

„Nach Auffassung der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder kann das Neuverschuldungsverbot nur eingehalten werden, wenn Maßnahmen zur dauerhaften Entlastung der öffentlichen Haushalte frühzeitig umgesetzt werden.“

Eine frühzeitige Entlastung der öffentlichen Haushalte aber ist ohne die Verbesserung der Einnahmesituation keinesfalls zu machen. Daher haben wir auch die Einstellung zusätzlicher Steuerprüfer verlangt und werden dies auch weiterhin tun.

(Beifall von Bärbel Beuermann [LINKE])

Dies ist unserer Meinung nach ein wirksamer Beitrag zur Begrenzung der Neuverschuldung.

Darüber hinaus teilen wir die bereits öffentlich geäußerten verfassungsrechtlichen Bedenken im Hinblick auf die Schuldenbremse. Bund und Länder sind laut Grundgesetz in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig und voneinander unabhängig. Die Linke im Bundestag und in den Landtagen verteidigt diese Budgethöheit der Landesparlamente. Diese Hoheit wird aber durch die Schuldenbremse verletzt.

(Beifall von der LINKEN)

Die Diskussion über die Schuldenbremse lenkt zudem völlig davon ab, wer die Zeche für die bisherigen Staatsschulden und die Finanzkrise zahlen soll. Die aktuelle Finanzkrise wird sehr, sehr viel Geld kosten. Über SoFFin, Bad Banks und Komplettverstaatlichung kommen auf die Steuerzahler erhebliche Belastungen zu. Schwarz, Rosa, Grün, Gelb tragen mit ihrer Politik der Finanzmarktliberalisierung eine wesentliche Mitschuld an der Krise und versuchen nun, sich mit der Schuldenbremse aus der Verantwortung zu stehlen.

Als einzige Partei hat die Linke ein seriöses Finanzierungskonzept für die Kosten der Krise. Es soll eben nicht alles nur auf Pump durch Neuverschuldung bezahlt werden. Die Zeche müssen vor allem diejenigen bezahlen, die in den letzten 15 Jahren durch die entfesselten Finanzmärkte Millionen und Milliarden verdient haben.

Allein das Geldvermögen der reichsten 30 % der Haushalte in Deutschland ist von 2002 bis 2007 um ca. 800 Milliarden € gewachsen. Es erscheint angesichts der Dramatik der Krise mehr als angemessen, dass die Profiteure der Finanzmärkte nun auch einen wesentlichen Teil der Kosten bezahlen,

beispielsweise durch eine einmalige Vermögensabgabe, durch Zwangsanleihen oder durch eine Veränderung des Steuersystems zulasten der Reichen, der Superreichen und der Großkonzerne.

Die Forderung nach einer Schuldenbremse will davon ablenken, dass die gerechte Besteuerung sehr hoher Einkommen und Vermögen ein wirksames Mittel zur Vermeidung höherer Staats Schulden ist. Die reichsten 10 % der Bevölkerung verfügen über 60 % des gesamten Vermögens. Die ärmsten 10 % sind dagegen verschuldet.

Die Steuerpolitik der Vergangenheit – sei es unter Rot-Grün, in der Großen Koalition oder jetzt unter Schwarz-Gelb – hat dazu beigetragen, dass sehr hohe Einkommen und Vermögen in unzulässiger Weise entlastet wurden. Damit ist der heutige Anstieg der Staatsverschuldung überhaupt erst erzwungen worden.

Nein, die Schuldenbremse führt zu weiteren Einschränkungen der Handlungs- und Gestaltungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden. Wichtige Investitionen in Bildung und Wissenschaft müssen aber jetzt getätigt werden. Geschieht dies nicht, so werden wir später alle einen weitaus höheren Preis zu zahlen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung spricht nun der Finanzminister, Herr Dr. Walter-Borjans.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Freimuth hat eine Reihe von Punkten angesprochen, denen man allgemein zustimmen kann. Natürlich ist es so, dass eine überbordende Verschuldung Lasten auf die Zukunft verschiebt, dass wir gemeinsam daran arbeiten müssen, Haushalte zu konsolidieren.

Frau Freimuth, Sie haben wenigstens eines nicht gemacht: Sie haben nicht das Weihrauchfass um sich herumgeschwungen und erzählt, das wäre Ihnen vorher alles gelungen.

Wenn ich mir dagegen Herrn Möbius angucke, dann mache ich mir wirklich Sorgen, wie die Selbstverweigerung und die Verweigerung, die Realität anzuerkennen, um sich greift und wie im Prinzip diese Debatten alle nutzlos sind, weil man vortragen kann, was man will. Man kann es mit Zahlen belegen, und am Schluss kommt heraus: Die schwarz-gelbe Regierung hat eine Konsolidierung geschafft.

(Zuruf von der CDU: Genauso ist es!)

– Sie haben nicht einmal einen Ansatz geschafft. Sie haben sprudelnde Steuerquellen dazu genutzt, die Neuverschuldung ein Stück zu reduzieren. Sie reden jetzt von Steuermehreinnahmen, obwohl wir

deutlich weniger haben werden als 2009, nur ein bisschen mehr, als ursprünglich befürchtet. Das ist bei Ihnen schon Gewinn.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Finanzminister, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, aber der Kollege Möbius würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ja, können wir gerne machen.

Christian Möbius (CDU): Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir im Jahr 2008 unter der alten Landesregierung erstmals seit über 30 Jahren im Haushalt mehr Geld eingenommen als ausgegeben haben?

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich bin bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir im Jahr 2008 über 42 Milliarden Steuern eingenommen haben, und dass wir jetzt mit Ihrer berühmten Verbesserung, von der wir reden, möglicherweise 37, vielleicht 37,2 Milliarden erreichen werden.

Ich habe es ja schon vorgestern gesagt: Sich hinzustellen und alles das, was bergab geht, als die Schuld der Lehman Brothers zu beschreiben, und alles, wenn es sprudelt, als den Erfolg der Laumann Brothers hinzustellen, ist eine Sache, die kann man vielleicht ein paar Mal erklären,

(Minister Guntram Schneider: Jawoll!)

aber auf Dauer nimmt einen dann niemand mehr ernst.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sie haben eine mittelfristige Finanzplanung hinterlassen, die hat stabil 6,5 Milliarden € Nettokreditaufnahme. Wo ist denn da die Konsolidierung? Das ist ja nur die offizielle Version. In der inoffiziellen gab es ja noch die Vermutung steigender Steuerminder- einnahmen. Im Übrigen hat sich die auch noch nicht erledigt, sondern es geht jetzt darum, dass die Steuerminder- einnahmen vielleicht nicht ganz so hoch ausfallen. Das heißt: Das, was Sie hinterlassen haben, war eine steigende Neuverschuldung.

Wir müssen jetzt für den Nachtragshaushalt für das Jahr 2010 all das, was Sie vorher verschoben und versteckt haben, einmal zusammenschieben und auf den Ursprungshaushalt für 2010 aufsetzen. Wir reden hier nicht über eine Verschuldung durch rot- grüne Projekte für ein Jahr, für 2010, sondern wir reden über die zusammengeschobenen Hypotheken, die Sie hinterlassen haben auf ein Jahr. Und jetzt bedienen Sie sich der Prozentrechnung und erzählen uns, wie viel das mehr ist als das, was Sie ursprünglich vorhatten.

Die Rechnungshofpräsidenten fordern uns auf, uns Gedanken zu machen, wie bereits bei der Aufstellung der Haushalte 2011 und 2012 zu einer dauerhaften Entlastung der Haushalte beigetragen werden kann. Was heißt das? – Dauerhaft beitragen heißt, die Kreditfinanzierung herunterzufahren, weil sie auf Dauer die Zukunft belastet. Das ist Klippschule. Es sollte allerdings auch Klippschule sein, dass man die Zukunft nicht heute schon verspielt, weil man bei Bildung, Förderung und Betreuung alles austrocknet.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Hier ist heute schon einmal die eine oder andere Zeitungsüberschrift genannt worden. Gestern hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ getitelt „Regierung spart bei Kindern.“ – Nicht die Landesregierung, sondern die Bundesregierung ist gemeint. Der Text war dann:

Zehntausende Familien mit geringem Arbeitseinkommen müssen infolge der geplanten Hartz-IV-Reform mit Einbußen für ihre Kinder rechnen.

So stelle ich mir die dauerhafte Entlastung der öffentlichen Haushalte nicht vor, denn da legen wir den Grundstein dafür, dass wir anschließend wieder ordentlich draufzahlen müssen.

Ich will nur sagen: Wir werden uns in dem Rahmen, der uns jetzt gesetzt ist, bewegen. Der Bund muss 2011 anfangen, die Länder haben jetzt Zeit bis 2020, diese Schuldenbremse zu erreichen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Nein, dann müssen sie fertig sein!)

– Ja, die Schuldenbremse zu erreichen. Das bedeutet, dass wir uns über den Weg dahin und über die gesetzlichen Vorgaben Gedanken machen und noch genug Gelegenheiten haben werden, darüber zu reden.

Aber ich bleibe dabei: Wir müssen einen Weg finden, die Aufgaben, die wir haben, im Wege eines sparsamen Umgangs mit unseren Mitteln zu erfüllen. Wenn wir die Aufgaben sparsam erfüllen, müssen wir sowohl das Wort „Sparsamkeit“, als auch das Wort „Aufgabenerfüllung“ beachten.

(Zuruf von Norbert Post [CDU])

Sie haben in einer ganzen Reihe von nachweisbaren Fällen in den vergangenen Jahren die Aufgaben vernachlässigt oder sie anderen zugeschoben und gesagt: Schaut, wie ihr damit klarkommt. – So kann Konsolidierung nicht funktionieren. Denn die Schuldenbremse betrifft die Verschuldung der öffentlichen Haushalte insgesamt, von Bund und Ländern. Sie kann nicht funktionieren, wenn am Schluss die Städte und Gemeinden zu tragen haben, was Sie sich von der Bäcke geschminkt haben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Gleich kommt noch ein Antrag, der auch von Realitätsverweigerung handelt. Denn jemand, der eine erfolgreiche Konsolidierung fortsetzen will, muss mir erklären, was er vorher gemacht hat. Dabei können wir vielleicht noch einmal darüber reden, wie Ihnen denn der Stellenabbau gelungen ist und was Sie gemacht haben. Das hat Kollege Mostofizadeh schon angesprochen.

Wer vor dem, was er hinterlassen hat, eigentlich hätte laufen gehen müssen, wenn ihn die Wähler nicht abgewählt hätten, sollte mit Anträgen dieser Art ein bisschen vorsichtiger umgehen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Walter-Borjans. – Weitere Rednerinnen und Redner stehen nicht auf der Liste.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/208 an den Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Tagesordnungspunkt

3 Erfolgreichen Kurs fortsetzen – Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 15/209

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen ist chronisch krank. Er leidet an extremer Atemnot als Folge einer Herzinfektion, die er sich in den 70- und 80er-Jahren zugezogen hat, weil der damalige Sonnenkönig Johannes Rau

(Widerspruch von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans)

jedes Gefühl für die Belastbarkeit der öffentlichen Finanzen vermisst ließ. In dem kurzen Zeitraum von 1966 bis 1981 wurde die Zahl der Vollzeitstellen im Landesdienst von 208.000 auf 352.000 aufgebläht. Es gab eine Verdopplung der Stellenzahl in der Wissenschaft, 43 % mehr Stellen für die Justiz, 31 % mehr für Schulen, 28 % mehr für den Innenminister

(Stefan Zimkeit [SPD]: Für die Polizei!)

und 21 % mehr Stellen für den Finanzminister.

Schon damals huldigte die SPD der gleichen Wahnvorstellung, an der sie immer noch leidet: Die Ausgaben von heute könnten die Steuerkraft von morgen sein. – Sie sind nicht die Steuerkraft von Morgen, sondern die Steuern, die die Bürger zahlen müssen. Meine Damen und Herren, das ist eine Theorie des vorsorgenden Sozialstaats, mit der schon Johannes Rau gescheitert ist und die Frau Ministerpräsidentin Kraft jetzt reanimieren möchte.

Selbstverständlich gibt es nichts Schöneres für einen Politiker, als allen alles zu versprechen und sein kreditgespeistes Füllhorn über dem ganzen Land auszuschütten. Die Versuchung, sich auf diese Art und Weise in der Bevölkerung lieb Kind zu machen, ist riesengroß. Das täten wir auch gern. Aber das Motto der jetzigen Ministerpräsidentin heißt ganz offenbar: nette Tante statt klarer Kante. – Damit wird sie nicht weit kommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Denn leider führt hemmungslose Neuverschuldung weder auf mittlere noch auf längere Sicht – auch nicht bis zum Jahr 2100 – zu mehr Steuereinnahmen, sondern nur zu weniger Wachstum, weniger Wirtschaftskraft, damit zu weniger Steuereinnahmen und zu rapide schrumpfenden Gestaltungsspielräumen, weil Personalkosten, Versorgungslasten und Zinsausgaben alles andere ersticken.

Meine Damen und Herren, Diether Posser war zehn Jahre lang Finanzminister unter Johannes Rau und hatte das damals schon klar erkannt. Weil alle seine Warnungen in den Wind geschlagen wurden, weil er aufgrund der hemmungslosen Neuverschuldung Nordrhein-Westfalen auf dem Marsch in die Bananenrepublik sah, wie er zum Abschied mitgeteilt hat, und weil er die sozialdemokratische Schuldenorgie weder vor seinem Gewissen noch vor der nächsten Generation verantworten konnte, trat er 1988 mit einem Donnerknall von seinem geliebten Amt zurück. Daran könnten Sie sich vielleicht ein Beispiel nehmen, Herr Finanzminister.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von der SPD und von den GRÜNEN)

Denn die Begründung von Diether Posser ist heute noch immer lezenswert. Das sollten Sie einmal tun. Aber Sie sind ganz offenbar nicht von diesem Kaliber. Anstatt sich gegen die Ausgabenwut Ihrer Ministerpräsidentin zu stemmen, machen Sie die Masse „nette Tante statt klarer Kante“ klaglos mit. Sie widersprechen nicht, sondern versuchen lieber, einen erfolgreichen Vorgänger mieszumachen, um den verhängnisvollen Kurs der Ministerpräsidentin zu rechtfertigen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Helmut Linssen, Herr Finanzminister, war ein Staatsmann. Das müssen Sie erst noch werden. Sie sollten keine Parabeln von toten Hühnern erfinden,

die die frühere Landesregierung angeblich hinterlassen hat.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Sie sollten sich ein Beispiel nehmen an dem klugen Konsolidierungskurs, auf den Ihr Vorgänger das gesamte Kabinett manchmal mit brachialer Gewalt jederzeit verpflichtet hat.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wer Schulden hat, ist nicht frei. Das war seine Richtschnur. Danach haben er und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers jederzeit gehandelt. Auf diesen Kurs sollten auch Sie ohne schulhaftes Zögern einschwenken.

Dabei brauchen Sie das Rad nicht neu zu erfinden. Ein Blick in den Abschlussbericht der Kommission zur Situation und Perspektive des Landshaushalts Nordrhein-Westfalen, der sogenannten Hartmann-Kommission, könnte schon weiterhelfen. Zur Lektüre dieses Berichts lade ich Sie ausdrücklich ein, wenn wir schon immer von Einladungen reden.

Dieses hochkarätige Expertengremium kam im Herbst 2005 zu folgendem Befund: Selbst unter keinesfalls pessimistischen Annahmen werde das vorgefundene jährliche Defizit ohne Gegenmaßnahmen bis zum Jahr 2010 auf rund 10 Milliarden € steigen. Das Land Nordrhein-Westfalen sei an die Grenze seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gekommen, weil die Ausgaben rasant wuchsen, die Einnahmen zurückblieben und die Defizite explodierten. Eine solche Entwicklung sei für unser Gemeinwesen nicht durchzuhalten, weil die Lasten der Vergangenheit jede Zukunftschance blockierten. Es müsse unmittelbar, umfassend und nachhaltig gegengesteuert werden, Herr Finanzminister. Dabei könne die Zielsetzung nur der nachhaltige Ausgleich des Haushalts sein.

Im Einzelnen hat die Kommission Ausgabenkürzungen bei den Sachausgaben, den Abbau von Subventionen und Kostenzuschüssen sowie einen deutlichen Stellenabbau durch Ausnutzung der natürlichen Fluktuation empfohlen.

Die CDU/FDP-Regierung hat diese Hinweise beherzigt und entschlossen konsolidiert. Was immer Sie auch sagen: Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie versuchen, diese Leistung nicht anzuerkennen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir, Herr Finanzminister, laden Sie ein, diesen alternativlosen Kurs der Vernunft gemeinsam mit allen vernunftbegabten Kräften in diesem Haus fortzusetzen.

Ausgehend von einem strukturellen Defizit von 6,7 Milliarden €, haben wir ab 2006 die innere Kostendynamik des Haushalts gebrochen und die Neuverschuldung Jahr für Jahr schrittweise gesenkt. Ende 2008 betrug sie noch 1,1 Milliarden €

Das ist eine Reduzierung um 83 % innerhalb von drei Jahren, die nur möglich war, weil wir 92 % der frei verfügbaren Steuereinnahmen konsequent für die Reduzierung der Neuverschuldung verwendet haben.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Das ist auch falsch!)

– Nein, das ist völlig richtig. Eines werden Sie nie kapieren: Steuermehreinnahmen beinhalten nicht, dass man über diese frei verfügen kann.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie haben von Steuereinnahmen gesprochen!)

Es kommt nämlich zu Zinssteigerungen, zu Personalkostensteigerungen und zu Sachkostensteigerungen. Diese innere Dynamik muss erst einmal gebrochen werden.

Dass wir den Prozentsatz im kommunalen Finanzausgleich gleich gehalten haben, bedeutet natürlich, dass die Zahlungen an die Kommunen drastisch gestiegen sind. Das wollten Sie. Das wollten wir alle. Aber dann dürfen Sie nicht sagen, dass wir auch diese Mittel zur Haushaltstaktik konsolidierung hätten nutzen können. Das müssen Sie endlich einmal kapieren.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben trotz dieser dramatischen Absenkung der Neuverschuldung die Kraft gehabt, Rücklagen zu bilden. Allein 2008 waren dies 1,3 Milliarden € für Finanzmarktrisiken. Damit hat das Land 2008 das erste Mal, Herr Finanzminister, seit 1973 weniger ausgegeben als eingenommen; insgesamt waren es rund 200 Millionen €

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Genau dies ist das Verdienst der Regierung von CDU und FDP:

(Christian Möbius [CDU]: Sehr richtig!)

Sie hat konsequent der Versuchung widerstanden, Steuermehreinnahmen für kurzfristige Projekte oder für Wohltaten an jedermann auszugeben.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Wir haben dem Patienten „Landeshaushalt“ hoch wirksame Medizin gegeben. Sie verabreichen Zuckerwasser.

Die Jahre 2006 bis 2008 haben gezeigt, was mit dem entschlossenen Willen zur Haushaltstaktik möglich ist. 2009 war ein extremes Krisenjahr. Das Bruttoinlandsprodukt schrumpfte gegenüber dem Vorjahr real um 5 %. Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nie gegeben – nicht einmal annäherungsweise. Trotz dessen und trotz umfangreicher Konjunkturprogramme lag die Nettoneuverschuldung 2009 lediglich bei 5,6 Milliarden €, und auch 2010 – Herr Finanzminister, das wissen Sie – wird der Haushaltsschluss ohne Ihre

Sperrenzchen bei unter 6 Milliarden € an notwendiger Neuverschuldung und damit unter der Nettoneuverschuldung von Rot-Grün in den Jahren 2003, 2004 und 2005 liegen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Beer?

Christian Weisbrich (CDU): Nein, danke. Ich möchte das gerne im Zusammenhang vortragen. Anschließend dürfen Sie gerne fragen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Okay.

Christian Weisbrich (CDU): Ohne die Konsolidierungspolitik der CDU/FDP-Regierung in den Jahren 2006 bis 2008 würde die Nettoneuverschuldung – wie von der Hartmann-Kommission festgestellt – bereits jetzt im zweistelligen Milliardenbereich liegen.

Solche Auswüchse wären bei Fortführung der bis 2005 gepflegten Finanzpolitik unvermeidbar gewesen. Dies verhindert zu haben, ist ein Erfolg, auf den wir stolz sein können und der zeigt: Haushaltstaktik ist kein Hexenwerk. Sie ist machbar, und sie ist alternativlos.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Ich hätte Sie gerne nach der Verwendung der Demografieeffekte gefragt, Herr Weisbrich!)

– Frau Beer, lassen Sie mich erst einmal reden.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist keine Rede, sondern Schönfärberei!)

– Reden Sie nicht dazwischen. Ich nehme Sie gerne dran. Wenn ich fertig bin, beantworte ich Ihre Fragen gerne. Aber bitte versuchen Sie nicht, mich aus dem Rhythmus zu bringen. Das ist doch Ihr Ziel, aber damit haben Sie keinen Erfolg.

(Gunhild Böth [LINKE]: Er kann nicht einmal einen Zwischenruf vertragen!)

Wesentliche Voraussetzungen für die geschilderten Konsolidierungserfolge waren die Grundsätze, die die alte Landesregierung bei der Haushaltstaktik zugrunde gelegt hat. Seit 2006 wurden nämlich Ausgabepositionen realistisch und Steuereinnahmen extrem vorsichtig geschätzt. Bis auf das Krisenjahr 2009, in dem es finanzpolitisch buchstäblich Backsteine regnete und umfangreiche Konjunkturprogramme eine Anhebung der Neuverschuldung im Nachtragshaushalt erforderlich machten, lag die Nettoneuverschuldung im Haushaltsschluss immer deutlich – und zwar ganz deutlich – unter der geplanten Neuverschuldung, obwohl im Regelfall zum Jahresende zusätzliche Rücklagen gebildet wurden.

Herr Finanzminister, wer gegenüber einer solchen Konzeption auf das „Prinzip Hoffnung“ setzt und

nicht wie ein vorsichtiger Kaufmann handelt, der wird am Jahresende negativ überrascht; so ist es in den Jahren 2001 bis 2005 ausnahmslos immer gewesen.

Wenn das Land seine künftigen Handlungsmöglichkeiten wahren will, muss eine Landesregierung jetzt, also nach der Krise,

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Nach der Krise! Aha!)

unverzüglich auf den Pfad der strikten Haushaltkskonsolidierung zurückkehren. Um den Haushalt bis 2020 ohne neue Schulden auszugleichen, muss die Schuldenbremse greifen. Wir müssen die Schulden gebremst haben. Der Bremsvorgang muss also abgeschlossen sein. Um den Haushalt bis dahin in den Griff zu bekommen, dürfen die Ausgaben ab sofort höchstens um 1 % pro Jahr wachsen. Das ist ambitioniert, weil eine 1%ige Steigerungsrate gerade einmal die steigenden Ausgaben im kommunalen Finanzausgleich und die steigenden Versorgungsausgaben abdeckt.

Mehrausgaben in politischen Schwerpunktbereichen müssen deshalb durch Minderausgaben an anderer Stelle gegenfinanziert werden. Das heißt ganz klar: Nicht alles Wünschenswerte und nicht alles, was man den Menschen verspricht, ist tatsächlich finanziert.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Mit einer Regierung, die die richtigen Entscheidungen trifft, kann die Haushaltkskonsolidierung gelingen. Wer dagegen Luftschlösser baut und die Schuldenbremse als Selbstverstümmelung betrachtet, der wird scheitern.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Ich lade Sie deshalb ein: Nehmen Sie unseren Antrag ernst! Betreiben Sie eine Wirtschaftspolitik, die das Wachstum stärkt! Vernichten Sie nicht die Industriestrukturen in Nordrhein-Westfalen! Begrenzen Sie den Ausgabenanstieg jetzt, nicht in 80 Jahren, wenn Zukunftsrenditen eingefahren werden sollen! Zur Haushaltkskonsolidierung muss der Ausgabenanstieg ab sofort unter dem Einnahmenzuwachs liegen. Konzentrieren Sie sich auf die wesentlichen Politikfelder! Ausgaben für Bildung und Innovationen müssen durch Entlastung an anderer Stelle dauerhaft gesichert sein.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Gleiches gilt für die Übernahme neuer Aufgaben. Sie können keine neuen Aufgabe übernehmen, wenn Sie nicht an anderer Stelle sparen. Nutzen Sie die demografische Rendite zur Haushaltkskonsolidierung. Und vor allem: Treiben Sie strukturelle Reformen voran! Wer den Rotstift weglegt, meine Damen und Herren, und den Personalbestand aufblättert, wie Sie das immer gemacht haben, versündigt sich an unseren Kindern und Enkeln. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Rüdiger Sagel [LINKE]: Frechheit!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Zimkeit.

Stefan Zimkeit^{*)} (SPD): Was hier passiert, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, was hier heute den ganzen Tag passiert, ist der Versuch der Legendenbildung. Aber zu wirklichen Legenden gibt es einen entscheidenden Unterschied: Wirkliche Legenden haben einen wahren Kern. Dieser wahre Kern fehlt bei Ihrer Legendenbildung.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sehr geehrter Herr Weisbrich, Sie versuchen hier, an der Legende der schwarz-gelben Haushaltkskonsolidierer zu stricken. In Wahrheit sind Sie aber die schwarz-gelben Rekordschuldenmacher.

(Beifall von der SPD)

Eigentlich, meine Damen und Herren, hätten Sie doch nach der Diskussion um den Nachtragshaushalt und den dort vorgelegten Zahlen Ihren Antrag zurückziehen müssen. Denn dort ist deutlich geworden, dass Sie für die Rekordverschuldung in Nordrhein-Westfalen verantwortlich sind.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Sie fordern von der neuen Landesregierung einen Konsolidierungskurs ein, den Sie nie selbst gesteuert haben und den Sie auch zukünftig nicht steuern wollten. Aber zum Glück haben die Wählerinnen und Wähler Ihnen am 9. Mai die Kontovollmacht entzogen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich kann ja nachvollziehen, Herr Weisbrich, dass Sie den Zahlen der neuen Landesregierung mit – sagen wir einmal – einer gewissen Skepsis gegenüberstehen, insbesondere weil die Zahlen deutlich machen, dass Sie an einer Legende stricken. Aber wenn Sie schon den richtigen Zahlen unseres neuen Finanzministers nicht glauben, dann glauben Sie doch wenigstens den Zahlen Ihres eigenen Finanzministers. Die abgewählte Landesregierung hat eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt, die bei den bereinigten Ausgaben 53 Milliarden € für 2011, 55 Milliarden € für 2012 und 57 Milliarden € für 2013 vorsieht. 53, 55, 57 – wo ist denn da der Konsolidierungskurs, Herr Weisbrich?

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wie wir alle wissen, sind diese Zahlen geschönt. Aber selbst wenn sie stimmen würden, ist dies von einem Haushaltkskonsolidierungskurs so weit entfernt wie der Nordpol vom Südpol.

Besonders interessant ist es, bei Ihrer Finanzplanung zu betrachten, dass Sie in fast allen Bereichen Steigerungen vorsehen: bei den Personalkosten, bei den Zinsen. Nur in einem einzigen Bereich wollten Sie weniger Geld ausgeben: bei den Kommunen. Sie wollten weiter an der Legende der Haushaltkskonsolidierung stricken, indem Sie sich in den kommunalen Kassen bedienen.

(Norbert Post [CDU]: Falsch!)

– Nicht „falsch“; die Zahlen können Sie nachlesen. – Jetzt wollte ich Herrn Laumann ansprechen. Er hat am Mittwoch behauptet, ...

(Zurufe von der CDU)

– Das sind die Zahlen Ihres Finanzministers. Glauben Sie dem doch wenigstens!

Herr Laumann hat am Mittwoch behauptet, die neue Landesregierung hätte den Rotstift abgeschafft. Das können wir noch diskutieren. Aber sind Sie wirklich so stolz auf das, was Sie mit dem Rotstift angerichtet haben? Sind Sie stolz darauf, dass Sie die Kommunen weiter in die Verschuldung getrieben haben? Sind Sie stolz darauf, dass die Frauenhäuser ihre Arbeit nicht mehr richtig leisten können? Sind Sie stolz darauf, dass im ganzen Land Arbeitslosenzentren schließen mussten? Das ist die Folge Ihrer Rotstiftpolitik. Wir werden diese Folgen rückgängig machen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Manfred Palmen [CDU]: Unsinn!)

Doch lassen Sie uns in die Zukunft blicken. Sie haben ja in einem Punkt Recht: In unserer Debatte geht es um Generationengerechtigkeit. Es geht darum, wie wir Politik im Interesse auch der zukünftigen Generationen machen. Da bin ich der festen Überzeugung: Sie sind auf dem falschen Weg; Sie schlagen den falschen Kurs ein. Ihr Weg führt vielleicht – ich betone: vielleicht – dazu, kurzfristig weniger Schulden zu machen. Aber lässt er zukünftige Generationen nicht mit weniger Bildung dastehen und mit weniger Zukunftschancen aufwachsen?

(Widerspruch von der CDU)

Das ist kein Beitrag zur Generationengerechtigkeit und führt mittelfristig zu mehr Schulden.

Lassen Sie mich hier eine Anmerkung anschließen. Sie haben ja – und das ist ein gutes Beispiel – über Johannes Rau gesprochen. Es ist schön, dass Sie immer noch versuchen, ihn zu vereinnahmen; das zeigt ja, dass Ihr eigener Ministerpräsident wahrscheinlich längst nicht das gleiche Niveau hatte.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Aber wo würde Nordrhein-Westfalen denn ohne diese Ausgaben in Bildungsreformen und in den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen heute stehen? Deswegen macht das deutlich: Sie gehen den falschen Weg.

Das wird noch einmal unterstrichen durch ihren einzigen klaren Vorschlag, den Sie zur Finanz einsparung machen. Sie schlagen vor, die demografische Rendite in der Haushaltkskonsolidierung zu belassen. Wir wollen stattdessen den Demografie gewinn im Bildungsbereich belassen, um die Zukunftschancen unserer Kinder zu verbessern. Das ist ein konkreter Beitrag zur Generationengerechtigkeit. In dem Punkt waren wir uns bisher eigentlich einig, aber Sie weichen jetzt davon ab.

Für die weitere Diskussion dieses Antrags, die wir ja im Ausschuss führen werden, habe ich drei Bitten insbesondere an die CDU-Fraktion.

Wir sollten erstens gemeinsam nicht nur die Ausgabe Seite betrachten. Zur strukturellen Verbesserung der Landesfinanzen gehört auch eine Verbesserung der Einnahmeseite. Diese können wir hier nur sehr gering beeinflussen.

Machen Sie doch Ihren Einfluss in Berlin geltend! Sorgen Sie dafür, dass es keine weiteren Steuergesetze gibt, die Länder und Kommunen in den Ruin treiben!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Greifen Sie den Vorschlag des CDU-Ministerpräsidenten Müller auf, der vorgeschlagen hat, den Spitzensteuersatz zu erhöhen, um die finanziellen Spielräume der Länder zu verbessern! Bei einer solchen Initiative haben Sie uns an Ihrer Seite.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweitens. Betreiben Sie keine Politik, die auf der einen Seite mehr Ausgaben fordert und sich dann auf der anderen Seite beschwert, dass dies Geld kostet. Bei der Debatte am Mittwoch um das GFG war es bereits so. Von Ihnen wurde beklagt, dass viel zu wenig Hilfe für die Kommunen ankommt und gleichzeitig die Neuverschuldung kritisiert. Das, meine Damen und Herren, passt nicht zusammen.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Drittens. Machen Sie konkrete Einsparungsvorschläge. Wenn Sie die vorlegen würden, würde sich die Diskussion Ihres Antrags im Ausschuss lohnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Haushaltspolitik folgt klaren Grundsätzen:

Erstens. Wir stehen für Haushaltswahrheit und Haushaltksklarheit statt für Legendenbildung.

Zweitens. Wir betreiben keine Haushaltspolitik auf Kosten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

Drittens. Unser Ziel ist es, die Neuverschuldung ab 2011 schrittweise zu senken, ohne dabei Strukturen in Bildung, Frauenhäusern und Arbeitslosenzentren zu zerschlagen.

Viertens. Wir investieren in die Zukunft unserer Kinder, um so zukünftige Ausgaben zu verhindern, aber vor allem die Zukunftschancen künftiger Generationen zu verbessern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie dabei mit und betreiben keine verzweifelte Legendenbildung!

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. Das war die erste Rede des Kollegen. Herzlichen Glückwunsch zur ersten Rede im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Allgemeiner Beifall)

Für die Fraktion der Grünen spricht – nicht zum ersten Mal – Kollege Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Herr Präsident! Es tut mir leid, aber heute sind immer wieder Finanzthemen auf der Tagesordnung.

Meine Bitte in Richtung CDU und FDP: Wenn wir zum sechsten Mal in einer Plenarrunde über das gleiche Thema reden, lassen Sie uns darüber nachdenken, es ein bisschen zu stauchen und ein bisschen Spaß für die nächste Plenardebatte übrig zu lassen.

(Zurufe von der CDU)

– Sie sind aber schnell nervös zu machen. Das ist doch erstaunlich. Bei solch einer lapidaren Nebenbemerkung ist Herr Palmen schon auf der Palme; das ist super.

Weil es gestern Abend so schön war: Ihre Partei wollte dem Wohnungsbauvermögen gestern Abend schweren Schaden zufügen. Sie haben gesagt: Wir packten 200 Millionen € auf eine Summe von 800 Millionen € drauf, wir konsolidierten nicht, sondern lassen aus Parteiprogrammen vor. Dann haben Sie hier im Parlament Einigkeit mit der FDP demonstriert, die im absoluten Gegensatz zu dem stand, was sie ordnungspolitisch jemals vorgetragen hat.

Den Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei unterstelle ich ein wenig, dass der Zusammenhang nicht ganz verstanden wurde.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist durchaus richtig, eine Summe X zu fordern, man muss auch zur Kenntnis nehmen, welche Befrachtungen vorher passiert sind. Ich vermute, das war der Grund, warum das nicht ganz rübergekommen ist.

Im Verbund mit der Linkspartei macht die CDU dann die sportliche Übung, den Landeshaushalt – zumindest in Teilbereichen: das Wohnungsbauvermögen – vor die Wand zu fahren, und spricht heute

von Konsolidierung. Mit Ihrer Politik machen Sie sich doch lächerlich.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Zum Stichwort „Nachhaltigkeit“ – die Zahlenspielereien machen wir gleich noch an anderer Stelle –: Was ist nachhaltig daran, wenn ein Bundeshaushalt 100 Milliarden € Schulden hat und dann der große Parteivorsitzende der FDP, Guido Westerwelle die Steuern zulasten der Zukunft senken möchte? Das ist doch nicht nachhaltig, das ist Klientelpolitik, dreist und haushaltspolitisches Nirwana, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Aktive Wirtschaftsförderung ist das!)

– Natürlich. Herr Witzel, ...

(Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Herr Weisbrich, wirtschaftspolitische Kompetenz erreicht man nicht dadurch, dass man sich einen Anzug anzieht, eine Krawatte umbindet und von Wirtschaftswachstum redet.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rüdiger Sagel [LINKE]: Hey! – Bodo Löttgen [CDU]: Geht's noch tiefer?)

– Das können wir ja mal ausprobieren, Herr Löttgen. Wenn Sie von Nachhaltigkeit reden: Es ist doch nicht nachhaltig, wenn ein Vater seinen Kindern das Taschengeld kürzt und sagt, davon müssten sie jetzt eine Garage bauen. Das ist dreist und plump. Das haben Sie in der letzten Legislaturperiode betrieben.

Sie haben – ich will es noch einmal sagen – zulasten der Kommunen 1 bis 1,5 Milliarden € strukturell eingespart. Das führte unmittelbar und nachweislich dazu, dass elementare Leistungen in den Kommunen nicht mehr stattgefunden haben: Schwimmbäder und Bildungseinrichtungen wurden geschlossen. Sie haben sich persönlich durch Ihre Politik, Ihre Kurzsichtigkeit und Ihr dreistes Verschieben von Aufgaben vom Land auf die kommunale Ebene an der Zukunft unserer Kinder – meiner Kinder genauso – schuldig gemacht. Das war die Politik von CDU und FDP.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich sage Ihnen noch etwas: Sie machen jetzt konsequent weiter. Wenn der Bundeskoalitionsvertrag – ich kann es nicht oft genug sagen – durchgezogen würde, würde Nordrhein-Westfalen noch einmal jährlich 1,7 Milliarden € im Landeshaushalt und die Kommunen noch einmal 500 bis 700 Millionen € verlieren. Das wäre auf die Konsolidierungsrate draufzupacken. CDU und FDP sind keine Konsolidierer, sondern dreiste Klientelpolitiker.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Unverschämt!)

Um es klar zu sagen: Wir haben das Thema Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik erfunden, an der Stelle brauchen wir von Ihnen keine Nachhilfe. Zur Nachhaltigkeit gehört aber auch ...

(Ralf Witzel [FDP]: Davon sind Sie aber weit entfernt!)

– Vielleicht treten wir irgendwann mal gemeinsam in Essen auf, dann können wir uns vernünftig auseinandersetzen. Da erscheinen Sie überhaupt nicht, vor Ort kennt Sie niemand.

(Heiterkeit von Ralf Witzel [FDP])

Zum Thema Nachhaltigkeit gehört aber auch, dass man diejenigen, die leistungsfähig sind, die über hohe Einkommen und Vermögen verfügen, an der Gemeinschaftskasse beteiligt. Man muss Einnahmen generieren, um Ausgaben tätigen zu können. Sie können nicht – das ist eben richtig von dem Kollegen gesagt worden – Ausgaben ins Gesetz schreiben und das Geld dann nicht zur Verfügung stellen. Sie können nicht auf der einen Seite auf Leistungen für die Kosten der Unterkunft, für die Eingliederungshilfe und viele andere Dinge im SGB II hinweisen, aber auf der anderen Seite sagen, dass es dafür kein Geld gibt, dass die Kommunen das bereitstellen müssen. Ich sage Ihnen, was das konsequent zu Ende gedacht bedeutet: Das heißt nämlich, dass, wenn Sie nachhaltig wären und die Schuldenbremse ernst nehmen würden, diese Leistungen gesenkt werden müssten. In Wirklichkeit wollen Sie aber mit der Schuldenbremse erreichen, dass wieder Einsparungen auf Kosten der sozial Schwachen und finanziell Leistungsschwachen erfolgen. Das wollen Sie politisch durchsetzen. Darum geht es in Ihnen diesem Parlament.

(Norbert Post [CDU]: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Weil es so wunderschön ist, möchte ich noch etwas zur Konsolidierungsfähigkeit Ihrer Landesregierung sagen: Rot-Grün hat von 2000 bis 2005 im Landeshaushalt strukturell 1 Milliarde € eingespart. Das war aus meiner Sicht durchaus in Teilen ein Fehler, weil das zulasten der Stellen unter anderem im Bildungsbereich gegangen ist und andere Bereiche dadurch nicht genug ausgebaut worden sind. Trotzdem haben sich die damaligen Fraktionsvorsitzenden Wolf und Rüttgers im Jahre 2003 an die Spitze jeder Demonstration gestellt und gesagt: Wir müssen mehr Geld in den Personalhaushalt einstellen.

(Minister Guntram Schneider: Richtig!)

Wir stellen uns an die Spitze derjenigen, die für mehr Geld im Kinder- und Jugendförderplan gewesen sind. Und wir sind dafür, dass das Weihnachtsgeld wieder kommt und dass das Urlaubsgeld ausgezahlt und nicht gesenkt wird. – Und was haben

Sie gemacht? Sie haben 1 Milliarde € bei den Gehältern im öffentlichen Dienst, also strukturell im Landeshaushalt eingespart, und zwar nicht dadurch, dass Sie die Anzahl der Stellen reduziert haben, sondern dadurch, dass Sie das aus der Tasche der Leute herausgenommen haben. Sie sind in diesem Zusammenhang verlogen bis zum Ende.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie machen keine Konsolidierung. Sie können es auch gar nicht. Sie können noch nicht einmal ansatzweise darstellen, wie das im Landeshaushalt gehen soll. Sagen Sie mir doch mal, wie man 9 Milliarden, 10 Milliarden € in diesem Landeshaushalt einsparen kann. Ich kann Ihnen ein Dokument vom damaligen Finanzminister Linssen vorlegen – das werde ich im Ausschuss noch tun –, wo er deziert, haarklein nachrechnet, wo die Konsolidierungspotentiale liegen. Die sind minimal. Wir können vielleicht 150 Millionen € im Bereich der kulturellen Zuwendungen einsparen. Wir können Stellen zulasten der Aufgabenerfüllung – das hat der Finanzminister richtig gesagt – einsparen.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie wollen erst gar keine Einsparung!)

Herr Witzel, Sie sind nicht ansatzweise in der Lage, das mit einer nachhaltigen Politik zu verbinden. Es ist nicht nachhaltig, Aufgaben nicht zu erfüllen und sich vor der Verantwortung zu drücken.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie sind verantwortungslos. Sie machen Politik zu lasten der zukünftigen Generationen. Sie haben kein Konzept, wie ein Haushalt nachhaltig ausgeglichen werden kann. Auch wir wollen einen ausgeglichenen Haushalt. Dazu gehört aber, die Ausgaben den Einnahmen anzupassen bzw. umgekehrt. Sie drücken sich davor. Sie machen hier Popanz. Sie sind weit weg von haushaltspolitischer Solidität.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie sind im finanzpolitischen Nirvana angelangt.

Herr Kollege Weisbrich, ich wünsche uns eine schöne Debatte im Ausschuss.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Mostofizadeh. – Für die FDP-Fraktion spricht Frau Kollegin Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus aktuellem Anlass möchte ich an einige Ausführungen meines Vorredners anknüpfen. Herr Kollege Mostofizadeh, Sie gehen sehr oft auf die Bundespolitik ein. Diesbezüglich

will ich einen Punkt, weil Sie ihn angesprochen haben, aufgreifen. Hier haben wir wahrscheinlich in der Tat einen Dissens.

Es ist meine feste Überzeugung, dass wir eine systematische Vereinfachung des Steuerrechts und eine systematische Entlastung insbesondere der mittleren Einkommen in unserem Land benötigen.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dann machen Sie es doch! Sie sind doch in der Bundesregierung, oder nicht? – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Machen!)

Die derzeitigen Strukturen sind absolut leistungsfeindlich, sind nicht mehr leistungsgerecht und sind auch wachstumsfeindlich. Wir alle wissen doch: Leistung muss sich lohnen, weil ansonsten die Menschen nicht mehr das erwirtschaften werden, was der Staat zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht.

Wir alle wissen – Sie haben gerade darauf hingewiesen –, dass wir bei der strukturellen Konsolidierung auch des Landshaushaltes zwingend darauf angewiesen sind, dass von den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmern, den Beschäftigten in unserem Land Wachstum erwirtschaftet wird. Ohne ein solches Wachstum hätten wir überhaupt keine Perspektive, die Schulden, die im Laufe der letzten 40 Jahre angehäuft worden sind, jemals abzuzahlen. Deswegen müssen wir uns in der Tat darüber Gedanken machen.

Dies haben wir in den letzten fünf Jahren auch getan. Wir haben nicht die Welt von heute auf morgen aus den Angeln heben können – dafür ist in der Tat das Päckchen zu groß –, aber wir haben durch Bürokratieabbau, durch Investitionen in Bildung und Innovationen wichtige Schwerpunkte gesetzt, von denen Wachstumsimpulse ausgehen können.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Beispiele!)

Herr Mostofizadeh und Herr Kollege Zimkeit, dem ich zu seiner ersten Rede an dieser Stelle herzlich gratuliere, Sie beziehen sich regelmäßig auf den Zeitraum 2000 bis 2005. Dort sind in der Tat die Steuereinnahmen geringer ausgefallen, als prognostiziert wurde. Ich konstatiere auch, dass Sie Ausgaben reduziert haben. Aber Sie blenden an dieser Stelle den Zeitraum davor komplett aus. Auch im Zeitraum von 1995 bis 2000, als die Grünen gemeinsam mit der SPD Verantwortung getragen haben, sind die Steuereinnahmen regelmäßig höher ausgefallen als erwartet. Trotzdem haben Sie regelmäßig neue Schulden in beträchtlichem Ausmaß gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können lange darüber diskutieren; aber in den letzten 40 Jahren sind massive Fehler gemacht worden, weil man unsere Verfassung offensichtlich so ausgelegt hat, als ob man Schulden machen müsse. Es war keine

Ausnahmeregelung: dass man das nur im äußersten Notfall macht. Dieses Verständnis hat offensichtlich nicht vorgeherrscht. Deswegen müssen wir das meiner Ansicht nach zwingend ändern.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Das hat etwas mit Generationengerechtigkeit, mit Nachhaltigkeit und mit Haushaltkskonsolidierung zu tun. Deshalb ist es zwingend.

Abraham Lincoln hat mal gesagt: „You cannot keep out of trouble by spending more than you earn.“ – Auf gut Deutsch: Du kannst nicht aus Schwierigkeiten rausbleiben, wenn du mehr ausgibst, als du einnimmst. – Jedem Menschen ist das völlig klar. Nur Sie – das wurde auch gerade in den Redebeiträgen sehr deutlich – haben das offensichtlich leider nicht verinnerlicht.

Wenn die Ministerpräsidentin hier erklärt, im Jahr 2100 würden sich diese Maßnahmen rechnen, dann sage ich ausdrücklich: Die Investitionen in Bildung müssen sich früher rechnen; denn wir haben nicht so viel Zeit. Wenn wir diese 40 Jahre Entwicklung hochrechnen, stellen wir fest, dass wir zu dem Zeitpunkt 2100 noch nicht einmal mehr Mittel und Möglichkeiten im Landshaushalt haben, um papp zu sagen. Das geht dann nämlich nicht mehr.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, Sie mögen ja anführen, dass das, was CDU und FDP hier in den letzten fünf Jahren an strukturellen Veränderungen und auch an Aufgabenreduzierungen vorgenommen haben, noch nicht weitreichend genug gewesen ist. Ich bitte Sie aber herzlich, anzuerkennen, dass wir von den konjunkturbedingt guten Steuereinnahmen, die wir zugegebenermaßen hatten, den allergrößten Teil – Kollege Weisbrich hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – in die Reduzierung der Nettokreditaufnahme gesteckt haben und damit auch einen ganz wichtigen Schritt zur Schuldenvermeidung und -reduzierung getan haben.

Es kann nicht akzeptabel sein, dass wir 10 % unseres Haushaltes zu den Banken tragen, sodass das Geld nicht mehr für die dringend notwendigen Investitionen in unsere Bildungs- und Innovationsinfrastruktur zur Verfügung steht.

Deswegen bleibe ich dabei: Es ist zwingend erforderlich, den Staat auf seine notwendigen Kernaufgaben zu reduzieren und damit einhergehend letztlich auch Personal und Personalkosten, die immerhin den größten Block in unserem Landshaushalt ausmachen, verantwortungsvoll und sozial verträglich abzusenken.

Wir haben hier in unserem Land wirklich klasse Menschen, die diesen Weg der Entbürokratisierung mitgegangen sind und die die Initiativen zur

Förderung des Mittelstandes, der Unternehmensgründungen sowie der Entwicklung und Forschung begleitet haben. Diese Maßnahmen haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet – sie waren natürlich nicht der einzige Faktor –, dass die Zahl der Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen mittlerweile deutlich gesunken ist. Sie war 2005 bei über 1 Million und liegt jetzt unter 760.000. Das sind immer noch zu viele Menschen ohne Beschäftigung. Man muss aber doch einmal anerkennen, dass an dieser Stelle ganz wichtige Arbeit geleistet worden ist.

Ich würde mir sehr wünschen, dass wir an diesem Ziel der Haushaltskonsolidierung festhalten. Gerade ist vom Kollegen Zimkeit wenigstens einmal wieder dieser Begriff in den Mund genommen worden. Wenn wir wirklich unsere Generationenverantwortung wahrnehmen wollen, dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir in der Tat auch daran arbeiten, wie wir die Verschuldung unseres Landes reduzieren können.

In diesem Zusammenhang werden wir uns darüber streiten müssen, welche Aufgaben das Land Nordrhein-Westfalen zwingend wahrnehmen muss. Bei vielen Punkten werden wir nach wie vor unterschiedliche Auffassungen haben und im Dissens bleiben. Allerdings sollte man nicht komplett alles ausblenden und negieren, was in den letzten fünf Jahren erreicht wurde und was in den nächsten Jahren weiter erreicht werden muss. Da würde ich mir von den Fraktionen von SPD und Grünen deutlich mehr Impulse wünschen – hin zu einer Haushaltskonsolidierung und zu tatsächlichem Schuldensabbau.

Wir werden im Nachtragshaushaltsverfahren – damit komme ich zu der letzten Bitte des Kollegen – und erst recht im Haushaltsaufstellungsverfahren 2011 hinreichend Gelegenheit haben, uns über unterschiedliche Vorstellungen zur Einsparung zu unterhalten. Mir wäre sehr daran gelegen, dass wir an dieser Stelle einen konstruktiven Diskurs führen; denn dadurch erhalten wir selber und vor allen Dingen die nachfolgenden Generationen wieder Handlungsspielräume. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Kollege Sagel.

Rüdiger Sagel¹⁾ (LINKE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte, die CDU und FDP heute hier aufmachen, ist wirklich unerträglich. Es ist eine Frechheit, wenn ausgerechnet Herr Weisbrich hier als haushaltspolitischer Schulmeister auftritt. Getoppt wird das nur noch von der FDP, dieser angeblichen Steuernenkungspartei, die

ja grandios gescheitert ist. Wer regiert denn eigentlich in Berlin? Von Regieren kann man da allerdings, ehrlich gesagt, gar nicht sprechen. Aber wer hat denn die politische Verantwortung in Berlin? Sie sind mit Ihrer gesamten Politik, mit Ihrer Steuernenkungspolitik und allen anderen Vorhaben, bisher auf ganzer Linie gescheitert. Das ist doch die Realität.

Es ist wirklich ein Hohn, wenn Sie von erfolgreicher Konsolidierung sprechen. Sie haben in diesem Land Schuldenrekorde aufgestellt, und das Jahr für Jahr. Am 30. Juni 2005 haben Sie die Regierung hier mit 106,8 Milliarden € Schuldendienst übernommen.

(Norbert Post [CDU]: Falsch!)

– Das ist falsch? Okay. Wenn das falsch sein soll – so schlau wie Sie bin ich allemal –, zitiere ich einmal aus dem Plenarprotokoll vom 26. Oktober 2005. Das war übrigens die Einbringung des Nachtragshaushalts durch Finanzminister Linssen. Im Plenarprotokoll 14/10 vom 26. Oktober 2005 steht: „der Schuldendienst zum 30. Juni 2005 mit 106,8 Milliarden €“. Sie können gerne auf Seite 845 nachgucken. Original Herr Linssen! Ich habe mir das extra herausgesucht, weil ich wusste, dass Sie das bestreiten und sich erdreisten, hier vor dem Parlament erneut zu lügen; denn nichts anderes machen Sie hier.

Sie haben den Schuldendienst auf 130 Milliarden € hochgetrieben. Das sind über 23 Milliarden € neue Schulden – und das bei sprudelnden Steuereinnahmen. Dabei beträgt der jährliche Schuldendienst 5 Milliarden €; das sind fast 10 % des Landeshaushalts. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung bis 2013 steht sogar: 150 Milliarden € bei einem jährlichen Schuldendienst von 6 Milliarden € – Das ist Ihre eigene Finanzplanung, die Ihr Ex-Finanzminister Linssen vorgelegt hat. Das ist die Realität.

Sie haben Klientelpolitik bis zum Abwinken betrieben. Jedes Mitglied der Landtagsfraktionen von CDU und FDP vor der Wahl 2005 hat anschließend, wenn er oder sie wollte, einen Job in der Landesverwaltung erhalten. Das ist die Realität. Sie haben dort zig neue Stelle, und zwar höchstdotierte Stellen, geschaffen.

(Widerspruch von Angela Freimuth [FDP] und Christian Weisbrich [CDU])

Sie haben hier den Landesjugendplan gekürzt. Dagegen haben Sie die Landwirtschaftskammern mit über 10 Millionen € gefördert. Außerdem haben Sie die Flughäfen bzw. den Flughafenausbau subventioniert.

(Armin Laschet [CDU]: Sehr gut!)

Das ist Ihre Politik, die Sie hier in den letzten Jahren gemacht haben. Wenn Sie von Haushaltskonsolidierung sprechen, ist das eine Dreistigkeit; das schlägt dem Fass den Boden aus.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben auch die WestLB in die Finanzkrise laufen lassen. Die Probleme, die im Augenblick auf dem Tisch liegen, sind Ihr Verschulden, weil Sie 2006 nicht aufgepasst haben. Für die Milliardenverluste, die die WestLB jetzt einfährt, sind Sie mit Ihrer Politik verantwortlich. Und Sie versuchen nun, sich schamlos aus der Verantwortung zu stehlen. Das ist doch die Realität.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es braucht dringend einen Politikwechsel. Der Regierungswechsel hat schon stattgefunden. Ich hoffe, dass in Kürze tatsächlich auch ein Politikwechsel erfolgt. Leider ist er bei Rot-Grün immer noch nicht zu erkennen. Im Finanzteil der Koalitionsvereinbarung steht nur eine einzige Zahl, nämlich dass im nächsten Jahr 3 Milliarden € weniger Steuern erwartet werden. Das ist etwas dürtig für den vorgelegten Koalitionsvertrag, weil es in einem Finanzteil normalerweise von Zahlen nur so wimmelt, dass sie einem um die Ohren fliegen. Dass er nur eine einzige Zahl enthält, macht deutlich: Da gibt es noch sehr wenige konkrete Vorstellungen.

Leider wird im Nachtragshaushalt auch all das, was die Einnahmesituation verbessert, vernachlässigt. Das ist der zentrale Punkt: Wir müssen die Einnahmesituation in Nordrhein-Westfalen verbessern. Ich kann nicht nachvollziehen, dass 128 Stellen für die Umweltverwaltung neu geschaffen werden, die viel Geld kosten, und auf der anderen Seite die 200 Steuerprüfer, die der Finanzminister schon angekündigt hat, nicht kommen.

(Beifall von der LINKEN)

Das ist nicht nachzuvollziehen. Er selber spricht ja davon, dass sie im Jahr 400 Millionen € Mehreinnahmen bedeuten würden, wovon immerhin die Hälfte in Nordrhein-Westfalen bleibt. Das sind die eigenen Aussagen des Finanzministers. Da erwarte ich von Rot-Grün, dass hier deutliche Signale gesetzt werden.

Das gilt auch für die Subventionstatbestände. Ich kann nur sagen: Da müssen wir knallhart ran. Wir müssen prüfen, was Schwarz-Gelb in den letzten Jahren an neuen Subventionstatbeständen geschaffen hat.

Einen Punkt muss man an dieser Stelle auch noch erwähnen: Sie machen die Steuerpolitik in Berlin, Sie haben das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das letztlich nur ein Schuldenbeschleunigungsgesetz ist, auf den Weg gebracht, das NRW 800 Millionen € im Jahr 2010 kostet. Das ist die Realität; das ist Ihre Politik.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir haben mehr Zuwächse beim Wirtschaftswachstum als ganz Europa!)

– Ja, Sie haben den Schlipps umhängen, wer Mostofizadeh gerade gesagt hat. Aber Sie haben keine Ahnung von Wirtschafts- und Finanzpolitik. Das ist die Realität hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der LINKEN – Vereinzelt Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich komme zum Ende. Ich kann nur sagen: Glück auf! Aber: „Gute Nacht!“ CDU und FDP.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege **Sagel**, für die Aussage „Sie lügen“ erteile ich einen Ordnungsruft, also eine Rüge.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Aber es bleibt trotzdem wahr!)

– Nein, das ist hier im Hohen Hause ein zu rügender Ausdruck. Damit ist die **Rüge** erteilt.

Für die Landesregierung hat sich schon Finanzminister Walter-Borjans parat gemacht. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn wir den kalten Kaffee, zu dem, was wir hier diskutieren, zum 25. Mal aufgießen, wird die Folge sein, dass am Ende nicht nur hier niemand mehr sitzt, sondern dass sich auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Bühne fragen, was die da überhaupt machen. Es hat auch wenig Zweck; denn offenbar werden immer wieder dieselben Positionen vorgebrachten.

Frau Freimuth, was Sie sagen, das ist zumindest ein Angebot, sich über bestimmte Dinge mal zu streiten, sich auf bestimmte Dinge zu verständigen. Dazu gehört beispielsweise, dass Sie sagen: Wir haben in diesem Land tolle Menschen; wir haben in diesem Land eine Menge Potenzial, um Wirtschaftswachstum zu erreichen. – Aber dann werden auch ein paar Unterschiede in der Sichtweise deutlich werden, was dann gestärkt werden muss. Die einen sagen: Die Reichen müssen entlastet werden, um die Motivation zu verbessern. – Wir sagen: Zu diesen tollen Menschen, die das Wirtschaftswachstum tragen, gehören auch ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter, dazu gehören die, die letztendlich den Karren ziehen,

(Christof Rasche [FDP]: Genau das sagen wir!)

und nicht nur die, die vorne sitzen, weil sie ein Unternehmen lenken und/oder weil ihnen das Unternehmen gehört. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass es Bildung, dass es Ausbildung gibt, und

zwar nicht nur für einige wenige, sondern für alle. Deswegen müssen wir für Betreuung sorgen. Deswegen müssen wir insgesamt vorsorgen.

All das ist eine gute Grundlage, um einen Streit über die richtige Zukunft dieses Landes zu führen. Aber das wird dann eingebettet in Ausführungen Ihrer Kolleginnen und Kollegen von der FDP oder der CDU, die einen glauben machen wollen, dass die Stabilität der deutschen Wirtschaft das Ergebnis dieser verheerenden letzten zwölf Monate schwarz-gelber Koalition in Berlin ist. Darüber lacht jeder. Das kann man wirklich niemandem mehr erzählen.

Wenn ich die Überschrift des Antrags „Erfolgreichen Kurs fortsetzen – Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben“ lese, erinnere ich mich – ich weiß nicht, wer sich daran noch erinnern kann – an die Fragen an Radio Eriwan, die es eine Zeit lang gab,

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

und die bauernschlauen Antworten dieses Senders aus dem realen Sozialismus, der den Mangel immer in der schönsten Form beschrieb. Beispielsweise gab es mal die Frage an Radio Eriwan: Stimmt es, dass Herr Iwanow bei einer Lotterie ein Auto gewonnen hat? – Die Antwort war: Im Prinzip ja, es war aber keine Lotterie, sondern die letzte Sitzung des Dorfsowjets, und er war auch kein Auto, sondern ein Fahrrad, und er hat es nicht gewonnen, sondern es ist ihm gestohlen worden.

Genauso geht es mir bei Ihnen. Das kann ich nur humoristisch betrachten. Die Konsolidierung war keine Konsolidierung, sondern Kaschierung. Die Dinge, die in der Wirklichkeit da waren oder nicht da waren, sind nämlich verschwiegen, verschoben, vergessen worden. Das ist das eine.

Was hatten wir in dem Antrag noch an schönen Dingen? Den erfolgreichen Kurs fortsetzen! Der Kurs war nicht erfolgreich, sondern folgenreich. Er hat nämlich die Kommunen belastet. Wir haben 20 Milliarden € Kassenkredite.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wir doch nicht!)

Die Studierenden sind belastet worden. Die Belastung ist auf andere verschoben worden.

Das Schlimme ist: Dabei ist noch nicht einmal eine Konsolidierung erreicht worden. All das, was Sie an Plandaten hinterlassen haben, bedeutet ja keine Reduzierung. Das stimmt gar nicht, dass reduziert worden ist. Sie sagen heute: Wenn wir die Restschulden zusammenkehren und auf das Jahr 2010 setzen, kommt man auf über 30 % Zuwachs. – Genauso unsinnig ist es, wenn ich Ihnen sage: Sie haben zwar 2008 bei sprudelnden Steuerquellen und riesigen Einnahmen eine geringere Nettoneuverschuldung geschafft, aber 2009 haben Sie die Nettoverschuldung um 406 % erhöht. Was ist das denn für eine Aussage? Das hat dieselbe Qualität wie die Aussage, diese 8,9 Milliarden € Abrechnung, Vorsorge für das, was so oder so kommt,

was überhaupt nicht zu beschließen oder wegzu beschließen ist, stellten 30 % Zuwachs dar.

Ich will im „Radio-Eriwan-Beispiel“ bleiben. Da steht: „erfolgreichen Kurs fortsetzen“. Der ist nicht erfolgreich, der ist folgenreich. Da steht „fortsetzen“. Das haben die Wähler anders entschieden. Sie haben nämlich nicht gesagt „fortsetzen“, sie haben gesagt: „Absetzen!“

Das, wovor Sie stehen, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Scherbenhaufen. Wir können uns nicht auf dieser Grundlage gemeinsam verständigen. Sie sprechen in Ihrem Antrag an, dass die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums ganz wichtig ist: Je stärker die Wirtschaft wächst, desto leichter fällt aufgrund steigender Einnahmen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. – Das ist eine Binsenweisheit, allerdings eine wichtige. Wir müssen wirklich etwas dafür tun, dass die Wirtschaft in diesem Land wächst, dass Arbeitsplätze geschaffen und dass Steuern gezahlt werden. Wenn die Wirtschaft wächst und wenn Steuern gezahlt werden, darf nicht der erste Ruf sein, die Steuern zu senken und wegzu beschließen. Denn die Steuern sind die Grundlage dafür, die Aufgaben, die das Land, der Staat hat, zu erfüllen.

Sie wollen die demografische Rendite ganz für die Haushaltkskonsolidierung einsetzen. Da frage ich, ob Sie es für falsch halten, einen Teil davon für eine Qualitätsverbesserung der Bildung einzusetzen. Wir müssen uns auf vorrangige Politikfelder konzentrieren – das ist richtig –, aber wir müssen darüber streiten, welches die vorrangigen Politikfelder sind. Bei Ihnen mag das die Entlastung von Hoteliers oder von reichen Erben sein. Wir dagegen unterstützen die Breite der Bildung.

Der Ansatz dafür, sich über diese Punkte zu streiten, ist die Gemeinsamkeit, uns Gedanken darüber machen zu müssen, wie wir Konsolidierung herstellen, die ihren Namen verdient und die nicht Kaschierung ist. Wie wir auf den richtigen Weg kommen, dafür gibt es genügend Anhaltspunkte. Damit müssen wir uns beschäftigen.

Ich sage Ihnen: Das, was Sie jetzt in den Nachtragshaushalt interpretieren, ist – das wissen Sie – falsch. Wir sollten jetzt darüber reden, wie man nach einer solchen Grundabrechnung die Jahre 2011, 2012, 2013, 2014, 2015 usw. gestaltet, denn da entscheidet es sich. Das muss frei sein von diesen Blitzeinschlägen, die uns mit WestLB, mit Phoenix und mit anderen noch bevorstehen und die sicher nicht aus der Welt sind. Dann können wir über die nächsten Jahre in einem stabilen Verlauf reden und natürlich auch streiten. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Finanzminister. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Kollege Hahnen.

Ulrich Hahnen (SPD): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle zuerst fest, wie wenige Mitglieder der CDU überhaupt anwesend sind. Das scheint ein deutliches Zeichen dafür zu sein, dass Sie Ihren eigenen Antrag überhaupt nicht ernst nehmen.

(Zurufe von der CDU)

– Sie sollten vorsichtig sein mit Schreien. Sie sollten immer daran denken: Erst den Kopf benutzen und dann den Kehlkopf.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Feststellung im Antrag, Wachstum fördere die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, ist richtig. Aber ich frage Sie: Wodurch entsteht denn Wirtschaftswachstum? Es entsteht natürlich durch größere Beschäftigung. Und Beschäftigung, das ist auch Bildung. „Bildung schafft Beschäftigung“, so titelte noch am 27. September die „Rheinische Post“. Die Koalition wird das Ziel der Landesregierung, mehr Geld im Bildungsbereich zu investieren, voll unterstützen.

Auch die Kommunen brauchen Hilfe. Sie haben die Kommunen in den letzten Jahren ausreichend geplündert. Die Kommunen können so nicht mehr atmen.

Die Senkung der Ausgaben ist für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte notwendig. Es ist das Ziel der Landesregierung, es ist das Ziel der Koalition, die Neuverschuldung schrittweise zu senken.

Ich will aus der „Frankfurter Rundschau“ zitieren, die in diesem Zusammenhang am 15. September unter der Überschrift „Düsseldorfer Wagemut“ Folgendes geschrieben hat: „Schulden sind gut.“ Nordrhein-Westfalen weitet die Neuverschuldung aus. „Das ist riskant, aber angebracht.“ Im Grunde setzt Kraft den vorsorgenden Sozialstaat um, der die Bürger bildet und sie damit unabhängig macht von Almosen des Staates. Rüttgers hat gekürzt und am Ende mehr ausgegeben. – Meine Damen und Herren, klarer kann man das nicht ausdrücken.

(Beifall von der SPD)

Das, was Sie mit Ihrem Antrag machen, ist nichts anderes, als diesem Parlament vorzuspiegeln, Sie seien der Gralshüter von Sparsamkeit gewesen und Sie hätten alles perfekt gerichtet.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich sage Ihnen: Sie haben die Steuereinnahmen in den Boomjahren genutzt, um Ihre Klientel zu bedienen.

(Beifall von der SPD)

Was wir jetzt zu tun haben, ist nichts anderes als eine Reparatur Ihrer verpfuschten Haushalts- und Finanzpolitik. Die Regierung Rüttgers hat es sträflich versäumt, die notwendigen Vorsorgemaßnahmen zu treffen, und sie hat zusätzlich die Kassen der Kommunen geplündert. Ich brauche die Beispiele gar nicht mehr aufzuzählen: WestLB, Kommunen, Grunderwerbsteuer, Versorgungsfonds. Sie sind hier in den letzten Tagen ausreichend diskutiert worden.

Das sind die Fakten, die Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, nicht wahrhaben wollen. Sie handeln nach der Vogel-Strauß-Manie: den Kopf in den Sand stecken.

Aber ich sage Ihnen, liebe Frau Freimuth, lieber Herr Weisbrich, wenn Ihr Kopf im Sand steckt, werden Sie irgendwann keine Luft mehr haben; Sie sollten ihn also mal herausnehmen und wieder die Realität betrachten.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Das, was die Regierung Rüttgers gemacht hat, ist ein verschleierter Haushalt. Die Fakten waren alle vor dem 9. Mai bekannt und hätten berücksichtigt werden müssen. Dass Sie, lieber Herr Kollege Weisbrich, das auch heute noch negieren, und das alles, ohne rot zu werden:

(Christian Weisbrich [CDU]: Das wäre ja noch schöner!)

Ich gratuliere Ihnen zu dieser Körperbeherrschung!

(Zuruf von Rüdiger Sagel [LINKE])

Sie unterstellen im Übrigen, dass die rot-grüne Regierung im Nachtragshaushalt mehr Ausgaben für Bildung, für Innovationen finanzieren würde. – Das ist falsch: Kein einziges rot-grünes Projekt ist in diesem Haushalt enthalten,

(Christian Weisbrich [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

weder der Ausgleich für Studiengebühren, weder die Beitragsfreiheit für Kitas noch der Stärkungspakt für die Stadtfinanzen. Das ist alles nicht enthalten. Das, was der Nachtragshaushalt 2010 beinhaltet, ist eine Reparatur dessen, was uns die Regierung Rüttgers verschwiegen hat.

(**Vorsitz: Vizepräsidentin Carina Gödecke**)

Fakt ist – es ist darauf hingewiesen worden –: Als Sie 2005 bei den Landtagswahlen aus Versehen eine Mehrheit in Düsseldorf bekommen haben, lagen die Schulden des Landes bei rund 106 Milliarden €, und am Schluss im Mai 2010 lagen sie bei gut 130 Milliarden €.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich sage Ihnen: Sie sollten sich schämen, dass Sie einen solchen Antrag heute hier in dieses Parlament einbringen.

(Beifall von der SPD und von der LINKEN)

Ihr Antrag unterstellt, dass die alte schwarz-gelbe Landesregierung etwas zur Konsolidierung der Haushaltfinanzen des Landes beigetragen hätte. – Das ist falsch, meine Damen und Herren, und erkennen Sie es auch als einen Teil dessen, warum Sie am 9. Mai abgewählt worden sind! Wir werden diese Selbstbewehräucherung von CDU und FDP auf jeden Fall nicht mitmachen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hahnen. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 3 schließe.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der CDU **Drucksache 15/209** an den **Haushalt- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte sich jemand dagegen aussprechen? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit haben wir den Antrag überwiesen.

Ich rufe auf:

4 Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses gemäß Artikel 41 der Landesverfassung „Loveparade Duisburg“

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/216

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Frau Conrads das Wort.

Anna Conrads (LINKE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Knapp mehr als zwei Monate ist es her, dass in Duisburg 21 junge Menschen zu Tode gequetscht wurden: als Besucher einer Megaveranstaltung, bei der vermutlich bei der Planung, der Organisation und der Durchführung schwerwiegende Fehler gemacht wurden, die vielleicht aber auch gar nicht nach Duisburg gepasst hat, aber unbedingt gewollt war.

Die Angehörigen bleiben mit Trauer, Hilflosigkeit, Wut und vielen offenen Fragen zurück. Der OB von Duisburg versucht im Rathaus krampfhaft, wieder zur Normalität zurückzukehren, aber seine politische Verantwortung als Verwaltungschef will er nicht wahrnehmen, obwohl rund 10.000 Bürger und eine Mehrheit des Rates für seine Abwahl votierten.

Die Ausschuss- und Parlamentssitzungen hier haben außer unerträglichen gegenseitigen Schuldzuweisungen nichts gebracht.

(Beifall von der LINKEN)

Die Fraktion Die Linke hat heute hier einen Antrag auf Einrichtung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses eingereicht. Der Zeitungsbericht von Montag aus der „WAZ“ scheint uns recht zu geben. Da steht: „Streit um abgelehnte Razzia“. Im Artikel heißt es unter Berufung auf Justizkreise, dass die Polizei eine Razzia im Duisburger Rathaus wollte, die ermittelnde Staatsanwaltschaft Duisburg dies aber abgelehnt habe und diese Ablehnung nachher aus den Ermittlungsakten habe tilgen wollen.

Wenn das so wäre, sehr verehrte Damen und Herren, dann wäre das doch ein Skandal und erschütterte die Glaubwürdigkeit der ermittelnden Stellen, allen voran hier der Justiz.

(Beifall von der LINKEN)

Der Justizminister ist im Rechtsausschuss direkt nach einer möglichen Befangenheit der Staatsanwaltschaft Duisburg gefragt worden. Die Antwort war: Zureichende Gründe, ihre Zuständigkeit infrage zu stellen, sind nicht ersichtlich.

Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, aber das bekräftigt doch auch noch einmal die Forderung nach einer parallelen parlamentarischen Untersuchung.

(Beifall von der LINKEN)

Wie wir schon zigmals gegenüber der Presse, aber auch im persönlichen Gespräch gesagt haben: Ein Ausschuss soll die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nicht ersetzen, sondern es geht darum, der politischen Verantwortung als Parlament gegenüber der Öffentlichkeit gerecht zu werden. Jetzt wird gleich das Argument kommen – vermutlich von allen anderen vier Fraktionen –, der Ausschuss könne überhaupt nichts herausfinden, weil die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen laufen, dass wir keine Akten kriegen etc. etc.

Aber das ist ein Argument, sehr verehrte Damen und Herren, das Sie unreflektiert voneinander übernehmen. Denn Ihnen müsste bekannt sein, dass es in § 14 Abs. 1 des PUAG, also Untersuchungsausschussgesetzes, heißt:

„Die Landesregierung und alle Behörden des Landes sowie die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, die der Aufsicht des Landes unterstehen, sind verpflichtet, dem Untersuchungsausschuss jederzeit Zutritt zu den von ihnen verwalteten öffentlichen Einrichtungen zu gestatten, die erforderlichen Aussagegenehmigungen zu erteilen und die Akten vorzulegen.“

Es hat in Untersuchungsausschüssen schon mehrere Fälle gegeben, in denen dem Ausschuss die Ermittlungsakten vorgelegt werden mussten, weil der Ausschuss eben ein Recht darauf hatte.

(Beifall von der LINKEN)

Das haben Gerichte so entschieden.

Im Übrigen können viele unserer Fragen, die wir in unserem Antrag auf einen Untersuchungsausschuss stellen, auch von Dritten wie Sachverständigen beantwortet werden. Wir haben auch viele Fragen gestellt, die erst einmal gar keine strafrechtliche Relevanz haben.

Von Ihnen, von allen vier Fraktionen, ist keiner auf mich zugekommen und hat gesagt: Wir können ja mal über Ihren Antrag reden, und vielleicht können wir da gewisse Änderungen vornehmen. – Keiner!

Vor zwei Wochen nach der erneuten Schlamm-schlacht hier im Plenum haben Sie alle gesagt, dass wir gemeinsam und fraktionsübergreifend weiter an der Aufarbeitung und Aufklärung mitwirken müssen. Hier wurde nahezu einstimmig ein Antrag von der FDP-Fraktion verabschiedet. Ich frage Sie: Wollen Sie sich denn daran halten?

Meine Kollegen von der CDU, Ihr OB, den Sie immer in Schutz nehmen und vor den Sie sich immer stellen, fordert doch selber einen Untersuchungsausschuss. Also!

(Beifall von der LINKEN)

Sehr verehrte Damen und Herren, es bleibt mir hier nichts anderes übrig, als Sie noch einmal nachhaltig aufzufordern, diesem Antrag auf einen Untersuchungsausschuss zuzustimmen. Alles andere muss man so interpretieren, dass Ihnen entweder der Wille oder der Mut fehlt, sich hier der politischen Verantwortung zu stellen und der auch gerecht zu werden, oder aber Sie lehnen ihn ab, weil es ein Antrag der Linken ist, und das würde von politischer Unreife zeugen. – Vielen Dank.

(Beifall von der LINKEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Conrads. – Für die Fraktion der CDU hat Herr Kollege Biesenbach das Wort.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Conrads keilt – mangelnder Wille und was alles. Frau Conrads, wir haben gestern von Ihnen bei dem einen Antrag, bei dem es um den Schutz von Polizeibeamten ging, hier haarsträubende Geschichten gehört.

(Özlem Alev Demirel [LINKE]: Haben Sie aus Stuttgart mitbekommen, was da gestern passiert ist?)

Wenn wir die Protokolle haben, werden wir auf Sie zukommen.

(Zuruf von Özlem Alev Demirel [LINKE])

Was wir jetzt erleben, macht auch wieder deutlich, dass Sie in der Sache vielleicht ein wenig gründlicher arbeiten sollten.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind gründlich!)

Wir haben immer deutlich gemacht, dass wir unsere Aufgabe darin sehen, alle Fakten ans Tageslicht zu bringen. Davon rücken wir auch nicht ab.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Da haben Sie doch gar kein Interesse dran!)

– Ach, Herr Sagel, Sie wissen doch, was wir von Ihren Beiträgen halten. Ersparen Sie sich die einfach! – Nur, die Frage ist, wann.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann denn?)

Sie haben mit Recht gesagt: Wir verlangen Unterlagen, wir verlangen Protokolle. Wir verlangen alle Dateien, die im Ministerium und bei der Polizei verfügbar sind.

(Wolfgang Zimmermann [LINKE]: Wenn sie noch verfügbar sind!)

Wir bekämen sie auch jetzt. Da haben Sie Recht. Es gibt aber Menschen, die diese Daten kennen. Es gibt Journalisten, die die kennen, die uns glaubhaft versichert haben: Das, was Sie suchen, steht da nicht drin.

Dann bleibt uns nur die Zeugenbefragung. Wir haben es in zwei Untersuchungsausschüssen hier schon erlebt, dass Zeugen dann, wenn staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren laufen, einfach sagen: Bevor die nicht abgeschlossen sind, sage ich keinen Ton. Jetzt brauchen Sie nur die Bediensteten der Stadt Duisburg zu nehmen: Die haben ein Aussageverweigerungsrecht. Sie brauchen nur die Polizeibeamten zu nehmen: Die haben ein Aussageverweigerungsrecht. Nehmen Sie den Veranstalter: Er hat ein Aussageverweigerungsrecht.

Ich selbst habe mit einigen der Sicherheitsleute, die der Veranstalter eingesetzt hat, gesprochen, die mir gesagt haben: Ja, klar, unter vier Augen können wir gerne miteinander reden, aber öffentlich erst nach Abschluss des Verfahrens. Wenn das die Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes des Veranstalters sagen, dann wird es den anderen nicht anders ergehen.

Was Sie erzielen könnten, ist eine konstituierende Sitzung. Danach können wir jede Menge Zeugen laden, um sie zu hören – ganz viel Aufwand –, und dann erleben, dass die immer sagen: Ich sage aber nichts. Wenn Sie das nicht glauben, lesen Sie die Protokolle der letzten beiden Untersuchungsausschüsse nach! Da ist das ganz deutlich geworden.

Wir haben nicht gesagt, wir wollen keinen Untersuchungsausschuss.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist so nicht richtig!)

Der Minister sollte sich da nicht freuen. Wir werden den Untersuchungsausschuss, wenn er notwendig wird, zu einem Zeitpunkt einrichten, zu dem die Waffe scharf ist. Jetzt ist es vergeudete Kraft. Jetzt, zu diesem Zeitpunkt, hilft es uns überhaupt nicht. Darum haben wir gesagt: Dieser Augenblick, dieser Zeitpunkt ist der falsche. Wir bleiben dabei.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Wann ist denn der richtige?)

– Herr Sagel, machen Sie dann doch in dem PUA mit! Aber das ist Arbeit.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich habe schon in vier PUAs gesessen! Was erzählen Sie denn da?)

Sie werden wahrscheinlich im Ausschuss nie anwesend sein.

(Zuruf)

Es ist ohnehin erstaunlich, dass der Kollege inzwischen so häufig hier ist. Das hat die Fraktion schon gut erreicht. Sonst haben wir ihn ja selten gesehen. Das haben Sie schon ganz gut hingekriegt.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Ich habe hier mehr gesessen als Sie! Das ist eine Unverschämtheit!)

Kommen wir zurück zum Thema: PUA zu dem Zeitpunkt, zu dem die Waffe scharf ist und nicht heute.

Ich möchte aber noch auf etwas anderes zu sprechen kommen; ich habe noch ein wenig Zeit. Frau Conrads, von einem Skandal in der Justiz zu sprechen, was das angebliche Agieren angeht,

(Anna Conrads [LINKE]: Ich habe gesagt, das wäre ein Skandal, wenn es so wäre!)

zeugt auch nur davon, dass Sie über Zuständigkeiten reden sollten. Wenn die Polizei mit einem solchen Aufwand die Durchsuchung fordert – wir werden den Minister im Ausschuss schon danach befragen, woran das Interesse lag und wer darauf eingewirkt hat –, dann ist es natürlich das gute Recht der Staatsanwaltschaft zu sagen: Das ist nicht nötig. Denn Herr des Verfahrens ist die Staatsanwaltschaft. Und sie alleine entscheidet, wann und wie gehandelt wird.

(Zuruf von Anna Conrads [LINKE])

Wir haben in diesem Land keinen Grund, der Staatsanwaltschaft zu misstrauen. Das weiß auch der Justizminister.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das ist ein Versteckspiel, was Sie da betreiben!)

Wir haben ihn nicht. Wenn Sie sagen „Das sehen wir völlig anders“, dann ist das wieder Ausdruck desselben Rechtsverständnisses von gestern wie bei der Polizei. Das werden wir auch zu einem Zeitpunkt thematisieren, wenn es ansteht.

Also, heute keinen PUA, sondern dann, wenn notwendig, zu einem Zeitpunkt, zu dem er auch wirksam agieren kann.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Biesenbach. – Für die die SPD-Fraktion spricht der Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich nicht zur fachlichen Qualität des heutigen Einsetzungsantrages auslassen. Aber eine genauere Bezeichnung des Untersuchungsgegenstands und des Zeitraums hätte ich schon von Ihnen erwartet, Frau Conrads. Aber das ist hier heute nicht Thema.

Eigentlich hätte das Parlament heute den PUA eingesetzt, denn in Ihrem Antrag, den Sie heute eingereicht haben, haben Sie das wiedergegeben – es wundert mich jetzt ein wenig, Herr Biesenbach –, was sowohl FDP als auch CDU in den gesamten letzten Debatten jeweils angedeutet haben.

(Beifall von Hans Christian Markert [GRÜNE])

Die FDP, Herr Engel, hat hier im Plenum zweimal hintereinander gesagt: Es wird wohl nicht an einem Untersuchungsausschuss vorbeigehen können. Wir müssen den machen, so leid mir das tut. – So waren sinngemäß Ihre Formulierungen.

Herr Biesenbach, wenn doch einer mit einem Untersuchungsausschuss gedroht hat, dann waren Sie das doch.

(Beifall von der LINKEN – Peter Biesenbach [CDU]: Später!)

In keiner Innenausschusssitzung haben Sie – ja, später – es unterlassen, zu sagen: Wir werden einen Untersuchungsausschuss machen, wenn ...

Dieses „Wenn“ ist bei Ihnen sehr dehnbar. Das haben Sie auch heute wieder gezeigt. Aber was Sie tun: Sie spielen mit den Gefühlen der Menschen in diesem Land, mit den Gefühlen der Verletzten, der Hinterbliebenen, all derjenigen, die dieselben Fragen beantwortet haben wollen, die wir alle beantwortet haben wollen: Wie konnte es zu diesem Unglück kommen? Warum ist das nicht verhindert worden? Wie Sie selber zu Recht gesagt haben: Diese Fragen kann derzeit ein Untersuchungsausschuss nicht beantworten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege.

Thomas Stotko (SPD): Nur Sie haben es den Leuten ständig eingeredet in den letzten Wochen und Monaten,

(Beifall von der SPD)

sind nach der letzten Plenardebatte zu uns gekommen, zur SPD-Fraktion, und haben gefragt, wer denn bei uns der Ansprechpartner für einen PUA-Antrag sei. Da müssen wir doch auch einmal ehrlich sein untereinander.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Stotko, entschuldigen Sie, dass ich Sie mitten im Redefluss unterbreche: Würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Biesenbach zulassen?

Thomas Stotko (SPD): Ja, machen wir es eben. Kommen Sie, Herr Biesenbach. Bringen wir es hinter uns!

Peter Biesenbach (CDU): Herr Stotko, ist Ihnen entgangen, dass wir immer gesagt haben: Wenn notwendig, werden wir ihn einrichten? Nur: Der Zeitpunkt ist dann gekommen, wenn er arbeiten kann.

(Dr. Carolin Butterwegge [LINKE]: In fünf Jahren!)

Wenn Sie den Eindruck haben – das dringt aus Ihren Ausführungen förmlich heraus –, dass der PUA notwendig sei, dann erwarten wir gleich die Zustimmung der SPD. Wenn das nicht der Fall ist, verstehe ich Ihren ganzen Beitrag nicht.

Thomas Stotko (SPD): Herr Biesenbach, offensichtlich haben Sie meinen Beitrag nicht nur nicht verstanden, sondern mir auch nicht zugehört. Ich habe gerade schon gesagt, dass Sie im Vorfeld immer gesagt haben: Wenn nicht das, dann einen Untersuchungsausschuss. Sie haben es immer unter diese Prämisse gestellt. Ich habe versucht, Ihnen zu erklären, dass die Bürger in diesem Land und die Betroffenen das aber nicht so verstehen, sondern sagen: Jetzt macht doch einen Untersuchungsausschuss!

(Beifall von der LINKEN)

Und das ist der Punkt, den ich Ihnen vorhalte.

Eine Mehrheit wird es für diesen Antrag heute nicht geben.

Liebe Frau Conrads, ich wundere mich schon ein bisschen: Sie haben im Vorfeld der Diskussion um einen PUA hier wie auch im Innenausschuss gesagt: Wir Linke werden den fordern

(Anna Conrads [LINKE]: Haben wir!)

und wir Linke werden auf die anderen Fraktionen zugehen, um mit denen zu sprechen. – Sie haben mit mir kein Wort gesprochen, nicht ein Mal.

(Anna Conrads [LINKE]: Andere Leute haben miteinander gesprochen!)

– Ich kann ja jetzt nur für mich und meine Fraktion sprechen. Sie sind nicht auf mich zugegangen und haben nicht über einen PUA gesprochen.

(Anna Conrads [LINKE]: Die Fraktionssprecher haben miteinander gesprochen!)

Wie Sie das den Leuten erklären wollen, weiß ich nicht. Und wie Sie das den Menschen in Duisburg erklären wollen, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Fest steht: Sie sind die innenpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion, haben aber mich als innenpolitischen Sprecher nicht darauf angesprochen,

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Sie sind doch jetzt nicht beleidigt?)

weder auf die Formulierung eines Antrags, noch darauf, dass Sie ihn einbringen. Erklären Sie das Ihren Menschen in Duisburg.

(Anna Conrads [LINKE]: Sehr gerne!)

Ich muss das nicht tun.

Ihr Antrag, Frau Conrads, umfasst 26 Fragen, über deren Qualität ich mich gerade schon ausgelassen habe. Ich will Ihnen aber sagen: Neun Fragen davon sind bereits beantwortet, zwölf Fragen können Sie Ihrem Oberbürgermeister oder Herrn Schaller stellen.

(Anna Conrads [LINKE]: Den kann man ja auch zitieren!)

Die übrigen fünf Fragen – das wissen wir doch auch – wird das Innenministerium gern beantworten, wenn die Möglichkeit besteht.

Aber dafür brauchen wir doch keinen Untersuchungsausschuss. Dieser Untersuchungsausschuss wird die Menschen in diesem Land nicht nach vorne bringen; denn – Herr Kollege Biesenbach, da haben Sie völlig recht, wir haben es in der letzten Legislaturperiode erlebt – die wichtigsten Zeugen, um die es hier allen Fraktionen geht, werden alle sagen: Wir sagen nichts. – Und dann werden wir den Menschen erneut Sand in die Augen streuen.

(Ralf Michalowsky [LINKE]: Sie streuen Sand?)

Und sie werden uns fragen: Warum habt Ihr denn einen Ausschuss gemacht, der uns die Fragen nicht beantwortet? – Lassen Sie uns gemeinsam die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abwarten.

Und wie immer – daran will ich Sie, Frau Conrads, Herr Biesenbach und, so befürchte ich, auch meine beiden Nachredner erinnern – kommen die, um die es geht, zu kurz: die Toten, die Familien und die Verletzten.

Deshalb hat meine Fraktion am heutigen Tage die Innenausschussvorsitzende gebeten, zur kommenden Sitzung am Donnerstag den Ombudsmann einzuladen, der eingesetzt worden ist. Der soll uns mal berichten, wie es derzeit mit den Ansprüchen

der Hinterbliebenen aussieht, wie es ihnen geht, wie mit ihnen umgegangen wird und welche Ängste sie haben. Das müssen wir hier bewerten, das müssen wir nach vorne bringen, damit diese im Mittelpunkt der Geschehnisse in Nordrhein-Westfalen stehen. Ein Untersuchungsausschuss hilft dabei nicht.

Wir freuen uns, den Antrag als SPD-Fraktion ablehnen zu dürfen. – Danke.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Bolte.

Matthi Bolte (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben beim letzten Plenum erlebt, dass es einigen hier im Haus schwer fällt, bei der Love-Parade-Debatte den richtigen Ton zu treffen. Das war nicht gut, das darf sich nicht wiederholen. Mein erster Eindruck ist, dass uns das heute – von einzelnen Zwischenrufen abgesehen – besser gelingt.

Wir sollten bei diesem Thema immer darauf achten – Herr Stotko hat es gerade angesprochen –, worum es geht und worüber wir reden müssen. Es ist natürlich so, dass der Antrag der Linkenfraktion – das ist schon an mehreren Stellen durchgekommen – technisch schlecht gemacht ist, der Untersuchungsauftrag nicht korrekt formuliert wird

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Frechheit! Das ist eine Frechheit!)

und auch zum jetzigen Zeitpunkt tatsächlich der Ausschuss wegen der laufenden Ermittlungen spricht: auch aufgrund der Aussageverweigerungsrechte, die sehr wichtige rechtsstaatliche Instrumente sind und die wir alle achten sollten, keinen Sinn hätte. Aus diesen Gründen lehnen wir den Antrag natürlich ab.

Aber lassen Sie uns über das sprechen, was bei diesem Thema wirklich wichtig ist, nämlich, dass hier in Nordrhein-Westfalen 21 junge Menschen gestorben sind und über 500 verletzt wurden. Unser ganzes Land hat sehr großen Anteil an dieser Tragödie genommen. Es ist eine Katastrophe, die selbstverständlich der politischen Aufklärung bedarf – unter Ausschöpfung aller politischen Mittel, die uns zur Verfügung stehen, aber eben zum richtigen Zeitpunkt: Wenn wir den Erwartungen der Opfer, der Angehörigen und der Menschen in Nordrhein-Westfalen gerecht werden können, wenn es tatsächlich um politische Verantwortlichkeiten geht und wir tatsächlich über politische Verantwortlichkeiten reden können.

Natürlich haben wir immer noch jede Menge Fragen und viele, die in diesem Hause immer wieder formuliert wurden. Aber wir sind es nun mal denen, um die es gehen sollte, schuldig, nicht so zu tun, als

könnten wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit solch einem PUA etwas erreichen; denn mehr als ein schwaches Signal wäre ein PUA im Moment nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von Hans-Willi Körfges [SPD])

Die letzten Sitzungen des Innenausschusses haben doch gezeigt, wie weit wir sind, nämlich beim Fragenstellen und nicht beim Antwortgeben – noch nicht, wie ich betonen möchte, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber es kann auch nicht sein, dass sich das Parlament zu lange zurückhält. Wir werden natürlich aufklären, wir werden das aufklären, was vor, während und nach der Katastrophe des 24. Juli passiert ist. Wir werden Wege finden, die Aufklärung in geordnete Bahnen zu lenken; denn es muss doch für viele Menschen in diesem Land unendlich schmerhaft sein, wenn jede Woche irgendeine neue Sau durchs Dorf getrieben wird, weil irgendjemand irgendetwas gefunden hat, womit man irgendjemanden verdächtigen und Schuld verschieben kann. Das sind Vorgänge, die wirklich stark am Rand des politischen Anstands kratzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich bin ganz optimistisch, dass das Innenministerium weiterhin dem Parlament und dem Innenausschuss die nötigen Informationen geben bzw. uns mit den nötigen Informationen versorgen wird. Ich weiß auch, dass der Minister für unsere Fragen und natürlich auch für kritische Fragen stets offen war.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Aufklärung, meine Damen und Herren, ist nötig, aber nicht so, nicht mit einem gegenwärtig zahnlosen Untersuchungsausschuss. Wir wollen doch alle wissen, warum am 24. Juli passieren konnte, was passiert ist. Da geht es uns nicht anders als den Menschen, den Bürgerinnen und Bürgern hier in Nordrhein-Westfalen, von denen viele noch immer nicht fassen können, dass eine solche Katastrophe auch in diesem Land geschehen kann.

Lassen Sie uns also den richtigen Zeitpunkt treffen. Lassen Sie uns – das ist mir besonders wichtig – den richtigen Ton treffen und lassen Sie uns stets im Auge behalten, worum und um wen es hier wirklich geht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte. – Für die FDP spricht jetzt der Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gehört schon zum Selbstverständnis dieses Parlamentes – ich wiederhole mich hier und auch mit dem, was ich im Innenausschuss gesagt habe –, dass wir das

schärfste Schwert, nämlich die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, nicht aus der Hand legen. Ich stimme meinen Vordern nur insoweit zu, dass man tatsächlich über den Zeitpunkt streiten kann. Es darf aber auch keine Verschiebung bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag geben.

(Beifall von der LINKEN)

Herr Stotko und Herr Jäger als Innenminister, ich bitte Sie, die Sie PUA-Erfahrung aus der letzten Legislaturperiode oder von davor haben, über eins nachzudenken: Dieser mögliche PUA unterscheidet sich fundamental von dem, was Sie bisher in solchen Ausschüssen erlebt haben.

Sie mussten nämlich – Entschuldigung – „Akten fressen“. Dieser schreckliche Vorfall jetzt mit 21 Toten und mehr als 500 Verletzten ist auf Bildern dokumentiert, die jedermann zugänglich sind. Das ist eine völlig andere Ausgangsposition.

Bei allem, was ich Ihnen, Herr Jäger, als Innenminister zunächst gutgeschrieben hatte, dass Sie sich nämlich wirklich bemühen wollen, aufzuklären, muss ich heute sagen: Sie machen genau das, was wir bislang kennen, nämlich Wagenburg, geben nur das zu und räumen nur das ein, was ohnehin schon durch mühevolle Arbeit, das Auswerten von Bildern, die Recherche von Zeitungen öffentlich ist. Genauso gehen Sie vor.

Ich erinnere mich noch sehr genau, dass wir ein Briefing der Obleute im Innenministerium hatten. Ich hatte meinen Urlaub unterbrochen. Wir waren alle vollzählig. Beim allerersten Mal, als es um Ihre persönliche Beteiligung ging, haben Sie mit nur einem klitzekleinen Halbsatz – es waren, glaube ich, vier Worte, die man hätte überhören können, wenn man nicht die ganze Zeit total aufmerksam gewesen wäre – darauf hingewiesen, dass Sie auf dem Veranstaltungsgelände waren. Am Ende haben wir das dann dank der Live-Bilder des „WDR“ und des Mitschnitts thematisiert und konnten sehen, dass Sie tatsächlich auf dem Gelände waren. Das haben wir inzwischen hinterfragt.

(Sören Link [SPD]: Was haben Sie denn daraus für einen Erkenntnisgewinn gezogen, Herr Engel?)

– Herr Link, wir wollen die Zeit nutzen. Wir haben noch eine Innenausschusssitzung, dann gehen wir in die Herbstferien. Wir wollen in der nächsten Woche im Innenausschuss weitere Fragen beantwortet bekommen.

Wir haben der Innenausschussvorsitzenden Monika Düker und dem Innenminister gestern Abend einen weiteren Fragenkatalog von etwa sechs oder sieben Seiten vorgelegt. Das Neue ist: Wir haben uns die Mühe gemacht, eine Bilddokumentation beizufügen, 45 Seiten aus dem Internet. Jeder Mann kann das nachvollziehen. Das sind soge-

nannte Screenshots, die wir auf Papier gebracht haben. Wir haben versucht, unsere Fragen daran festzumachen, damit auch der nicht so in der Materie stehende, geneigte Leser oder Interessierte mit den Bildern und den Texten dazu etwas anfangen kann. Das haben wir gestern Abend ins Verfahren gebracht.

(Beifall von der FDP)

Nächste Woche im Innenausschuss wollen wir hören, was es zu der einen oder anderen Geschichte, die noch offen ist, zu sagen gibt.

Herr Kutschaty, jetzt sind Sie, der ich Sie persönlich sehr schätze, gefragt: Es kann doch nicht sein, dass der Kölner Kripochef, Wagner, nach Duisburg zur Staatsanwaltschaft fährt und dort persönlich interveniert, dass dem Durchsuchungswunsch der verfahrensführenden und -unterstützenden Polizei nachgekommen wird. Wenn es stimmt, was der „Focus“ schrieb, dass – den Vorbehalt muss ich machen – angeblich die Staatsanwaltschaft darauf gedrängt habe, dass dieser Wunsch der Kripo aus den Akten getilgt wird ...

(Zuruf von der LINKEN: Herr Stotko hat das auch gesagt!)

– Ich bin gespannt. Ich komme zum Ausgangspunkt zurück: Die Republik schüttelt doch nur den Kopf. 21 Tote, mehr als 500 Verletzte waren wie eine Heimsuchung in unserem Land. Es sind auch unsere Opfer, Opfer der in Verantwortung stehenden Beteiligten. Das muss man doch so sehen.

Ich wiederhole: Das Motiv muss aufgeklärt werden. Es geht zum Beispiel um die Eltern, die vor die Frage gestellt werden, ob sie in Zukunft ihren Kindern empfehlen können, an einer solchen oder einer ähnlichen Veranstaltung teilzunehmen oder es zu riskieren, dass sie wieder in ein Gelände kommen, das überhaupt nicht geeignet ist und damit in einer Mausefalle landen. Deshalb muss aufgeklärt werden.

(Sören Link [SPD]: Dann fragen Sie doch einmal die dafür Verantwortlichen!)

– Herr Link, Ihr Selbstverständnis und unser aller Selbstverständnis zwingt uns dazu. Nur können wir heute Ihrem Antrag nicht zustimmen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Engel, Ihre Redezeit!

Horst Engel (FDP): Wir werden uns enthalten. Wir sagen nicht nein dazu, weil wir es von der Sache her ähnlich sehen. Wir wollen noch den Untersuchungsbericht des Polizeipräsidiums Essen abwarten. Der Innenminister hat Essen beauftragt, die Einsatzkonzeption der Polizei zu hinterfragen. Das Dokument wollen wir haben. Es soll im Oktober

kommen. Das ist nicht mehr lange hin; dann sind wir aus den Herbstferien zurück.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Engel!

Horst Engel (FDP): Und dann kommt die Zeit, in der wir auch diesen Einsetzungsbeschluss zu fassen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass ich die Beratung zum Tagesordnungspunkt 4 schließen und zur Abstimmung kommen kann:

Die antragstellende Fraktion Die Linke hat um direkte Abstimmung gebeten. Wir stimmen damit direkt über den Inhalt des **Antrag Drucksache 15/216** ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion Die Linke. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Grünen, CDU. Wer möchte sich enthalten? – Die FDP. Damit stelle ich fest, dass der Antrag mit dem eben festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt** worden ist.

Weiterhin stelle ich fest, dass damit auch das in § 2 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes genannte Quorum für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses von einem Fünftel – das sind 37 Abgeordnete – der gesetzlichen Zahl der Mitglieder nicht erreicht wurde und damit auch ein Untersuchungsausschuss nicht verpflichtend einzusetzen ist.

Ich schließe die Beratung zum Tagesordnungspunkt 4 insgesamt und rufe auf:

5 Fragestunde

Drucksachen 15/227, 15/254, 15/255, 15/256

Die Mündlichen Anfragen 3 und 5 sind aus der letzten Fragestunde in diese Fragestunde überwiesen worden. Die Mündlichen Anfragen 7 bis 11 sind neu eingereichte Fragen. Außerdem liegen Ihnen drei Dringliche Anfragen mit den Nummern 12, 13 und 14 vor, die als Drucksachen 15/254, 15/255 und 15/256 verteilt worden sind.

Nach den Richtlinien für die Fragestunde werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen und gehen somit allen anderen Fragen vor.

Deshalb rufe ich zuerst auf die

Dringliche Anfrage 12

des Herrn Abgeordneten Brockes von der Fraktion der FDP.

Unterstützt die Landesregierung die Einführung einer verfassungswidrigen Steuer?

Nachdem das Ministerium für Inneres und Kommunales und das Finanzministerium die „Satzung zur Erhebung einer Kulturförderabgabe im Gebiet der Stadt Köln“ genehmigt und damit die sogenannte „Bettensteuer“ landesweit zugelassen haben, berichtet die „Bild“ am 28. September 2010, dass die Landesregierung selbst erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der neuen Bettensteuer hat. Gegenüber dem Kassen- und Steueramt der Stadt Köln weist sie darauf hin, dass die Steuer gegen Grundsätze des Bundesverfassungsgerichts verstossen könnte. Der Ausgang möglicher Klagen gegen die Steuerbescheide sei nicht sicher vorhersehbar.

Angesichts der erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken, die auch innerhalb der Landesregierung gegen die Einführung einer Bettensteuer bestehen, ist es unverantwortlich, diese Steuer landesweit zuzulassen. Anstatt die Kommunen noch weiter zu ermuntern, eine mit enormen rechtlichen Risiken behaftete Steuer einzuführen, ist es Aufgabe der Landesregierung, die Kommunen umgehend und umfassend über die verfassungsrechtlichen Risiken zu informieren und so Schaden von ihnen abzuwenden.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, warum die Landesregierung die Einführung einer mit erheblichen rechtlichen Risiken behafteten Steuer unterstützt.

Ich bitte Herrn Minister Jäger um Beantwortung.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung zur Dringlichkeit dieser Frage. Sicherlich ist dem Parlament noch erinnerlich, dass wir vor zwei Wochen hier im Plenum die Frage der Kulturförderabgabe in Köln intensiv beraten haben. Die Thematik steht in der nächsten Woche auf den Tagesordnungen des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie des Ausschusses für Kommunalpolitik und wird auch im Haushalts- und Finanzausschuss behandelt.

Es gibt also aus unserer Sicht reichlich Gelegenheit, dieses Thema mit den Ministerien und ihren Häusern zu diskutieren und die neue Steuer zu überprüfen.

Zum Sachverhalt selbst will ich Folgendes sagen: Mein Kollege Walter-Borjans und ich haben die Satzung der Stadt Köln zur Erhebung dieser Kulturförderabgabe genehmigt. Ich hatte bereits vor zwei Wochen hier im Plenum anlässlich der Diskussion

über den Antrag der FDP „Bettensteuer verhindern – Keine neuen Belastungen für Bürger und Betriebe in Nordrhein-Westfalen“ gesagt, dass die Rechtslage nicht risikolos sei, denn wir betreten hier Neuland. In dem von Ihnen angesprochenen Genehmigungserlass ist daher auf diese Risiken naturgemäß hingewiesen worden. Diese betreffen zum einen die Frage, ob die in der Kölner Satzung vorgesehene Besteuerung auch bei der beruflich bedingten Übernachtung zulässig ist.

Zum anderen verbleibt ein Risiko hinsichtlich der Frage, ob in der Satzung ein Verstoß gegen die vom Bundesverfassungsgericht vertretenen Grundsätze der Folgerichtigkeit und der Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung zu sehen ist.

Ich habe jetzt wörtlich aus dem Genehmigungserlass zitiert, den das zuständige Referat meines Hauses auf Anfrage gerne den Abgeordneten des Hauses zur Verfügung stellt. Wir können jetzt gerne über diesen Genehmigungserlass diskutieren, er ist auch medial bereits verbreitet worden.

Für mich ist zusammenfassend festzustellen, dass es ganz offensichtlich in der rechtlichen Betrachtung dieser Kulturförderabgabe ganz unterschiedliche Bewertungen gibt. Es gibt Stimmen, die sie infrage stellen, andere, die sie durchaus rechtlich für zulässig halten, bis hin zu Befürwortern.

Ich als Kommunalminister sehe es gerne, dass Kommunen versuchen, sich zusätzliche Einnahmequellen zu erschließen. Gerade dann, wenn aus dem kommunalen Haushalt, wie hier bei der Stadt Köln, erhebliche Summen für die Touristik und die Kultурangebote der Stadt Köln zur Verfügung gestellt werden, halte ich es auch für geboten, in einer Stadt, die sich im Haushaltssicherungskonzept befindet, derartige immense Ausgaben aus dem kommunalen Haushalt auch durch eine zusätzliche Steuererhebung zu refinanzieren. Nutznießer dieser touristischen, kulturellen Infrastruktur sind sowohl die Touristen, aber natürlich auch das Beherbergungsgewerbe in Köln selbst, sodass eine solche Kulturförderabgabe aus meiner Sicht auch sachlich geboten ist.

Letztendlich legt die Gemeindeordnung auch zu grunde, dass in solchen Genehmigungsverfahren die Landesregierung kommunalfreundlich zu handeln hat. Diesem Grundsatz der Kommunalfreundlichkeit sind wir im Zusammenhang mit der Kulturförderabgabe in Köln ausdrücklich gefolgt. Wir sehen in einer schwierigen finanziellen Situation für die Stadt Köln mit ihrem Weltkulturerbe eine Möglichkeit, ihre ganz erheblichen finanziellen Anstrengungen für den Tourismus und zum Erhalt dieses Weltkulturerbes durch diese zusätzliche Steuer auch langfristig zu sichern.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Für eine erste Zusatzfrage hat jetzt der Kollege Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, es gibt ja, das hatten Sie eben auch ausgeführt, einige Gutachten, die sich mit dem Sachverhalt beschäftigen. Bei einigen könnte man aufgrund der Auftraggeber der Auffassung sein, dass diese vielleicht so gewollt sind, insbesondere von der Stadt Köln.

Wir haben aber jetzt auch ein Gutachten des Stadttages Baden-Württemberg, wo man ja auch der Auffassung sein könnte, dass der Auftraggeber ein Interesse an einer solchen zusätzlichen Einnahmequelle hätte. Dieses Gutachten kommt aber zu einem völlig anderen Urteil und lehnt diese Steuer entsprechend ab. Meine Frage ist: Ist Ihrem Haus oder der Landesregierung in Gänze dieses Gutachten bekannt und wie bewerten Sie dies?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister Jäger, ich wollte Sie nur darüber informieren, dass ich – wenn es Ihnen recht ist – Ihr Mikrofon offen lasse, sodass ich nicht immer schalten muss.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ja, besten Dank, Frau Präsidentin. – Herr Brockes, grundsätzlich unterstellt die Landesregierung den vorgelegten Gutachten, unabhängig davon, welche Tendenz sie beschreiben, eine Wertneutralität. Es gibt – darauf habe ich gerade schon hingewiesen – eine ganze Reihe von Rechtsgutachten in diesem Zusammenhang mit Kulturförderabgaben, die in ähnlicher Weise jetzt auch in Hamburg und Berlin erhoben werden sollen.

Ich will mich gar nicht darüber auslassen, wer denn jeweils der Auftraggeber eines solchen Gutachtens ist. Festzustellen ist, dass es in der Landschaft ganz unterschiedliche Rechtsauffassungen über die Frage der Erhebungsfähigkeit von solchen zusätzlichen Kulturförderabgaben in Nordrhein-Westfalen, aber auch in ganz Deutschland gibt.

Mein Haus hat selbstverständlich die zur Verfügung stehenden Gutachten zur Beurteilung der Satzung der Stadt Köln einbezogen und ist zu der Auffassung gekommen, dass auch unter dem Gesichtspunkt des Betretens von Neuland zwar hier eine gewisse rechtliche Unsicherheit herrscht, weil es hierzu schlachtweg noch keine Musterurteile gibt. Gleichwohl habe ich es vor dem Hintergrund des Selbstverwaltungsrechts von Kommunen und ihrem Recht, auch erhebliche Ausgaben aus dem kommunalen Haushalt durch sachgerechte Steuern abdecken zu können, ausgeführt. Mein Haus ist jetzt hier zu der Auffassung gekommen, dass eine solche Satzung als rechtmäßig zu beurteilen ist und

die Genehmigung entsprechend ausgesprochen wurde.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Minister. – Herr Witzel hat jetzt eine Frage.

Ralf Witzel (FDP): Herr Minister, da mir das Prüfungsverfahren dieser neuartigen Steuer nicht ganz transparent geworden ist, habe ich folgende Frage an Sie: Welche Einzelschritte der rechtlichen Prüfung zur Zulässigkeit der Bettensteuer sind durch Sie veranlasst worden? Wenn Sie da vielleicht die einzelnen Verfahrensschritte noch einmal genau darstellen könnten.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Witzel. – Herr Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter Witzel. Rechtliche Beurteilungen finden nicht in einzelnen Schritten statt. Die Landesregierung beurteilt wie in diesem Fall die Satzung der Stadt Köln umfassend auf ihre Rechtmäßigkeit. Die Prüfung in meinem Haus hat auch unter Zugrundelegung der vorliegenden Gutachten ergeben, dass diese Erhebung als rechtmäßig zu beurteilen und die Satzung der Stadt Köln zu genehmigen ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Minister. – Herr Papke hat jetzt das Wort für eine Frage.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Innenminister, Sie haben gerade gesagt, dass die Einführung der Bettensteuer als Kulturförderabgabe der Stadt Köln aus Sicht der Landesregierung sachlich geboten sei. Dieses Votum entspricht 1:1 den positiven Ausführungen des Finanzministers. Ich darf ihn aus einem Interview mit der „Rheinischen Post“ von Mitte Juli zitieren. Dort antwortet der Finanzminister auf die Frage nach einer landesweiten Bettensteuer für Kommunen:

„Warum nicht? ... Wenn die Kommunen das wollen, habe ich nichts dagegen. Das brächte landesweit einen dreistelligen Millionenbetrag pro Jahr in die kommunalen Kassen.“

Meinen Sie nicht, Herr Jäger, dass sowohl die zitierten Äußerungen des Finanzministers als auch Ihre Position, die Bettensteuer als Kulturförderabgabe sei sachlichen geboten, als klares befürwortendes Votum der Landesregierung zu verstehen sind und dass Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor diesem Hintergrund den Eindruck gewinnen müssen, diese Steuer sei vonseiten der Landesregierung auf ihre rechtliche Grundlage hin derart gründlich ge-

prüft worden, dass die Kommunen der Aufforderung der Landesregierung, landesweit eine Bettensteuer einzuführen, guten Gewissens folgen können?

Sind Sie nicht der Auffassung, dass Ihre Äußerung und die Äußerung des Finanzministers diesen fatalen und offenbar risikoreichen Eindruck der Rechtsicherheit bei den Kommunen geradezu provozieren?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Papke. – Herr Minister, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter Papke. Ich hatte gerade schon dazu ausgeführt, wiederhole es aber gerne. Mit der Kulturförderabgabe wird rechtliches Neuland betreten. Immer dann prüft die Landesregierung und mein Haus natürlich die Rechtmäßigkeit vorgelegter Satzungen.

Im Rahmen dieser Prüfung ist festgestellt worden, dass eine solche Erhebung aufgrund dessen, was uns bekannt ist, zwar rechtlich nicht völlig risikolos ist. Das liegt in der Natur der Sache, wenn man Neuland betritt. Gleichwohl ist sie von uns zu genehmigen.

Ich möchte aber dem Eindruck deutlich widersprechen, Herr Papke, dass die 396 Kommunen es keineswegs als Aufforderung verstanden haben, zu einer flächendeckenden Erhebung einer Kulturförderabgabe zu kommen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich habe nur den Finanzminister zitiert!)

Ich darf Ihnen sagen, dass ich den Eindruck habe, dass die Kommunen sehr sorgfältig mit einer solch grundsätzlichen Genehmigung, wie sie jetzt der Stadt Köln von der Landesregierung erteilt worden ist, umgehen. Wir haben keine Kenntnis davon, dass gar eine flächendeckende Einführung geplant ist.

Nur einige wenige weitere Städte überlegen zurzeit vor dem Hintergrund eigener finanzieller Schwierigkeiten und zugleich erheblicher eigener finanzieller Anstrengungen für die kulturelle und touristische Infrastruktur, eine solche Kulturförderabgabe eventuell zu erheben. Aber die Zahl ist im Verhältnis zur Gesamtzahl von 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen äußerst gering.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Brockes mit seiner zweiten Zusatzfrage.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank. – Herr Innenminister, neben der Bettensteuer ist als Neuestes auch die Bräunungssteuer im Gespräch. Sie werden in einer Nachrichtenmeldung von „dapd“ vom 23. September 2010 zitiert: Die Kommunen

dürfen die Schraube nicht überdrehen bei neuen Abgaben. – Dies widerspricht deutlich Ihren Ausführungen, nach denen Sie gerne zusätzliche Einnahmen sähen.

Trotzdem möchte ich Sie fragen: Wo sehen Sie den Unterschied zwischen der Bräunungssteuer und der Bettensteuer, sodass Sie die eine genehmigen und bei der anderen doch sehr kritisch sind, zumal das Steueraufkommen bei der Bettensteuer deutlich höher ist und daher die Belastung viel größer wäre? Deshalb würde die Schraube wohl dort überdreht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Brockes. – Herr Minister bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Vielen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter Brockes. Ich will einleitend sagen, dass Sie mich richtig zitiert haben. Das Überdrehen der Schraube bezieht sich nicht auf die Quantität, also auf die Höhe einer möglichen Abgabe, sondern auf die Qualität, den sachlichen Hintergrund.

Ich bin der Auffassung, dass bei der Kulturförderabgabe in Köln aufgrund der erheblichen Aufwendungen der Stadt Köln zur Sicherung des Weltkulturerbes eine solche Kulturförderabgabe auch aus kommunaler Sicht durchaus sachlich geboten ist. Das muss bei der Solariensteuer in Essen erst noch geprüft werden.

Weitergehende Auskünfte kann ich dazu insofern nicht erteilen, als nach meinem heutigen Kenntnisstand – die Solariensteuer war ja nicht Gegenstand der Frage – der Beschluss des Rates der Stadt Essen der Kommunalaufsicht noch nicht zur Prüfung vorgelegt worden ist. Insofern kann ich keine abschließenden Aussagen dazu treffen, ob eine solche Solariensteuer für die Stadt Essen genehmigungsfähig ist.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Minister. – Als Nächstes Frau Altenkamp mit einer Zusatzfrage.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Minister Jäger, Sie haben gesagt, dass bislang noch kein Antrag der Stadt Essen zur Prüfung einer sogenannten Solarien- oder Bräunungssteuer vorliegt. Aber ich darf Sie vielleicht doch fragen, wie Sie den Umstand beurteilen, dass die Kollegen der FDP in Essen der Einführung dieser Solariensteuer zugestimmt haben.

Wenn ich Kollegen Brockes gerade richtig verstanden habe, ist das Überdrehen immer daran zu erkennen, dass möglicherweise die Einnahmen hoch sein werden. Ich darf Sie vielleicht doch fragen, wie Ihr Haus eine solche Solariensteuer unter Mitwirkung der FDP beurteilt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Frau Altenkamp. – Herr Minister, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass es aus meiner Sicht vor dem Hintergrund der finanziell extrem angespannten Situation der Kommunen in Nordrhein-Westfalen – ich habe gestern in mehreren Debatten darauf hingewiesen: 35 Kommunen droht bis Ende des Jahres 2013 die völlige Überschuldung – sachgerecht ist, dass Kommunen nach zusätzlichen Einnahmequellen suchen.

Bei der Stadt Köln gibt es aus meiner Sicht einen sehr engen sachlichen Zusammenhang zwischen den Aufwendungen aus dem kommunalen Haushalt zur Finanzierung der touristischen und kulturellen Infrastruktur auf der einen Seite und der Erhebung dieser Kulturförderabgabe auf der anderen Seite. Einen solchen sachlichen Zusammenhang in Bezug auf die Aufwendungen aus dem eigenen Haushalt ergibt sich meiner Meinung nach in Essen nicht. Denn diese Solariensteuer bezieht sich auf Solarien, und nach meinem Kenntnisstand betreibt die Stadt Essen keine eigenen Solarien bzw. Bräunungsstudios, für die sie kommunale Aufwendungen aufbringen müsste.

Es ist natürlich der kommunalen Selbstverwaltung überlassen – es ist natürlich auch der FDP-Ratsfraktion in Essen überlassen –, einer solchen Solariensteuer zuzustimmen. Auffällig ist allerdings die sehr unterschiedliche Argumentation vonseiten der FDP in Essen, in Köln und hier im Haus bei der Beurteilung derartiger Kulturförderabgaben bzw. der Solariensteuer.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wer ist denn in Essen verantwortlich?)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Als nächster Fragesteller ist Herr Witzel an der Reihe.

Ralf Witzel (FDP): Herr Minister, ich möchte nicht der Frage nachgehen, inwiefern sich die Landtagsfraktionen – auch die der Grünen – hier anders äußern als die Ratsfraktionen in Essen; dafür könnte man viele Beispiele finden.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe eine Nachfrage zu meiner ersten Frage, die ich Ihnen gestellt habe. Da ich Ihrer Antwort entnommen habe, dass Sie diese nur auf die Prüfung im Haus, also auf das Ministerium, bezogen haben, möchte ich Sie fragen, welche externen Quellen, die sich mit dieser neuartigen Steuer befassen, Sie bei der Prüfung einbezogen haben; ich meine externe Rechtswissenschaftler, externe Gutachten und externe Fachpublikationen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Witzel. – Herr Minister, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Vielen Dank für die Frage, Herr Witzel. Ich habe bereits ausgeführt, dass die Erhebung solcher Kulturförderabgaben in unterschiedlicher Höhe und in unterschiedlicher Form in vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland diskutiert und zum Teil auch umgesetzt wird. Bei all diesen Abgaben betritt die jeweilige Kommunalaufsicht rechtliches Neuland.

Selbstverständlich wird in meinem Haus bei der Entscheidung über die Genehmigungsfähigkeit einer solchen Satzung – ich gehe jetzt auf das Beispiel Köln ein – all das an Sachverstand herangezogen, was durch Publikationen und mediale Veröffentlichung für eine solche Beurteilung zur Verfügung steht. Es erfolgt eine Gesamtbeurteilung der unterschiedlichen Aussagen zu den rechtlichen Risiken, und dementsprechend kam es in meinem Haus zu dem Ergebnis, das ich Ihnen gerade geschildert habe.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Minister. – Der nächste Fragesteller ist Herr Börschel.

Martin Börschel (SPD): Herr Minister, ist Ihnen bekannt, ob die inhaltlichen Prüfungen der jeweiligen Fachabteilungen sowohl des Innen- als auch des Finanzministeriums bereits vor der Regierungsübernahme abgeschlossen waren? Ist Ihnen bekannt, welches Ergebnis – damit meine ich den Inhalt – der alten Hausspitze, also Herrn Finanzminister Linssen und Herrn Innenminister Wolf, mitgeteilt wurde?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Börschel. – Herr Minister, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Börschel, vielen Dank für die Frage. – Ich kann Ihnen insoweit etwas dazu sagen, als die Absicht der Stadt Köln, diese Kulturförderabgabe zu erheben, der alten Landesregierung vorgelegen hat. Nach meinem Kenntnisstand hat es eine abschließende rechtliche Beurteilung hinsichtlich der Frage, ob sie unrechtmäßig ist, nicht gegeben.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Minister. – Der nächste Fragesteller ist Herr Körges.

Hans-Willi Körges (SPD): Herr Minister, wie beurteilen Sie die Prüfungsrechte und -pflichten einer Kommune im Rahmen der kommunalen Selbstver-

waltung hinsichtlich der Einführung zusätzlicher Abgaben? – Der Hintergrund ist der, dass hier im Augenblick immer insistiert wird, was das Land geprüft hat. Obliegen nicht auch die Kommunen im Rahmen der Selbstverwaltung einer eigenständigen Prüfungspflicht?

Zusatzfrage: Ist Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt, dass der Rat der Stadt Mönchengladbach mit den Stimmen der FDP die Einführung einer Kulturförderabgabe beschlossen hat und dass der Kämmerer der Stadt Mönchengladbach Landesvorsitzendes Mitglied der FDP ist?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Körges. Ich darf Sie freundlicherweise auf Folgendes hinweisen: Eigentlich bin ich großzügig, aber wenn Sie mich schon mit der Nase darauf stoßen, dass Sie zwei Fragen in eine packen, dann muss ich Ihnen auch sagen, dass das nicht zulässig ist.

(Hans-Willi Körges [SPD]: Die zweite Frage müssen Sie nicht unbedingt beantworten, Herr Minister!)

Herr Minister, bitte.

(Zurufe von der CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Es reicht, wenn Herr Jäger die erste Frage beantwortet!)

– Das kann er sich jetzt aussuchen.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank für die eine Frage, Herr Körges.

(Lachen von der CDU)

Ich möchte antworten, um die Aufgabe der Kommunalaufsicht, also des Ministeriums für Inneres und Kommunales und des Finanzministeriums, deutlich zu machen. Ich verkürze es: Wir haben zu prüfen, ob die Kommunen in ihrer Vorgehensweise grob pflichtwidrig handeln.

Das ist meiner Meinung nach bei der Frage der Kulturförderabgabe ganz augenscheinlich nicht der Fall. Selbstverständlich obliegt es den jeweiligen Gebietskörperschaften, die Rechtmäßigkeit der beschlossenen bzw. vorgelegten Satzung zu prüfen und zu überprüfen. Das hat nach meinem Kenntnisstand hinsichtlich der Kulturförderabgabe der Stadt Köln stattgefunden.

Ihre Kollegin Altenkamp und Sie haben die Frage gestellt, wie ich es sehe, dass einzelne Ratsfraktionen – in dem Fall geht es um die der FDP – die Erhebung von Steuern und Kulturförderabgaben unterschiedlich beurteilen. Das kann ich natürlich nicht beurteilen. Allerdings ist festzustellen, dass die FDP in den Gebietskörperschaften im Lande sehr sachgerecht und praxisorientiert handelt und abstimmt und dass weniger politische Gründe im Vordergrund stehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage wird Herr Dr. Romberg stellen.

Dr. Stefan Romberg¹⁾ (FDP): Bezuglich der heute startenden Erhebung der Bettensteuer in Köln gibt es weiterhin offene rechtliche Fragen. Mich interessiert: Wird auf die Kulturförderabgabe von 5 % des Übernachtungspreises die Umsatzsteuer von 7 % erhoben?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Herr Minister, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Romberg, ich sage einmal: Ich bin als Minister für Inneres und Kommunales zu jeder Auskunft bereit. Aber vielleicht kann das mein Kollege Finanzminister beantworten. – Nur auf eines lege ich Wert.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, er wird das gleich, wenn er möchte, auch beantworten, denke ich.

Es handelt sich nicht um eine Bettensteuer, sondern – ich habe darauf hingewiesen – um eine Kulturförderabgabe. Ich möchte auf den sachlichen Zusammenhang noch einmal deutlich hinweisen: Es geht darum, dass die Stadt Köln sich im Haushaltssicherungskonzept befindet und über sehr eingeschränkte finanzielle Spielräume verfügt, zugleich aber touristischer Magnet ist, Weltkulturerbe zu pflegen und zu unterhalten hat, sodass es da einen sachlichen Zusammenhang gibt, auch die Nutznießer solchen touristischen und kulturellen Angebotes, beispielsweise das Beherbergungsgewerbe und die Menschen, die sich in Köln unter anderem zu touristischen Zwecken aufhalten, zur Finanzierung mit hinzuziehen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Jäger. – Der Finanzminister möchte ergänzen.

Dr. Norbert Walter-Borjans, Finanzminister: Ich kann Ihnen dazu gerne mitteilen: Auch das Finanzministerium hat – und hatte im Übrigen bereits zu meinem Dienstantritt – diese Steuer auf die Kriterien hin überprüft, die das Finanzministerium zu überprüfen hat.

Uns liegt also auch die Satzung vor. Nach § 3 der Satzung der Stadt Köln ist die Bemessungsgrundlage der Kulturförderabgabe der vom Gast für die Beherbergung aufgewendete Betrag einschließlich der Mehrwertsteuer. Das führt im Übrigen auch dazu, dass die Kulturförderabgabe weder vom Sinn noch von der Bemessungsgrundlage noch vom

Besteuerungsgegenstand her der Umsatzsteuer entgegenläuft. Es ist eine andere Abgabe. Sie hat einen anderen Steuerpflichtigen, eine andere Bemessungsgrundlage und einen anderen Steuergegenstand. Genau das ist geprüft worden.

Das bedeutet: Wenn Sie 100 € brutto für ein Hotelzimmer bezahlen, dann hat der Hotelier, nicht der Gast, davon 5 € abzuführen. Und diese 100 € Brutto sind inklusive der 7%igen Mehrwertsteuer.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage stellt Herr Brockes. Herr Brockes, es ist Ihre dritte und damit Ihre letzte Nachfrage.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Innenminister, Sie haben eben ausgeführt, wie gering der Prüfauftrag Ihres Ministeriums in der Sache ist. Würden Sie denn zur Kenntnis nehmen, dass auch viele Kommunen, die jetzt überlegen, diese Steuer einzuführen, wie zum Beispiel Mönchengladbach, die Verfassungskonformität im Rahmen ihrer Einführung nicht geprüft haben? Ist das Ihrem Hause bekannt? Ist es nicht geradezu fahrlässig, wenn man die Kommunen in ein solches verfassungsmäßiges Risiko hineinlaufen lässt, was insbesondere eine Vielzahl von Prozessen mit sich bringen wird, die letzten Endes nicht für klare und sichere Einnahmen sorgen?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Brockes. – Herr Minister, bitte.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Diese Landesregierung hat nicht die Absicht, durch eigenes Handeln dafür zu sorgen, dass Kommunen in ein verfassungsrechtliches Risiko geraten. Ich will mich zu weiteren Bewertungen nicht hinreißen lassen, aber die alte Landesregierung hat da offensichtlich gelegentlich anders gehandelt, was die Vielzahl der Verfassungsgerichtsverfahren in den letzten fünf Jahren, die noch in hohem Maße anhängig sind, belegt.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Im Übrigen ist das ja nicht eine Kleinigkeit im Rahmen der Kommunalaufsicht. Sie haben das ebenso dargestellt, als gäbe es nur einen ganz kleinen Überprüfungsspielraum. Wir haben im Rahmen der Aufsicht zu prüfen, ob die Gebietskörperschaften nicht unter Umständen pflichtwidrig und ob sie rechtmäßig handeln. Das ist eine sehr kompetente Aufgabe, die von den Häusern zu erledigen ist. Das tun wir.

Ich will noch eines deutlich machen. Das ist Bestandteil der kommunalen Selbstverwaltung. Deshalb muss eine Gebietskörperschaft, die eine solche Abgabe plant, eigenständig und selbstständig die

Rechtmäßigkeit überprüfen. Ich gehe davon aus, dass diejenigen Kommunen, die so etwas schon eingeführt haben oder die Absicht haben, das zu tun, das in gebotenen Umfang auch sicherstellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Die nächste Frage kommt von Herrn Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, ich habe an Sie die Frage, ob bei der Genehmigung der Bettенsteuer der zuständige Minister für Wirtschaft und Tourismus auch beteiligt war.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön. – Herr Minister Jäger.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Hafke, das entzieht sich zurzeit meiner Kenntnis. Ich kann Ihnen das aber, wenn Sie es wünschen, bilateral oder übers Protokoll nachreichen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Möchten Sie, Herr Wirtschaftsminister? – Ich schalte Sie auf.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Ich habe die Frage nicht mitbekommen. Kann sie wiederholt werden?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Hafke darf die Frage wiederholen.

Marcel Hafke (FDP): Ich habe gefragt, ob Sie auch an der Entscheidung bzw. der Genehmigung der Bettentsteuer beteiligt waren und auch Ihr Rat bzw. der Rat Ihres Hauses eingeholt wurde.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön. – Herr Wirtschaftsminister.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Also, ich selbst war an der Bettentsteuer nicht beteiligt.

(Heiterkeit von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön. – Herr Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Wirtschaftsminister, dann darf ich die nächste Frage daran anknüpfend gleich an Sie richten. Haben wir es richtig verstanden, dass die Landesregierung für die landes-

weite Einführung einer solchen Steuer aktiv wirbt? Ich habe das Interview des Finanzministers vorhin schon zitiert. Der Innenminister hat sich ähnlich positiv geäußert. Es geht um die Einführung einer Steuer, die nach Aussage aller Fachleute erhebliche Auswirkungen auf die Attraktivität des Tourismusstandortes Nordrhein-Westfalen hat.

(Widerspruch von der SPD)

Und das geht an Ihnen und Ihrem Haus komplett vorbei? Habe ich Sie richtig verstanden, dass Ihr Haus in dieser Frage weder im Genehmigungsprozess noch auf informellem Wege in irgendeiner Art und Weise beteiligt war? Haben wir Sie da wirklich richtig verstanden?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Papke. – Darauf antwortet der Innenminister.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich habe den Wirtschaftsminister gefragt!)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Papke.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

– Herr Papke, Sie müssen es schon der Landesregierung überlassen, wer die Antwort gibt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte gern noch einmal das, was ich bereits ...

(Widerspruch von CDU und FDP)

– Herr Papke, wollen Sie eigentlich eine Antwort haben?

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Von Ihnen nicht, vom Wirtschaftsminister!)

– Aber Sie bekommen jetzt eine Antwort, ob Ihnen das passt oder nicht, Herr Papke.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben doch gerade gesagt, Sie wissen es gar nicht! – Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Es wäre doch eine Vereinbarung, dass wir erst einmal alle zuhören. Der Innenminister hat um das Wort gebeten. Das hat er jetzt. Er wird die Frage beantworten.

Herr Papke, Sie können leider keine weitere Frage mehr stellen. Aber irgendein anderer kann das ja tun.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ich habe meine Frage an den Wirtschaftsminister gestellt!)

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Papke, es zeichnet diese Landesregierung aus, dass sie innerhalb kurzer Zeit lernfähig ist.

(Lachen von der CDU und von der FDP)

Ich habe mich gerade kundig gemacht. Der Antrag auf Genehmigung lag der alten Landesregierung vor. Weder mein Vorgänger im Amt noch der ehemalige Finanzminister noch die ehemalige Wirtschaftsministerin haben in irgendeiner Weise Bedenken gegen die Erhebung der Kulturförderabgabe geäußert.

(Lebhafter Beifall von der SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Die haben sie nicht genehmigt!)

Für die Genehmigung sind nach dem Geschäftsverteilungsplan ausschließlich – das wissen Sie – das Finanzministerium und das Innenministerium zuständig.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Meine Frage ist nicht beantwortet worden!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Innenminister.

Sie haben das Recht auf die Beantwortung einer Frage, Herr Papke, aber nicht auf den Inhalt. Also müsste ein Kollege von Ihnen die Frage noch einmal stellen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Darf der Wirtschaftsminister nicht antworten?)

Herr Mostofizadeh hat die nächste Frage. Sie haben das Wort.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Eben hat der Wirtschaftsminister ausgeführt, dass er nicht an der Entscheidung über die Bettensteuer beteiligt war. Nach meiner Kenntnis ist Herr Witzel Parteivorsitzender der FDP in Essen, die die Entscheidung

(Zuruf von der CDU: Die Frage!)

– die Frage kommt sofort – pro Solariensteuer getroffen hat, die ich persönlich für nicht sehr hilfreich halte, weil sie nicht sehr ertragreich ist.

Jetzt zu meiner Frage, Herr Innenminister: Haben Sie inhaltlich zu prüfen, zu bewerten und den Kommunen insofern Nachhilfe zu geben, ob sie die Steuer erheben können, oder haben Sie eine rechtliche Überprüfung der jeweiligen Sachverhalte vorzunehmen?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Mostofizadeh. – Herr Innenminister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Die Landesregierung – je nachdem, welche Res-

sorts betroffen sind – hat im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung die Rechtmäßigkeit des Handelns der jeweiligen Gebietskörperschaft festzustellen. Das haben wir in dem Falle natürlich auch getan.

Ich mache noch einmal deutlich, dass der Fall der Solariensteuer in Essen noch nicht Prüfungsgegenstand war. Das müssen wir noch gemeinsam bewerten.

Ich habe versucht, deutlich zu machen, dass es aus meiner Sicht einen gebotenen Grund für die Stadt Köln gibt, eine Kulturförderabgabe zu erheben. Wenn sie aus erheblichen eigenen kommunalen Mitteln eine Infrastruktur aufrechterhält, kann sie diese durch die Erhebung einer solchen Abgabe mitfinanzieren.

Es wird auch Gegenstand der Prüfung bei der Stadt Essen sein, ob dort ein solcher Sachverhalt vorliegt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Herr Schultheis stellt die nächste Frage.

Karl Schultheis^{*)} (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Herr Minister Jäger, ist Ihnen bekannt, dass in meiner Heimatstadt Aachen, die auch die Heimatstadt des Kollegen Armin Laschet ist, die CDU, die SPD und die Grünen gemeinsam beabsichtigen, eine Kulturförderabgabe einzuführen?

(Andrea Asch [GRÜNE]: Oh!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Schultheis. – Herr Innenminister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Abgeordneter Schultheis und Herr Abgeordneter Laschet, dem Innenministerium ist eine solche Absicht medial bekannt geworden. Nach meiner groben Einschätzung gibt es eine solche Diskussion zurzeit in sieben bis neun Städten in Nordrhein-Westfalen, also keinesfalls in allen 396 Kommunen, und es geht auch keinesfalls um eine flächendeckende Einführung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke, Herr Innenminister. – Herr Palmen.

Manfred Palmen (CDU): Herr Minister Jäger, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass weder der Innenminister noch der Finanzminister noch irgend ein anderer Minister der Vorgängerregierung der Bettensteuer im Rahmen einer politischen Entscheidung zugestimmt hat?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales:
Ich bin bereit, das zur Kenntnis zu nehmen, Herr Abgeordneter Palmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Aber ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass keiner von denen es bisher abgelehnt hat.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön, Herr Innenminister. – Herr Hafke.

Marcel Hafke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich habe noch eine konkrete Nachfrage an den Wirtschaftsminister – der Innenminister hat eben schon eine etwas blumige Antwort gegeben –: Inwieweit waren Sie an diesem Genehmigungsverfahren beteiligt? Inwieweit waren Sie informell oder auch formell daran beteiligt? Wie haben Sie die Bewertung, wenn Sie dazu eine Meinung hatten, abgegeben? – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Hafke. – Herr Voigtsberger.

Harry Kurt Voigtsberger, Minister für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr: Sehen Sie sich das Gesamtspektrum an. Eine solche Kulturförderabgabe oder wie immer sie genannt wird – in manchen Städten heißt sie Kurtaxe – ist sowohl in Norddeutschland als auch in Süddeutschland gang und gäbe. Überall ist so etwas wie eine Kurtaxe eingeführt, die teilweise sogar nicht sehr niedrig ist.

(Zuruf von der CDU)

– Für diese Bereiche – ich komme gleich noch zu dem Thema – wird dann Entsprechendes getan: ein Kulturangebot, ein Erholungsangebot und Ähnliches über die öffentliche Hand vorgehalten.

Dass nun Städten, die auch eine Menge für Gäste vorhalten, eine Möglichkeit eröffnet wird, so etwas wie eine Kulturförderabgabe – Sie können sie auch Kurtaxe oder wie auch immer nennen – zu erheben, dass sie die Freiheit haben sollen, so etwas einzuführen, ist nicht so abwegig, wenn die Mittel am Ende wieder dem Kulturangebot der Stadt und damit den Gästen dieser Stadt zugute kommen. Darin sollte man – auch aus wirtschaftlicher Sicht – nicht etwas unglaublich Schreckliches oder Abschreckendes sehen. Dann wären alle Kur- und Erholungsgebiete vom Norden bis zum Süden dieser Republik völlig falsch beraten, so etwas wie eine Kurtaxe zu erheben. Sie alle wissen: Sie haben sie, und sie nutzen vernünftig. Und die Menschen, die sich in solchen Gebieten aufzuhalten, gehen auch davon aus, dass sie sie bezahlen müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Nun noch einmal Herr Palmen.

Manfred Palmen (CDU): Herr Minister, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich weder der frühere Innenminister noch der frühere Finanzminister bis heute in irgendeiner Weise zu der Bettensteuer geäußert haben, dass damit das, was Sie gerade gesagt haben, Spekulation war?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Innenminister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Ich bin sehr gern bereit, das zur Kenntnis zu nehmen. Aber das ist doch nicht spekulativ. Wenn sie sich nicht geäußert haben, dann haben sie doch auch nicht abgelehnt.

(Manfred Palmen [CDU]: Inhalt!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Herr Börschel mit der nächsten Frage.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Nachdem wir jetzt gelernt haben, dass für den Antrag der Stadt Köln zu einem Zeitpunkt, als die alte Landesregierung noch im Amt war, nach der Geschäftsordnung der ehemaligen Landesregierung ausschließlich das Finanz- und das Innenministerium für die Genehmigung zuständig waren, frage ich Sie, Herr Innenminister, ob Sie so freundlich wären, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium a. D., dem Kollegen Palmen, gedanklich auf die Sprünge zu helfen: ob es möglicherweise einen Vermerk in Ihrem Hause gegeben haben mag, der eine Empfehlung beinhaltete, den Antrag der Stadt Köln zu genehmigen, und ob dieser Genehmigungsvermerk den handschriftlichen Zusatz des ehemaligen Staatssekretärs im Innenministerium, Brendel, mit dem Inhalt „Wiedervorlage an die neue Hausspitze“ trug.

(Manfred Palmen [CDU]: Woher wissen Sie das?)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Börschel. – Herr Innenminister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Wenn es dem Wohlbefinden des werten Kollegen Palmen dient, mache ich vieles. Was ich jetzt aber nicht machen kann, ist, hier internes Regierungs-handeln zu erläutern.

(Zurufe von der CDU)

– Ich weiß nicht, was Sie jetzt so echauffiert. Ich kann deshalb, auch wenn dieser Vermerk existieren mag, aus ihm nicht zitieren.

(Fortgesetzt Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Es wäre sehr schön, wenn Sie einander zuhören würden, wenn Fragen gestellt werden. – Der nächste Fragesteller ist Herr Krautscheid.

Andreas Krautscheid (CDU): Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Innenminister, ich verstehe und respektiere, dass Sie keinerlei Auskunft über internes Regierungshandeln geben wollen. Das ist auch korrekt. Wie aber erklären Sie sich, dass ausweislich der Stützfrage des Kollegen Börschel offensichtlich Kenntnisse über solche internen Aktenvermerke, handschriftlichen Zusätze etc. vorliegen? Können Sie ausschließen, Herr Innenminister, dass unter Ihrer Regierungsverantwortung solche Akten Abgeordneten bekanntgegeben worden sind?

(Sören Link [SPD]: Sie müssen doch wissen, was Sie schreiben!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herzlichen Dank für die Frage, Herr Abgeordneter Krautscheid. Diese Landesregierung fühlt sich dafür verantwortlich, internes Regierungshandeln auch der alten Landesregierung zu schützen. Insofern kann ich Ihnen diese Frage schlichtweg aus Unwissenheit nicht beantworten.

(Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann verstehen, dass dieses Thema zu Fragen untereinander animiert, insbesondere wenn man nachfragen möchte, dies aber nicht mehr darf. Aber Sie müssen den Ministern, die Sie fragen, auch die Gelegenheit geben, akustisch zu Ihnen durchzudringen.

(Zurufe von der CDU)

Sie machen auch uns hier oben das Geschäft nicht unbedingt einfacher. Es ist eine sehr große Unruhe im Raum.

Ich bitte nun den Innenminister, wenn er möchte, mit seiner Antwort fortzufahren.

(Minister Ralf Jäger: Ich war fertig!)

Dann müssen Sie das im Protokoll nachlesen.

(Unruhe)

Die nächste Frage stellt Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, wie erklären Sie sich die Tatsache, dass Herr Börschel offensichtlich einen internen Aktenvermerk kennt?

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Hovenjürgen, ich habe diese Frage gerade bereits beantwortet, werde es aber gerne noch einmal tun, falls das untergegangen ist.

Ich kann nicht beurteilen, auf welche Kenntnisse Herr Börschel sich bei seiner Frage stützt. Diese Landesregierung steht dazu, internes Handeln nicht zu veröffentlichen. Das gilt auch bezüglich des Handelns der alten Landesregierung.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Herr Löttgen, bitte schön.

Bodo Löttgen (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie haben gerade gesagt, dass Sie Antworten nicht veröffentlichen. Damit haben Sie aber nicht ausgeschlossen, dass Abgeordnete der Regierungsfraktionen Kenntnis von diesen Dingen erlangen. Können Sie ausschließen – ich frage es noch einmal sehr deutlich –, dass ein einzelner Abgeordneter, der gerade eine Frage gestellt hat, oder andere Abgeordnete über eine einzelne Akte Kenntnisse erlangt haben, die Sie heute vorgetragen haben?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Minister.

Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales: Herr Löttgen, ich habe die Frage bereits zweimal beantwortet, tue es aber gerne noch ein drittes Mal. Herr Abgeordneter Löttgen, diese Landesregierung schützt den Bereich des engeren und internen Regierungshandelns sowohl was das eigene Handeln als auch was das Handeln der alten Landesregierung angeht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Danke schön. Gibt es den Wunsch nach weiteren Fragen in diesem Zusammenhang? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Dringliche Anfrage 12 beantwortet.

Ich rufe die

Dringliche Anfrage 13

des Herrn Abgeordneten Preuß von der Fraktion der CDU auf:

Versorgt die grün-rote Minderheitsregierung ehemaligen SPD-Landtagsabgeordneten mit Edelposten?

Der heutigen Medienberichterstattung ist zu entnehmen, dass der Beauftragte der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen, Norbert Killewald, für diese Tätigkeit beim Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales angestellt worden ist. Im Gegensatz zu seiner Vorgängerin Angelika Gemkow, die diese Funktion ehrenamtlich ausgeübt hat, soll Norbert Killewald, der bei der Landtagswahl am 9. Mai 2010 den Einzug in den Landtag verpasst hat, seine Tätigkeit hauptamtlich und besoldet ausüben.

Trifft die Presseberichterstattung zu, dass der neue Behindertenbeauftragte diese Aufgabe hauptamtlich ausüben soll?

Ich bitte Herrn Minister Schneider um die Beantwortung dieser Frage.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Die Aussage, dass der neue Landesbehindertenbeauftragte Norbert Killewald seine Tätigkeit hauptamtlich ausübt, trifft zu. Der Behindertenbeauftragte ist sozialer Anwalt der 2,3 Millionen behinderten Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Das Amt erfordert es, ständig persönlich in den Städten und Kreisen des Landes präsent zu sein, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Deshalb ist die Tätigkeit auch mit sehr arbeits- und zeitaufwändigen Terminen aller Art in ganz Nordrhein-Westfalen verbunden. Dem Bericht der Vorgängerin von Herrn Killewald, Frau Angelika Gemkow, habe ich entnommen, dass sie mehr als 1.500 solcher Termine vor Ort wahrgenommen und mehr als 300 Reden und Grußworte gehalten hat.

(Beifall von der CDU)

Ich empfehle die Lektüre der Bilanz der Landesbehindertenbeauftragten Frau Gemkow. Ich ziehe meinen Hut vor dieser enormen Arbeitsleistung, die sie während ihrer Amtszeit erbracht hat. Beifall!

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Erfahrungen aus der vergangenen Legislaturperiode haben gezeigt, dass der im Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung gesetzlich festgelegte Aufgabenkatalog nur im Rahmen einer hauptamtlichen Tätigkeit in angemessener Weise erfüllt werden kann.

Dies zeigt auch der Blick in andere Länder. Von den insgesamt 16 Bundesländern haben bereits elf eine hauptamtliche Behindertenbeauftragte oder einen hauptamtlichen Behindertenbeauftragten.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Gunhild Böth)

Bei der Ausgestaltung des Werkvertrages, den wir mit Herrn Killewald abgeschlossen haben, haben wir uns an den Regelungen orientiert, die die frühere Regierung von CDU und FDP mit dem Integrationsbeauftragten der Landesregierung, dem

früheren CDU-Landtagsabgeordneten Herrn Thomas Kufen, getroffen hatte. Er wurde in der letzten Wahlperiode von der Landesregierung ebenfalls hauptamtlich als Integrationsbeauftragter beschäftigt. Dieses Modell wurde zur Ausgestaltung eines Werkvertrages mit Herrn Killewald übernommen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich an dieser Stelle aus datenschutzrechtlichen Gründen darauf verzichte, Einzelheiten der vertraglichen Ausgestaltung darzulegen.

Die Frage, ob die alte Landesregierung sinnvoll und sozial gerecht gehandelt hat, den Integrationsbeauftragten und die Landesbehindertenbeauftragte in der vergangenen Legislaturperiode so deutlich unterschiedlich zu behandeln, muss hier und heute nicht diskutiert werden.

Die Bedingungen, unter denen der neue Landesbehindertenbeauftragte Norbert Killewald jetzt seine Arbeit aufnehmen kann, entsprechen jedenfalls den Voraussetzungen, die für den bisherigen Integrationsbeauftragten des Landes galten.

Die Höhe der Dotierung ist selbstverständlich dem Amt und der Aufgabe angemessen und mit Blick auf den gesellschaftspolitischen Stellenwert der Behindertenpolitik gerade vor dem Hintergrund der UN-Behindertenrechtskonvention, die wir in Nordrhein-Westfalen noch gemeinsam umsetzen müssen, völlig sachgerecht.

Eine schnelle Neubesetzung des Amtes des Landesbehindertenbeauftragten war notwendig, um die Kontinuität der bisherigen Arbeit zu wahren und ein deutliches Signal zu setzen, dass die neue Landesregierung die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention sehr ernst nimmt.

Die Finanzierung aller Personal- und Sachkosten kann aus dem Etat 2010 – Kapitel 11 010, Titelgruppe 85 – abgedeckt werden.

Lediglich für die vertragliche Ausgestaltung für die Jahre 2011 bis 2015 bedurfte es einer Verpflichtungsermächtigung. Ohne eine solche Verpflichtungsermächtigung kann mein Haus keine vertraglichen Bindungen über das laufende Haushaltsjahr hinaus mit dem Behindertenbeauftragten eingehen. Dieser Ansatz deckt die vertraglich zugesicherten Vergütungen für Herrn Killewald und für eine weitere Personalstelle ab, die bis zum Ende der Legislaturperiode zeitlich befristet neu besetzt werden kann. Die jetzt mit dem Nachtragshaushalt erstmals ausgewiesene Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 848.000 € trägt also lediglich haushaltrechtlichen Erfordernissen Rechnung.

Zur Erklärung dieses Betrages: 530.000 € für 53 Beschäftigungsmonate für den Behindertenbeauftragten einschließlich aller Personalnebenkosten und Sachmittelaufwand, zum Beispiel Reisekosten, sowie 318.000 € für eine zusätzliche Per-

sonalstelle ebenfalls einschließlich Personalnebenkosten und Sachmittelaufwand.

Mit der hauptamtlichen Beschäftigung des neuen Landesbehindertenbeauftragten geht eine Neustrukturierung seines Büros einher, die es ermöglicht, die Anzahl des bisher dort eingesetzten Stammpersonals des MAIS zu reduzieren. Dieser Vorgang wird seinen Niederschlag im Haushaltspol 2011 finden. Klar ist jedenfalls, dass auch in der Zukunft die bisherige Obergrenze für die Aufgaben des Landesbehindertenbeauftragten von 419.000 € pro Jahr nicht überschritten wird. – So weit meine Darstellung.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke, Herr Minister Schneider. – Die nächste Frage stellt Herr Dr. Papke von der FDP.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Schneider, sind Sie nicht der Auffassung, dass in der Öffentlichkeit zwangsläufig der Eindruck von Parteibuchwirtschaft und Filzokratie entstehen muss,

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

wenn ein bei der Landtagswahl gescheiterter SPD-Abgeordneter wenige Wochen später auf eine eigens für ihn geschaffene hoch dotierte Landesstelle gelotst wird? Sind Sie nicht dieser Auffassung?

(Heike Gebhard [SPD]: Wie viele von Ihnen haben denn ihren Wahlkreis direkt geholt?)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Abgeordneter, dieser Auffassung bin ich nicht. Die fachliche Kompetenz des neuen Behindertenbeauftragten steht außer Frage. Er ist für diese Funktion hoch qualifiziert.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die Bezahlung liegt im unteren Viertel aller in den Bundesländern installierten Behindertenbeauftragten.

Herr Papke, im Übrigen war auch Herr Kufen ein nicht wiedergewählter Landtagsabgeordneter. Ich habe damals Ihre Kritik an der Bestellung von Herrn Kufen nicht vernommen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Preuß von der CDU.

Peter Preuß^{*)} (CDU): Herr Minister Schneider, Sie machen aus dem Ehrenamt ein Hauptamt und nehmen dafür viel Geld in die Hand. Ich frage Sie, ob die vormalige Behindertenbeauftragte Frau Gemkow Ihrer Einschätzung nach weniger gute Arbeit geleistet hat, obwohl sie ehrenamtlich tätig war und sich aufgrund ihres ehrenamtlichen Engagements hohes Ansehen erworben hat.

(Zuruf von der SPD: Er hat die Frage beantwortet!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Preuß, ich habe eben in meinen Ausführungen die Tätigkeit von Frau Gemkow ausdrücklich gelobt. Diese Tätigkeit steht außerhalb jeder Kritik, um das deutlich zu machen. Die Fülle der Aufgaben des Behindertenbeauftragten, insbesondere angesichts der Jahrhundertaufgabe der Umsetzung der Inklusion, setzt eine hauptamtliche Tätigkeit voraus.

Ich muss Ihnen auch eines sagen: Bei der Aussprache zur Regierungserklärung der Frau Ministerpräsidentin hat der Oppositionsführer ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Behindertenpolitik nicht im parteipolitischen Gezerre stattfinden soll.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich hoffe nach wie vor auf münsterländische Verlässlichkeit.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Hovenjürgen von der CDU.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Minister Schneider, Sie haben Frau Gemkow gerade ja noch einmal ausdrücklich gelobt. Wir schließen uns diesem Lob ausdrücklich an. Nichtsdestotrotz ist das, was Sie schildern, ein Widerspruch: indem Sie in Zweifel ziehen, dass das, was Frau Gemkow geleistet hat, ausgereicht hat.

(Heike Gebhard [SPD]: Mit ihrer Abteilung!)

– Natürlich, mit ihrer Abteilung, werte Frau Kollegin. Die ist heute nicht klein. Es hat sich da nichts verändert. – Es gibt aus meinem Blickwinkel keine anderen Sachverhalte. Insofern ist für mich nicht nachhaltig von Ihnen erklärt, warum Sie eine Hauptamtlichkeit jetzt als notwendig ansehen. Die nun Ihrerseits vorgelegten Erklärungen reichen nicht aus. Ich würde es gerne vertieft von Ihnen wissen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Hovenjürgen, Sie müssen eine Frage formulieren.

Josef Hovenjürgen (CDU): Das habe ich doch gerade gemacht.

(Zuruf von der SPD: Die Frage war schwer erkennbar!)

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Noch einmal: Es gibt keine Kritik an der Arbeit von Frau Gemkow. Der Arbeitsanfall ist erheblich höher geworden; auf die Gründe habe ich schon hingewiesen. Dies hat uns veranlasst, den Behindertenbeauftragten hauptamtlich zu bestellen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Dr. Romberg von der FDP.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Herr Minister Schneider,

(Zuruf von der SPD: Betteneuer!)

Sie haben ein reduziertes – der Finanzminister, der es gerne mit den Hühnern hat, würde vielleicht sagen: gerupftes – Sozialministerium übernommen, das wichtige Sozialkompetenzen abgegeben hat. Sie haben auch deutlich weniger Mitarbeiter als Ihr Vorgänger. Im Gegenzug schaffen Sie aus dem ehrenamtlichen Behindertenbeauftragten einen hochdotierten hauptamtlichen Behindertenbeauftragten

(Zuruf von der SPD: Das war immer noch keine Frage!)

und aus dem Integrationsbeauftragten eine hochdotierte Staatssekretärin. Könnte das den Anschein erwecken, dass Sie den verlorenen Glanz, die verlorenen Kompetenzen mit diesen hochdotierten Glanzpunkten wieder ein bisschen erhellen wollen?

(Zuruf: Im Ministerium gab es keinen Glanz!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Meinen Glanz überlassen Sie mal mir. Im Übrigen könnte man, ein großes Wort abgewandelt, sagen: Es gibt große und gute Ministerien. Ich fühle mich gar nicht „gerupft“, sondern mit den Aufgaben, die vor uns liegen, auch im sozialpolitischen Bereich, sehr gut ausgelastet und durch dieses sehr professionell arbeitende Haus sehr gut aufgestellt. Ich darf noch anmerken, dass die neue Landesregierung keine zusätzlichen Stellen für Staatssekretäre eingerichtet hat.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Danke. – Die nächste Frage stellt Herr Preuß von der CDU.

Peter Preuß^{*)} (CDU): Herr Minister Schneider, wer konkret hat die Entscheidung veranlasst, die Stelle in ein Hauptamt umzuwandeln und Herrn Killewald einzustellen?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Wie Sie wissen, ist der Behindertenbeauftragte vom zuständigen Minister ernannt worden, und der zuständige Minister koordiniert solche wichtigen Personalentscheidungen natürlich mit allen übrigen beteiligten Häusern einschließlich der Staatskanzlei.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Brockes von der FDP.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Minister Schneider, Sie haben mehrfach die ehemalige Kollegin Gemkow für Ihre Arbeit gelobt. Dem möchte ich mich ausdrücklich ausschließen.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall von der SPD)

– Anschließen. Pardon! – Dem möchte ich mich ausdrücklich anschließen. Sie sagten, Sie ziehen den Hut vor der Arbeit, die sie geleistet hat. Meine Frage: Warum haben Sie sie dann nicht im Amt belassen?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Sie werden doch verstehen, dass eine neue Regierung auch Personalien neu sortiert.

(Ministerin Barbara Steffens: Die war gar nicht mehr im Amt!)

Wir lassen mal beiseite, dass sie auch gar nicht mehr im Amt war. Sie werden sicherlich auch verstehen, dass ein neuer Minister Personalentscheidungen neu trifft.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Dr. Papke von der FDP.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Vielen Dank. – Zunächst, Herr Schneider, darf ich Ihren eigenen Eindruck bestätigen: So sehr gerupft sehen Sie noch nicht aus.

(Minister Guntram Schneider: Sehen Sie!)

Jetzt zu meiner Frage! Ausweislich einer Presseerklärung Ihres Hauses haben Sie Herrn Killewald am 7. September öffentlich als neuen Behindertenbeauftragten vorgestellt. Er muss zu diesem Zeitpunkt also bereits über einen gültigen Vertrag verfügt haben. Wie können Sie dem Parlament erklären, dass Sie über den Nachtragshaushalt, der erst in dieser Woche eingebracht und noch nicht verabschiedet worden ist, erst die haushaltsrechtliche Grundlage für diese Stelle schaffen wollen, obgleich

Sie vermutlich bereits einen gültigen Arbeitsvertrag mit Herrn Killewald abgeschlossen haben? Halten Sie das nicht für eine Politik der vollendeten Tatsachen, bevor das Parlament Ihnen die Bewilligung dieser Stelle ermöglicht hat?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Papke, Sie irren. Wir finanzieren die Arbeit des Herrn Killewald derzeitig aus den entsprechenden Haushaltsansätzen für die Behindertenpolitik

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach!)

– aus dem laufenden Haushalt. Selbstverständlich.

(Weitere Zurufe von der FDP)

Das ist nachgeprüft und völlig klar. Ich haben eben darauf hingewiesen, dass es sich bei den 848.000 € um eine Verpflichtungsermächtigung handelt. Insfern gibt es hier eine saubere Abgrenzung.

(Zuruf von der CDU: Das ist das Geld der Behinderten!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte jetzt mal etwas zum Verfahren sagen. Die Fragestunde soll 60 Minuten nicht überschreiten. Wir haben jetzt die 60 Minuten erreicht. Ich schlage vor, dass wir noch die, die sich bis zum jetzigen Zeitpunkt gemeldet haben, ...

(Zurufe von CDU und FDP – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Schauen Sie in die Geschäftsordnung! – Zuruf: Lesen Sie doch mal vor, wer sich noch gemeldet hat!)

– Ich weiß nicht, warum Sie sich so schrecklich aufregen. Sie stehen ja wahrscheinlich alle noch auf der Redeliste. Diejenigen, die sich bisher gemeldet haben – vielleicht hören Sie erst einmal zu, wer sich gemeldet hat, dass wir die abarbeiten und dann zum nächsten Tagesordnungspunkt übergehen –, sind Herr Garbrecht, Herr Golland, Herr Palmen, Herr Preuß, Herr Hovenjürgen und Herr Krautscheid.

(Zurufe von der CDU und von der FDP)

Also, der nächste Frager wäre Herr Garbrecht.

Günter Garbrecht (SPD): Herr Minister, wundern Sie sich nicht auch über die Erregung in diesem Hause, wo doch alle Abgeordneten, zumindest die, die schon in der letzten Legislaturperiode Mitglieder des Hohen Hauses waren, die Art der Aufgabenwahrnehmung durch die Beauftragten für die Belange der Menschen mit Behinderungen in anderen Bundesländern kennen?

Sie haben vorhin selbst dargestellt, welchen Platz in der Rangfolge wir in Sachen Aufgabenwahrnehmung im Vergleich der Bundesländer einnehmen.

Halten Sie die Fragestellung vor diesem Hintergrund und insbesondere vor dem Hintergrund der Bewältigung der neuen Aufgabe, ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

(Zurufe von der SPD)

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Garbrecht, ...

(Zahlreiche Zurufe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung.

(Weitere Zurufe – Günter Garbrecht [SPD]: Ja, die Frage kommt!)

– Entschuldigung, Herr Garbrecht. Hier oben ist relativer Tumult.

(Zuruf: Ja, können Sie die mal runterschicken! Was suchen die denn da oben? – Zahlreiche Zurufe – Unruhe)

Es war mir nicht klar, dass Sie Ihre Frage noch nicht beendet hatten, weil ich Sie hier oben noch nicht einmal verstehe.

Günter Garbrecht (SPD): ... nämlich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention – in diesem Hause herrscht doch wohl große Einmütigkeit, dass aus dieser Konvention neue Aufgaben erwachsen sind –, für angemessen?

Sie haben eben gesagt, dass zukünftig im Haushaltplan des Landes Nordrhein-Westfalen die bisherige Veranschlagung von 419.000 € – wenn ich die Zahl richtig verstanden habe – notiert ist.

(Zuruf von der CDU: Frage!)

Halten Sie diese Höhe der Ausgaben, gemessen an den Ausgaben des Landes Schleswig-Holstein mit – glaube ich – nur 3 Millionen Einwohnern und einem Ansatz von 350.000 €, für eine sparsame Dotierung dieser Aufgabe?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Abgeordneter Garbrecht, die Landesregierung hat eben erklärt, dass sie in den zukünftigen Haushaltsberatungen als Orientierung 419.000 €, also den bisherigen Betrag, sieht.

Es ist richtig: Im Vergleich zu anderen erheblich kleineren Bundesländern nimmt sich die Behindertenpolitik in Nordrhein-Westfalen in diesem Punkt sehr bescheiden aus. Dies muss jedoch nicht bedeuten, dass sie nicht effektiv ist.

Der dritte Punkt bezogen auf einen Zwischenruf: Wir finanzieren jetzt den Behindertenbeauftragten über Mittel, die für die Arbeit des Behindertenbeauftragten im laufenden Haushalt bereitgestellt sind. Es wird also keinem Behinderten etwas weggenommen. Das stimmt ganz einfach nicht.

Ein vierter Punkt. Das Wundern ist in der Politik eine solche Sache.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächster fragt jetzt Herr Golland von der CDU.

Gregor Golland (CDU): Herr Minister, warum versorgen Sie einen Genossen mit einem Luxusgehalt, anstatt die Stelle öffentlich auszuschreiben?

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich habe eben davon gesprochen, dass auch in der Praxis der abgewählten Regierung solche Stellen nicht ausgeschrieben worden sind. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass die Stelle des Integrationsbeauftragten ausgeschrieben worden ist. Diese Praxis hat in der Vergangenheit nicht gegolten.

Ich denke, es handelt sich um eine politische Stelle, die auch in Zukunft ...

(Zuruf von Armin Laschet [CDU])

– Selbstverständlich ist das eine politische Stelle.

(Zuruf von der CDU)

– Selbstverständlich ist das eine politische Stelle. Da müsste ich mich doch sehr irren. Deshalb ist unser Vorgehen sehr korrekt.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Palmen von der CDU.

Manfred Palmen (CDU): Herr Minister, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage ist ...

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Entschuldigung, Herr Palmen. Sie dürfen nur eine Frage stellen.

Manfred Palmen (CDU): Ich habe zwei Fragen, die ich hintereinander stellen darf.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Nein. Sie dürfen in einem Beitrag bitte immer nur eine Frage stellen.

(Zuruf: Ist eben auch geschehen!)

Manfred Palmen (CDU): Ich habe das nur deswegen gemacht, weil es Herrn Kollegen Körfges eben zugestanden worden ist.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Nein, dem ist das von der Kollegin Vizepräsidentin nicht zugestanden worden, sondern der Minister ist gebeten worden, nur eine der beiden Fragen zu beantworten.

Sie müssen eine konkrete Frage stellen. Das steht so in der Geschäftsordnung.

Manfred Palmen (CDU): Dann stelle ich jetzt zwei Fragen, und Herr Schneider kann sich dann aussuchen, welche Frage er beantwortet.

Herr Minister, hat Frau Ministerpräsidentin Kraft auf Ihre Entscheidung, Herrn Killewald hauptberuflich gegen das bekannte Entgelt einzustellen, in irgendeiner Weise Einfluss genommen?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Das ist also doch nur eine Frage. Vielen Dank. Ich habe selbstverständlich die Ministerpräsidentin über meine Entscheidung informiert, und die Ministerpräsidentin hat diese Entscheidung mitgetragen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Die nächste Frage stellt Herr Preuß von der CDU.

Peter Preuß* (CDU): Sie haben eben auf meine Frage, Herr Minister, nach dem Veranlasser und jetzt auf die Frage von Herrn Palmen klar die politische Verantwortung für diesen Vorgang übernommen. Ich frage Sie: War Ihnen von Anfang an klar, dass für diese Position nur Herr Killewald infrage kommt oder gab es weitere Bewerber?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Es gibt für eine solche Position keine Bewerberinnen und Bewerber.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Selbstverständlich übernehme ich für diesen Vorgang die politische Verantwortung. Ich unterscheide mich hier von anderen sehr deutlich.

Der dritte Punkt: Ich habe natürlich sehr genau überlegt, wer berufen werden soll – da gab es mehrere Namen und Persönlichkeiten –, und bin dann zu der Entscheidung gekommen, Herrn Killewald zu berufen, weil er über Fraktionen hinweg als ausge-

zeichneter Sachkenner der Sozial- und Behindertenpolitik bekannt ist.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Herr Hovenjürgen von der CDU.

Josef Hovenjürgen (CDU): Danke, Frau Präsidentin. Herr Minister, nach meinem Kenntnisstand sollen im Haushaltsansatz ca. 420.000 € nicht überschritten werden. Jetzt sind 310.000 € für sechs Stellen und 110.000 € für Sachleistungen vorgesehen. Zwei neue Stellen sollen noch zusätzlich für 53 Monate kommen. Das wären 184.000 € jährlich. Heißt das, dass in Ihrem Bereich Kolleginnen und Kollegen abgebaut werden? Müssen Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich mit Entlassungen rechnen?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Nein, das heißt das nicht. Sie wissen, mein Haus befindet sich immer noch in einer Umstrukturierungsphase. Über diesen Weg werden wir diese Dinge regeln.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Weiterer Zuruf von der CDU: Was sagen denn die Linken dazu?)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Herr Laumann von der CDU.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Schneider, können Sie meiner politischen Wertung zustimmen, dass die bisherigen Behindertenbeauftragten des Landes Nordrhein-Westfalen – Frau Schmidt-Zadel und Frau Gemkow – auch deswegen in der Szene – die Szene und das Engagement für Behinderte werden ja stark vom Ehrenamt getragen – eine hohe Anerkennung gefunden haben und eine hohe Reputation und Wertschätzung hatten, weil allen Beteiligten klar war, dass das kein Amt war, das mit Geld ausgestattet war, sondern nur mit einer Aufwandsentschädigung?

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister, bitte.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Abgeordneter Laumann, ich habe, glaube ich, ausreichend die Tätigkeit

(Beifall von der SPD)

der bisherigen Behindertenbeauftragten gewürdigt.

Zum anderen sehe ich überhaupt nicht, dass nicht auch jemand, der hauptamtlich als Behindertenbeauftragter tätig ist, in der sogenannten Szene akzeptiert und gewürdigt werden kann. Beides geht.

Noch einmal: Der Arbeitsaufwand in dieser Funktion ist so groß geworden – ich habe mich persönlich davon überzeugt –, dass es eigentlich unverantwortlich wäre, jemanden ehrenamtlich in diese große Aufgabe zu entlassen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Herr Lehne von der CDU.

Olaf Lehne (CDU): Herr Minister, soll es Unterschiede in den Tätigkeitsbereichen der Vorgängerinnen im Verhältnis zu den jetzt von Ihnen ausgewählten Kandidaten geben?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich habe doch eben schon darauf hingewiesen, dass wir allein durch das große Thema „Inklusion“ so viel Arbeitsaufwand in diesem Bereich haben werden,

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

dass es ganz einfach notwendig ist, dort auch mehr Arbeit zu investieren.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Herr Witzel von der FDP.

Ralf Witzel (FDP): Gerade, Herr Minister Schneider, Ihre letzte Bemerkung, dass die Arbeitsfülle anwächst, lässt es nicht nachvollziehbar erscheinen, dass Sie dann anderweitig Personal aus diesem Bereich abziehen, um die Stelle des Behindertenbeauftragten hauptamtlich erst einmal finanzieren zu können.

(Zuruf von der SPD: Frage?)

Deshalb stelle ich Ihnen die Frage: Welche anderen Aufgaben hätten für diese sehr, sehr stolze Summe, mit der der neue hauptamtliche Behindertenbeauftragte dotiert wird, übernommen werden können? Welche Projekte oder welche andere Personalinfrastruktur

(Günter Garbrecht [SPD]: Sie haben gar keine Ahnung von dem, was da läuft, Mensch!)

für Beratung und Betreuung hätten davon in Ihrem Hause getragen werden können?

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich möchte hierfür nur ein Beispiel nennen. Der Behindertenbeauftragte ist der Ansprechpartner der Behinderten. Angesichts der Fülle der Eingaben, der Vorgänge, die da bearbeitet werden müssen, ist es wirklich notwendig gewesen,

(Ralf Witzel [FDP]: Sie beantworten die Frage doch nicht! – Gegenruf von der SPD: Herr Witzel, hören Sie einmal zu!)

diese Stelle hauptamtlich zu besetzen.

Im Übrigen haben die Vorgängerinnen natürlich auch Zugriff auf Personal aus der sozialpolitischen Abteilung gehabt. Sie haben eben darauf hingewiesen, dass mein Haus einen Umstrukturierungsprozess durchläuft. Da sind die Möglichkeiten der Unterstützung arg begrenzt.

(Ralf Witzel [FDP]: Was heißt das denn?)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Herr Dr. Romberg von der FDP.

Dr. Stefan Romberg^{*)} (FDP): Herr Minister Schneider, ich habe Sie so verstanden, dass Herr Killewald im Moment aus laufenden Haushaltstiteln für den Landesbehindertenbeauftragten, die für dieses Jahr haushalterisch festgelegt wurden, bezahlt wird.

Mich würde interessieren – Sie sind ja ein Mensch, der auch zuverlässig Verträge macht –, ob Herr Killewald einen Vertrag hat, der mit Ende der Haushaltssumme endet oder ob er vielleicht schon einen Vertrag bis 2015 hat und damit am Haushalt und am Landesparlament vorbei von Ihnen einen Vertrag erhalten hat.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Natürlich – wie bei ehrbaren Kaufleuten üblich – läuft der Vertrag bis Ende 2010. Ich zweifle aber nicht daran, dass wir ihn dann fortsetzen werden.

(Beifall von der SPD)

Ich gehe davon aus, dass das Hohe Haus in der Behindertenpolitik so engagiert ist, die Verpflichtungsermächtigung Wirklichkeit werden zu lassen.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Ich sage jetzt noch einmal etwas zum weiteren Verfahren. Wir haben noch fünf Redner auf der Redeliste.

(Zuruf von der SPD: Fragesteller!)

– Fragesteller, Entschuldigung, auf der Fragestellerliste. Es sind auch alles nur Männer. – Diese Fragen werden wir jetzt noch abarbeiten. Wir sind uns im Präsidium einig, dass es die sind, die bis zu unserer

Vereinbarung gedrückt hatten. Die arbeiten wir ab, um dann mit Blick auf den nächsten Tagesordnungspunkt die Fragestunde, die eigentlich schon seit 14:30 Uhr beendet ist, zu beenden.

Als Nächstes fragt Herr Krautscheid von der CDU.

Andreas Krautscheid (CDU): Danke schön, Frau Präsidentin. Aus eigener Erfahrung aus der letzten Wahlperiode weiß ich, dass die Fragestunde immer bis zum Ende des jeweiligen Themenblocks durchgeführt worden ist.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Aus eigenem Miterleben vieler schöner Fragestunden weiß ich auch: Wir haben respektiert, dass das vor allem ein Instrument der Opposition ist. Wir haben heute im ersten Teil erlebt, dass etwa ein Drittel der Fragen von den Regierungsfraktionen als Stützfragen kamen. Das war damals nicht üblich. Das ist auch eine stilistische Frage und eine Frage des Umgangs.

(Zurufe von der SPD)

Wenn das der neue Stil ist, okay.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Krautscheid, kommen Sie jetzt zu Ihrer Frage!

Andreas Krautscheid (CDU): Herr Minister, Sie haben zunächst die beiden ehrenamtlichen Vorgängerinnen, Frau Schmidt-Zadel und Frau Gemkow, sehr gelobt und haben gesagt, dass sie ihr Amt hervorragend erfüllt haben – daran besteht kein Zweifel im Haus.

Jetzt haben Sie uns erklärt, dass es so viele neue Aufgaben gebe, die eine hauptamtliche gute Dotierung erforderten. Können Sie uns sagen – die UN-Konvention und alles andere war ja schon da –, welche nationalen und internationalen oder auch Landesgesetze neue Aufgaben zwischen August und September gebracht haben, die Sie zu dieser Entscheidung geführt haben?

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Herr Minister.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Wenn man sich intensiver mit der Behindertenpolitik auseinandersetzt, kommt man zu der Einschätzung, dass dieser Politikbereich schon aufgrund der demografischen Entwicklung, der Zunahme bestimmter Krankheiten, psychischer Erkrankungen usw. erheblich an Bedeutung gewinnt und quantitativ zunimmt. Das hat dazu geführt, dass ich diese Entscheidung getroffen habe. Ich bin gerne bereit, eine Auflistung über die Punkte nachzurütteln, die in der Vergangenheit schwerpunktmäßig nicht so wichtig waren. Dann können wir viel-

leicht in einer politischen Debatte darüber vortrefflich streiten.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Der nächste Fra gesteller ist Herr Brockes von der FDP.

(Zuruf von der SPD: Er hat schon dreimal gefragt!)

– Das ist die zweite.

Dietmar Brockes (FDP): Hätten Sie aufgepasst! Das war eben eine andere Fragerunde, egal! – Herr Minister, Sie haben eben gesagt, dass die Mittel für den hauptamtlichen Behindertenbeauftragten entsprechend durch den Haushalt getragen werden, dass dafür Personal an anderer Stelle abgezogen wird, um das Amt zu finanzieren.

Ich frage Sie, ob aufgrund dieses Werkvertrages, der bisher nicht Bestandteil des laufenden Haushalts war, konkret Projekte der Behindertenarbeit nicht durchgeführt werden können, um eben diese Stelle zu finanzieren.

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Mit einem Wort: nein. Ich habe eben darauf hingewiesen: Im Moment erfolgt die Finanzierung aus den Mitteln, die im Haushalt für die Behindertenbeauftragtenarbeit bereitgestellt worden sind. Es gibt kein Projekt, das nicht durchgeführt wird, weil der Behindertenbeauftragte des Landes jetzt hauptamtlich ist.

(Günter Garbrecht [SPD]: Sie haben keine Ahnung, darum stellen sie hier so blöde Fragen! – Gegenrufe von der FDP)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Frau Gebhard von der SPD.

Heike Gebhard (SPD): Herr Minister Schneider, teilen Sie meine politische Einschätzung aufgrund der hiesigen Diskussion ...

(Zurufe von der CDU)

– bitte? Ich versuche nur, mich ähnlich zu verhalten, Herr Laumann, wie Sie es gerade getan haben.

(Britta Altenkamp [SPD]: Frei gewählte Abgeordnete zweiter Klasse!)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Können Sie bitte Frau Gebhard die Möglichkeit geben, ihre Frage zu stellen?

Heike Gebhard (SPD): Ich wiederhole genau die Diktion, die Herr Laumann vorhin benutzt hat. Ich

denke, was Herrn Laumann recht ist, ist mir billig. Das kann ich genauso tun.

Ich komme noch einmal auf meine Frage zurück: Teilen Sie meine politische Einschätzung, dass die Beteiligten der letzten fünf Jahre in dieser Diskussion ausblenden, dass die vorhergehende Landesregierung in den letzten fünf Jahren alle politischen Beamten ohne Ausschreibung eingesetzt hat? Glauben Sie auch, dass dem Amt durch diese Diskussion, wenn Sie sich jetzt analog verhalten, dass dieses der Aufwertung des Integrationsbeauftragten durch eine Hauptamtlichkeit – ein Signal, das ins Land gesandt wird –, großer Schaden zugefügt wird?

(Manfred Palmen [CDU]: Er ist kein politischer Beamter!)

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Man könnte das Verhalten einiger Abgeordneter so interpretieren.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Als Nächstes fragt Herr Garbrecht.

(Günter Garbrecht [SPD]: Ich habe keine Fragen mehr! – Zurufe von der FDP)

– Herr Garbrecht zieht zurück. – Als Nächster und Letzter fragt Herr Lehne von der CDU.

Olaf Lehne (CDU): Herr Minister, Sie haben die Einkünfte für die Tätigkeit des Integrationsbeauftragten mit den Einkünften des Behindertenbeauftragten verglichen. Ihnen ist bekannt, dass nunmehr für den Integrationsbeauftragten eine Staatssekretärin bestellt ist. Ich nehme an, die Unterschiede der Bezüge sind Ihnen auch bekannt, nämlich zwischen dem, was der Integrationsbeauftragte bekommt und was ein Staatssekretär bekommt. Das ist eine Frage.

(Zurufe von der SPD)

Guntram Schneider, Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Ich muss Sie darauf hinweisen, dass die Staatssekretärin für Integrationsfragen nicht als Ersatz für den Beauftragten für Integration eingestellt worden ist. Ich muss nochmals deutlich machen, dass es keine zusätzlichen Stellen für Staatssekretäre in dieser Regierung im Vergleich mit der abgewählten gibt.

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Ich danke Herrn Minister Schneider für die Beantwortung der vielen Fragen zu der Dringlichen Anfrage 13.

(Minister Guntram Schneider: Hat Spaß gemacht!)

Wir sind am Ende der Fragestunde. Daher frage ich den Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Sternberg von der Fraktion der CDU, ob er in Bezug auf die

Dringliche Anfrage 14

mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden ist. Er ist nicht da? – Doch, Entschuldigung.

(Prof. Dr. Thomas Sternberg [CDU]: Schriftlich!)

– **Schriftlich.** (Siehe Anlage)

Ich frage den Abgeordneten Herrn Schemmer von der Fraktion der CDU, ob er mit der schriftlichen Beantwortung seiner Mündlichen Anfrage 3 einverstanden ist.

(Bernhard Schemmer [CDU]: Frau Präsidentin, ich weise darauf hin ...)

– Entschuldigung, Sie können nur Ja oder Nein sagen. Wollen Sie eine schriftliche Beantwortung oder wollen Sie sie auf die nächste Plenarsitzung verschoben haben?

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Frau Präsidentin! – Bernhard Schemmer [CDU]: ... Im Übrigen brauche ich keine Lehrerin, die mir erklärt, wie ich mich zu verhalten habe! – Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Also bevor das jetzt alle hier diskutieren ...

(Zuruf von der SPD: Das muss ja ein richtiges Trauma für Sie sein, Herr Schemmer! – Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Bei Anfragen, bei denen sich die Fragestellerin bzw. der Fragesteller mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt hat, ist die schriftlich zu Protokoll gegebene Antwort der Landesregierung der Fragestellerin bzw. dem Fragesteller und den Parlamentarischen Geschäftsführerinnen bzw. Geschäftsführern bis zum Ende der Plenarsitzung zuzuleiten. – Das trifft zu, wenn Sie sich vorher damit einverstanden erklärt haben.

Ansonsten wird Ihnen das zugeleitet, nachdem beantwortet worden ist, denn wir sind jetzt am Ende der Fragestunde. Und immer dann, wenn wir am Ende der Fragestunde sind, bedeutet das, dass ich Sie fragen muss, ob Sie mit der schriftlichen Beantwortung der Frage einverstanden sind.

(Zurufe)

Wenn Sie das nicht wünschen, dann wird sie auf die nächste Sitzung vertagt.

(Zuruf von Bernhard Schemmer [CDU] – Ge- genruf von der SPD: Was ist denn da so schwer dran, mit Ja oder Nein zu antworten? – Zuruf von der CDU: Lassen Sie ihn doch mal antworten!)

– Ich lasse ihn gerne antworten. Würden Sie bitte mal den Knopf für das Mikrofon drücken?

Bernhard Schemmer (CDU): Wenn wieder mal durch rechtlich und politisch sehr zweifelhafte Entscheidungen von Rot-Grün meine Frage, die lange vorliegt, zum zweiten Mal nicht beantwortet ist, lasse ich mir das Recht auf eine Nachfrage nicht nehmen. Deshalb wird sie erneut zurückgestellt. –

(Zuruf von der SPD: Also ja! – Weiterer Zuruf von der SPD: Das liegt doch an Ihnen, dass die nicht beantwortet wird! – Fortgesetzt Zurufe von SPD und CDU – Große Unruhe)

Vizepräsidentin Gunhild Böth: Also soll die

Mündliche Anfrage 3

in der nächsten Sitzung beantwortet werden?

(Bernhard Schemmer [CDU]: Ganz genau das heißt das! – Zurufe von der SPD)

– **Mündlich.**

(Zuruf von der SPD: Was ist das denn für eine Methode! Meine Güte! – Anhaltende Unruhe – Glocke)

Können wir vielleicht zum geordneten Betrieb zurückkehren?

(Britta Altenkamp [SPD]: Hier ist ganz schön viel Testosteron!)

Mündliche Anfrage 5

des Abgeordneten Dr. Brinkmeier von der Fraktion der CDU aus der letzten Fragestunde. Sind Sie einverstanden, dass das schriftlich beantwortet wird?

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Beim nächsten Mal, bitte! – Zuruf von der SPD: So einfach ist das!)

– **Mündlich.**

Mündliche Anfrage 7

von Herrn Hafke, Abgeordneter der FDP. Sind Sie mit einer schriftlichen Beantwortung einverstanden?

(Marcel Hafke [FDP]: Schriftlich!)

– **Schriftlich.** (Siehe Anlage)

Mündliche Anfrage 8

des Herrn Abgeordneten Krautscheid von der Fraktion der CDU. Sind Sie mit der schriftlichen Beantwortung einverstanden?

(Andreas Krautscheid [CDU]: Nein! Mündlich!)

– **Mündlich**, also in der nächsten Sitzung.

Mündliche Anfrage 9

des Herrn Abgeordneten Engel von der Fraktion der FDP.

(Zuruf von der SPD: Der ist schon zu Hause!)

Herr Engel ist nicht da. Aber ich denke, Herr Witzel kann die Frage beantworten, ob es schriftlich beantwortet werden darf.

(Ralf Witzel [FDP]: Der Kollege Engel hat mich gebeten und beauftragt, für beide Mündlichen Anfragen, die er gestellt hat, hier mitzuteilen, dass er sie gern in der nächsten Fragestunde behandelt haben möchte!)

– Danke, Herr Witzel. Also **mündlich**.

Also rufe ich auch die

Mündliche Anfrage 10

auf und erkläre, dass sie ebenfalls **mündlich** beantwortet wird.

Ich rufe auf die

Mündliche Anfrage 11

von Frau Pieper-von Heiden von der Fraktion der FDP. Sind Sie mit der schriftlichen Beantwortung einverstanden?

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich hätte gern eine mündliche Beantwortung, Frau Präsidentin!)

– Danke sehr, also in der nächsten Sitzung **mündlich**.

Damit haben wir auch diesen Tagesordnungspunkt abgearbeitet. Ich **schließe** die **Fragestunde**.

Wir kommen zu

6 Ganztagsangebot bedarfsgerecht weiter ausbauen – Flexibilisierung an weiterführenden Schulen ermöglichen

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 15/218

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat für die antragstellende Fraktion Frau Pieper-von Heiden.

(Vorsitz: Präsident Eckhard Uhlenberg)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Zahlen sprechen für sich: Ganztag an 95 % der Gesamtschulen, an rund 50 % der Hauptschulen, aber nur an gut einem

Fünftel oder – könnte man auch sagen – knapp einem Viertel der Gymnasien und Realschulen. Der Ganztagsausbau muss nach Auffassung der FDP beherzt weitergehen, aber eben nicht zuerst an den Schulformen, die bereits zu fast 100 % im Ganztag sind. Es kann nicht sein, dass die Ganztagsprivilegien der Gesamtschulen wieder eingeführt werden. Es ist zutiefst unfair, wenn Sie als Lockmittel für Ihre sogenannte Gemeinschaftsschule einen automatischen Ganztag versprechen.

Meine Damen und Herren, unter FDP-Regierungsbe teiligung haben wir mit der Hauptschuloffensive und der Ganztagsoffensive für Realschulen und Gymnasien einen in NRW einzigartigen Schub für den Ganztag ermöglicht. Wir haben die Schulformen ausgebaut, die SPD und Grüne neben den Hauptschulen jahrelang vernachlässigt haben. Der Ausbau von 216 Schulen spricht für sich.

Aus den Kommunen hören wir aber auch, wo es hakt. An vielen Schulen gibt es Eltern, die den Ganztag wünschen. An derselben Schule wünschen sich andere Eltern jedoch weiterhin den Halbtag. Deswegen müssen wir das Ganztagsangebot flexibilisieren. Zukünftig sollte an einzelnen Schulen ein Halbtags- und ein Ganztagsangebot möglich sein. Haben wir beispielsweise an einer Schule vier Züge, können zwei im Ganztag laufen, zwei im Halbtag. Dieses flexible Angebot wünschen sich nämlich viele Eltern. Wir sollten es schnellstmöglich umsetzen.

Bei begrenzten Ressourcen müssen wir den Ganztag zunächst an Gymnasien und Realschulen weiter ausbauen, die nach wie vor im Umfang des Ganztags hinterherhinken: Nur rund 22 % bzw. 23 % werden bislang im Ganztag geführt. Aber die ersten Ankündigungen von Rot-Grün zum Ganztagsausbau sind nichts als ein Revival von Diskriminierung einerseits und Bevorzugung andererseits.

(Beifall von der FDP)

Dabei ist verblüffend, was Rot-Grün plötzlich alles an Gemeinschaftsschulen möglich macht: Alle Gemeinschaftsschulen sollen in der Regel automatisch den Ganztag bekommen, möglichst gebunden, aber auf Wunsch auch als offenes Ganztagsangebot. Wenn es um rot-grüne Lieblingsschulformen geht, ist Ihnen offenbar kein Privileg zu peinlich.

Der Journalist Rainer Burger hat in der „FAZ“ vom 27.09.2010 – nach meiner Auffassung völlig zu Recht – die unfaire Schulpolitik von Grünen und SPD in der Vergangenheit beschrieben und konstatiert – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten –

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Schmeltzer zulassen?

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Am Schluss, bitte. – Ich hole mir gerade vom Präsidenten die Genehmigung für ein Zitat ein. Ich wiederhole, was Rainer Burger in der „FAZ“ gesagt hat:

„Und auch heute zeichnet sich wieder ein gezielt gesteuerter Verdrängungswettbewerb ab.“ – Rot-Grün macht genau da weiter, wo sie bei ihrer Abwahl 2005 aufgehört haben, nur gehen sie dieses Mal noch forscher vor. Der automatische Ganztag für Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen ist der Spiegel für ihr Gerechtigkeitsverständnis.

Das finden wir nicht in Ordnung. Die anderen Schulformen müssen die gleiche Chance haben.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die Schulen finden das in Ordnung!)

Nachdem sie so viele Jahre vernachlässigt worden sind, muss man dort genauso beherzt, zügig und umfassend vorgehen, wie die FDP das in der letzten Legislaturperiode gemacht hat.

Das Schöne an unserem Politikfeld, der Bildungspolitik, ist doch, dass wir um die besten Chancen für Kinder ringen dürfen. Vielleicht sollten Sie sich diesen Gedanken einmal zu eigen machen, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen der Regierungskreationen. Es ist fraktionsübergreifend unsere Aufgabe, für alle Kinder und Jugendlichen das Beste zu erreichen. Es ist nicht unsere Aufgabe, einige wenige Schüler an bestimmten Schulformen zu bevorzugen und dafür die Mehrheit der Schüler zu diskriminieren.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Au weia!)

Da müssen Sie wirklich Ihr nach meiner Auffassung doch sehr selektives Gerechtigkeitsverständnis ablegen und die andere Brille aufsetzen.

Meine Damen und Herren, die FDP will den bedarfsgerechten Ganztagsausbau fortsetzen. Den geringsten Ausbaustand haben nach wie vor die Gymnasien und Realschulen. Zwar konnten wir unter unserer Verantwortung in der letzten Legislatur quasi eine Verdoppelung erreichen; das war aber nur ein Anfang. Wir müssen an der Stelle weiter machen und weiter vorankommen.

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Wir müssen Ihre Schlampe ausbaden!)

– Auch andere Schulformen sollen natürlich von mehr Ganztagsangeboten profitieren, Herr Link. Aber dafür müssen wir zunächst den wirklichen Bedarf, nicht den ideologischen Bedarf in den Mittelpunkt stellen. Es darf keinen Automatismus für einzelne Schulformen geben. Ein rot-grünes Ganztagsprivileg für Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen lehnt die FDP entschieden ab.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Sören Link [SPD]: Vereinzelter Beifall bei der FDP!)

Frau Ministerin Löhrmann, eines möchte ich Ihnen noch mit auf den Weg geben: Auch wenn Sie Nebelkerzen werfen, wissen wir doch alle, dass Ihr wahres Ziel nicht 30 %, sondern 100 % Gemeinschaftsschulen in NRW sind. Sollen dann alle Gemeinschaftsschulen automatisch den Ganztag bekommen? Wie, Frau Ministerin, wollen Sie auf diese Weise eigentlich noch dem Elternwillen und den Vorgaben der Verfassung entsprechen, wenn es nach Ihrer Logik gar keinen Halbtag mehr gibt?

Ich bitte Sie, darüber einmal intensiv nachzudenken und tatsächlich ein bisschen gerechter in der Ganztagsfrage vorzugehen, wie wir das in der letzten Legislaturperiode zu heilen versucht haben und uns dies in einem großen Aufschlag gelungen ist.

(Lachen von Sören Link [SPD])

Jetzt gerne die Zwischenfrage.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Das hat sich erledigt.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Hat sich erledigt? – Prima, wenn das so klar war. Danke schön.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Wiedon das Wort.

Stefan Wiedon (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist meine erste Rede. Für einen neuen Abgeordneten ist es immer ein Traum, am Freitag zum letzten Tagesordnungspunkt zu sprechen.

(Allgemeiner Beifall)

– Vielen Dank für den freundlichen Applaus. Wenn Sie mir hinterher auch noch applaudieren, hat das Ganze eine schöne Abrundung genommen.

Ganztagsschulen, meine Damen und Herren, werden mehr. Das ist unübersehbar. Die Zahl der Ganztagsschulen ist in den letzten Jahren in allen Schulformen stetig gestiegen. Bei Grund- und bei Hauptschulen hat sich die Zahl seit 2002 bundesweit verdoppelt. Bei Förderschulen sind es mittlerweile über 60 %. Der alten Landesregierung ist es zu verdanken, dass wir beim Ausbau von Ganztagsschulen bei Gymnasien und Realschulen inzwischen bei über 20 % angekommen sind, da diese Schulzweige – das muss man deutlich sagen – durch Rot-Grün vernachlässigt worden sind.

(Renate Hendricks [SPD]: Gucken Sie doch ein bisschen in die Geschichte rein!)

Bei Gesamtschulen beträgt die Quote über 95 %. Heute hat sich die Ganztagsschule in Deutschland

etabliert. Sie ist kein bildungspolitischer Streitfall mehr. Sie ist ein Angebot, in dem viel bildungspolitische Erwartung steckt. Das zeigt: Das Bildungssystem entwickelt sich strukturell ständig weiter. Diese Entwicklung ist umso fruchtbare, je stärker sie sich am konkreten Bedarf vor Ort orientiert. Ganztagsschulen sind als Angebot des Landes an die Eltern zu verstehen, die Berufstätigkeit und die Bildung ihrer Kinder vereinbaren müssen.

Die Idee der Ganztagsschule ist nicht, Kinder irgendwie zu beschäftigen oder zu versorgen. Die Idee der Ganztagsschule ist auch nicht, einfach mehr vom selben zu bieten, nach dem Motto: Viel hilft viel. Die Idee ist vielmehr, Raum für individuelle Förderung zu gewinnen, für Bildung und Erziehung.

(Beifall von der CDU, von der SPD und von den GRÜNEN)

Die Realisierung von Ganztagsschulen liegt in der Verantwortung des Landes. Es entscheidet über die Schwerpunkte und über die Vergabe der Mittel. Die Kommunen und Schulträger sind es, die ihren Bedarf formulieren und die Anträge stellen müssen. Schließlich ist es die einzelne Schule, die mit ihrem Konzept überzeugen muss.

Wo Bildung im hohen Maße vor Ort verantwortet wird und sich an den ganz konkreten Ausgangsbedingungen und Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen orientiert, profitiert auch das Bildungssystem als Ganzes. Alle erfolgreichen Steuerungsmechanismen im Bildungsbereich stärken die lokale Verantwortung, setzen auf Eigenständigkeit und Selbständigkeit.

Es ist zumindest zu befürchten, dass die neue Minderheitsregierung die notwendige Gleichbehandlung zunichte macht und den Ganztagausbau auf das Modell der Gemeinschaftsschule konzentriert. Es ist zumindest zu befürchten, Frau Beer.

(Beifall von der CDU)

Dies wäre zutiefst unfair, denn das Recht auf Ganztagsangebot haben alle Kinder an allen Schulformen. Es muss daher darauf geachtet werden, dass die Landesregierung den Ausbau von Ganztagsschulen bedarfsgerecht weiterführt.

Ganztagsschulen müssen nicht nur dort angeboten werden, wo Programme getestet werden, sondern auch dort, wo die Nachfrage stark ist. Ganztagsschulen müssen im Rahmen aller weiterführenden Schulzweige zur Verfügung stehen, damit auch zukünftig Eltern und Kinder aller Schulformen auf eine Ganztagsbetreuung und Bildung zurückgreifen können.

(Beifall von der CDU)

Wenn die Landesregierung den Ausbau der Ganztagsschulen nur auf Gemeinschaftsschulen kon-

zentriert, dann werden nicht nur andere Schulzweige geschwächt, sondern der Bildungsstandort Nordrhein-Westfalen als Ganzes. Das gilt es zu verhindern. Nordrhein-Westfalen muss den bisherigen Kurs zum Wohle der Kinder und ihrer Familien weiter ermöglichen.

Die CDU-Landtagsfraktion wird sich jedenfalls immer dafür einsetzen, dass auch zukünftig der Ganztagausbau bei allen Schulformen gewährleistet wird. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU, von der FDP und von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion hat das Wort die Abgeordnete Frau Preuß-Buchholz.

Iris Preuß-Buchholz (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da fragt man sich doch: Was soll dieser Antrag? Denn in diesem Hohen Haus ist doch eigentlich niemand gegen den Ausbau des Ganztages. Jetzt sind sogar Sie von der CDU und von der FDP dafür. Vor Jahren sah das noch ganz anders aus. Aber ich gestehe Ihnen ja zu, dass Sie dazu gelernt haben.

Was Sie aber hier versuchen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP ist nichts weiter, als möglichst viel Unruhe in die aktuellen Bestrebungen der Landesregierung zu bringen, im Schulbereich endlich eine solide Schulpolitik zu betreiben, die sich an den wirklichen Bedürfnissen der Kinder und Eltern ausrichtet

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

und bei der alle Beteiligten mitgenommen werden.

Bei Ihrem Antrag kann man durch nur den alten Ricola-Spruch zitieren: „Wer hat es erfunden?“ Bei dem Prozess, auf vernünftige Weise einen offenen Ganztag hier in Nordrhein-Westfalen zu installieren, ist die SPD mit unserer Ministerin Ute Schäfer Vorreiterin gewesen. Da brauchen wir nicht Ihren Antrag, um an diesem Thema weiterzuarbeiten.

(Beifall von der SPD)

Das ist selbstverständlich, da es schon immer unser Anliegen war.

Wer auf Bundesebene das Betreuungsgeld einführen will, ist doch in der Realität immer noch nicht angekommen und hat immer noch nicht begriffen, was Eltern wollen und Kinder wirklich brauchen.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Sie haben doch, als Sie hier mitregiert haben, eine Schulform der anderen vorgezogen, indem Sie viel Geld in eine Hauptschulkampagne gesteckt haben.

Und dann wurde diese Schulform trotzdem nicht mehr nachgefragt, weil es eben nicht an dem fehlenden Ganztag lag, sondern an den fehlenden Zukunftsperspektiven.

Wenn Ihnen das so wichtig war, was Sie jetzt hier in diesem Antrag vertreten, fragt man sich: Warum haben Sie es nicht umgesetzt, als Sie mit am Kabinettstisch gesessen haben? Ich darf Sie daran erinnern, dass die SPD-Fraktion mit dem Antrag Drucksache 14/8078 die damalige Landesregierung aufgefordert hat, ihr Ganztagskonzept so zu flexibilisieren, dass es den Kommunen und den Schulen ermöglicht wird, den Ganztag nach örtlichen Begebenheiten und Bedarf einzuführen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Wir wollten schon immer eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und einen bedarfsgerechten Ganztag, aber für alle Schulformen. Nachdem sich das Programm in den Grundschulen bewährt hatte, sollte es an allen weiterführenden Schulen in Nordrhein-Westfalen weiterentwickelt werden.

Gestern ist von der Ministerin in der Aktuellen Stunde sehr deutlich gemacht worden, dass auch der Ganztag an Gymnasien weiter ausgebaut werden wird, weil auch dort natürlich durch die dilettantische Einführung des G8 noch größerer Handlungsbedarf besteht. Wir wollen eine Schule des Lernens und des Lebens. Dafür ist an allen Schulformen der Ganztag sinnvoll. Wir setzen auf Kooperation, wir setzen auf das Gespräch und wir setzen auf maßgeschneiderte Lösungen.

Zu Ihrer Zeit mussten die neugegründeten Gesamtschulen ohne Ganztag starten, weil er ihnen verwehrt wurde. Rot-Grün wird nun dafür sorgen, dass Schulen, die den Ganztag wollten, auch den Ganztag bekommen. Die Entscheidungen, wie und auf welche Weise es den Ganztag gibt, können in Abstimmung aller vor Ort getroffen werden. Wichtig ist, dass dort, wo Ganztag draufsteht, auch Ganztag drin ist, und zwar mit der notwendigen Kooperation mit Jugendhilfe, mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sport und Kultur, und nicht ein Ganztag light.

Wir brauchen Ganztagschulen, die für Kinder und Jugendliche ein gutes Lernklima bieten, dass sie sich gerne in der Schule aufhalten, Bibliotheken benutzen, Kurse und Angebote für eine individuelle Förderung gerne annehmen. Wir brauchen Ganztagschulen, die man nicht fluchtartig wieder verlässt, weil die räumliche Umgebung überhaupt nicht zum Lernen motiviert. So haben wir unser Programm schon immer verstanden. Aber wir können das gerne im Schulausschuss noch detaillierter diskutieren und stimmen deshalb der Überweisung zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun Frau Abgeordnete Beer das Wort.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe kurz vor dem Wochenende verbliebenen Kolleginnen und Kollegen!

(Allgemeine Heiterkeit)

In der letzten Legislatur hatte die Ministerin noch im Kopf, beim G8 samstags Unterricht anzubieten.

(Ralf Witzel [FDP]: Für die, die das wollten, Frau Beer!)

Sie hat sich dann auch für eine Ganztagsinitiative entschieden, und das war auch gut so.

Ich bedanke mich für den Beitrag von Herrn Wieden; das möchte ich hervorheben.

(Beifall von der SPD)

Er hat hier eine Fachdebatte geführt und nicht in unsäglicher Weise wie Frau Pieper-von Heiden gesprochen, was sich leider auch in der Qualität des Antrags widerspiegelt.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Der Antrag hat drei Facetten, die ich gerne aufgreifen will.

Erstens geht es um das Abfeiern der eigenen Regierungstätigkeit und der Regierungsbeziehung. Das ist Antragsritual und auch so weit in Ordnung. Ich finde nur, dass es dieses Thema wirklich verdient hätte, dass man es in der Breite betrachtet und bei dem anfängt, was das Land vorher getan hat und was vor allem auch die rot-grüne Bundesregierung mit dem Investitionsprogramm von 4 Milliarden € initiiert hat. Das war der große Auftakt für die Entwicklung der offenen Ganztagschule. Das war der eigentliche Schub.

Wir sollten uns einig sein, dass wir in der Bundesrepublik ein Ganztagschulentwicklungsland sind und noch sehr viel investieren müssen, wenn wir wirklich die Herausforderungen stemmen und bewältigen wollen. Dabei ist in der Tat sehr fatal, dass die Föderalismusreform die Kooperation zwischen Bund und Ländern unterbunden hat. Denn wir brauchen weitere Unterstützung durch den Bund, wenn wir Ganztagschulen so offensiv entwickeln wollen.

Ich bin übrigens ganz glücklich, dass viele Kontakte ins Land bestehen. Frau Ministerin Löhrmann hat gestern darauf hingewiesen, dass nicht nur Bürgermeister und Landtagsabgeordnete der CDU das Thema Gemeinschaftsschule gerne positiv begleiten möchten. Es gibt auch Vorsitzende eines Schulausschusses von der FDP, die in gleicher Weise agieren und den Kontakt suchen. Von daher ist die Wahrnehmung dessen, was die Landtagsfraktion fabriziert und was vor Ort gemacht wird, doch immer wieder erstaunlich und erfrischend anders.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

Der zweite Teil des Antrags beschäftigt sich mit der bekannten Neurose in Bezug auf Gesamt- und zusätzlich Gemeinschaftsschule, die immer wieder von der FDP produziert wird. Das zeigt leider auch, dass Sie nie fachlich begriffen haben, dass der Gesamtschule ein pädagogisches Konzept zugrunde liegt, das grundsätzlich vom Ganztag ausgeht.

Der Ganztag ist ein Bildungskonzept – Herr Wiedon hat auch darauf hingewiesen –, bei dem es eben nicht nur um Betreuung und Versorgung geht. Er ist vielmehr ein pädagogisches Gefäß, das es möglich macht, anders zu unterrichten, eine andere Schulorganisation herbeizuführen und insgesamt ein anderes Bildungskonzept anzulegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Nicht jede rot-grüne Gesamtschule war früher im Ganztag!)

Deshalb gehört der Ganztag zur Gesamtschule. Deshalb gehört der Ganztag konzeptionell auch zur Gemeinschaftsschule.

(Ralf Witzel [FDP]: Welch subtile Begründung für Ressourcenprivilegien!)

Immer mehr Schulen anderer Schulformen entwickeln für sich dieses pädagogische Verständnis und legen Wert darauf, am Ganztag teilnehmen zu können. Es ist auch das Programm der jetzigen Landesregierung, den Ganztag weiter zu ermöglichen. Es gibt keine Restriktion. Aber dann muss es auch ein solches pädagogisches Konzept geben. Es muss sich in der pädagogischen Landschaft und bei den Schulen durchsetzen, dass es auch im offenen Ganztag eine Verbindung geben muss, um pädagogisch multiprofessionell zusammenzuarbeiten. Diese Entwicklungslinie sollten wir gemeinsam verfolgen.

Mir ist ganz wichtig, dass wir bei der Ganztagschulentwicklung auch Regelungslücken aufnehmen. Das Thema „Inklusion“ ist in der Fragestunde eben angesprochen worden. In der offenen Ganztagsgrundschule geht es zum Beispiel um das Thema, wie Kinder mit Behinderungen integriert sind. Hier haben wir im Augenblick eine Rechtslücke. Ich bitte sehr intensiv darum, dass wir das hinbekommen.

(Ralf Witzel [FDP]: Eine Rechtslücke?)

– Herr Witzel, das ist Ihnen alles nicht bekannt. Die Kinder sind zum Teil nur aufgrund des guten Willens aller Beteiligten im Ganztag. Daran müssen wir arbeiten. Inklusion gehört nicht nur in den Vormittag.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Sie ist ein Gesamtangebot der Anforderungen an die Schule. Das betrifft auch den Ganztag. Dabei handelt es sich um eine der zusätzlichen Aufgaben. Die UN-Konvention zur Inklusion ist in der Tat schon eine ganze Weile in der Landschaft.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Eben!)

Aber der konkrete Umsetzungsplan erfordert jetzt sehr viel intensive Arbeit und ein Zusammensehen auf allen Ebenen: beim Inklusionsplan auf Landes- und kommunaler Ebene. Dafür sind Ressourcen notwendig, um ordentlich und konzeptionell gut zu arbeiten.

Die dritte Facette im Antrag ist ein bisschen Fachlichkeit. Er ist aber doch sehr von der ideologischen Käseglocke geprägt, unter der die FDP-Landtagsfraktion leider sitzt. Das zeigt der Duktus.

(Lachen von Ralf Witzel [FDP] – Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich esse gar keinen Käse! Ich bin allergisch dagegen!)

– Das macht nichts. Man kann trotzdem unter einer Käseglocke sitzen. Man sieht ganz deutlich, dass Sie sich nicht bewegt haben

(Lachen von Ralf Witzel und Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] – Sören Link [SPD]: Man hört es auch!)

und leider immer noch die alten Muster bedienen. Das ist doch nicht im Sinne der Sache.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ich esse keinen Käse! Käse macht mich krank!)

– Wenn Sie ohne Käse unter der Käseglocke sitzen, wundert mich das nicht. Das zehrt weiter aus. Sie sollten daran arbeiten, da herauszukommen an die frische politische Luft, Frau Pieper-von Heiden, damit Sie mal wahrnehmen, wie die Bedarfe im Land sind. Die Debatten, die Sie wie mit Ihrem ersten Beitrag führen, sind die Leute so etwas von leid.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von der LINKEN)

Das merken Sie doch auch in Ihren Umfragewerten zur politischen Bewertung. Ich will es nicht noch einmal sagen, aber, Frau Pieper-von Heiden: Sie sind für die verfehlte Politik abgewählt worden, die Sie hier in den letzten Jahren fabriziert haben und die Sie jetzt versuchen weiterzuspinnen.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Im Gegensatz zur SPD haben wir 0,6 % zugelegt!)

Aber es ist Ihre Verantwortung, das politische Ergebnis auch einzufahren, wenn Sie so weitermachen. Das kann uns nur gelegen sein.

Mir ist aber an einer fachpolitischen Debatte und daran gelegen, dass wir den Ganztag gemeinsam weiterentwickeln, damit das gut gelingt. Es ist im Übrigen auch ein Anliegen der Bildungskonferenz gewesen – so habe ich es verstanden –, dass wir an einem Strang ziehen.

Alle, die einen Bedarf haben – so haben Sie es formuliert –, sollen zu ihrem Recht kommen und es entwickeln können. Sie verdienen vom Land alle Unterstützung dafür. Sie verdienen aber nicht sol-

che etwas verqueren, fachpolitisch unsauber und ideologisch besetzten Anträge wie diesen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Lachen von Ralf Witzel und von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Böth das Wort.

Gunhild Böth (LINKE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der FDP möchte ich jetzt nicht bewerten. Vielmehr kommentiere ich die einzelnen Punkte.

Sie sagen, bisher seien Schulformen diskriminiert worden. Ich habe an einer Schulform unterrichtet, die Ihnen besonders am Herzen liegt, nämlich an einem Gymnasium, und zwar

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Ja!)

– das werden Sie nicht glauben – an einem Ganztagsgymnasium.

(Ralf Witzel [FDP]: Uns liegen alle Schulformen am Herzen!)

Dieses ist schon ganz lange Ganztagsgymnasium,

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Das ist doch gut!)

und welche Schule auch immer den Ganztag einführen wollte, konnte dies auch tun.

(Ralf Witzel [FDP]: Unter Schwarz-Gelb, aber nicht vorher!)

Die Frage ist nur: Warum wollten die anderen Schulen keinen Ganztag? Warum haben sie keinen Antrag gestellt?

(Beifall von der LINKEN)

Es ist niemand diskriminiert worden. Vielmehr wurden Ganztagsgymnasien, die nämlich auch Kinder beschulten, deren Eltern meinten, dass sie in einer zusätzlichen pädagogischen Betreuung in der Schule besser aufgehoben seien, von den anderen eher etwas herablassend betrachtet. Man war eigentlich die bessere Schule, wenn man keinen Ganztag hatte. Es gab in Wuppertal auch den Spruch: Das Johannes-Rau-Gymnasium ist die Gesamtschule unter den Gymnasien. – Und wenn man sich so etwas an Gymnasien erzählt, dann ist das nicht positiv gemeint.

(Lachen und Beifall von Ralf Witzel [FDP]: Bravo! Da haben die Linken schon Erkenntnisse, die den Grünen noch fehlen!)

Ich habe mich extra an der Schule beworben, weil sie diesen Ruf hatte.

Der Landtag stellt fest – sagen Sie –, dass in der vergangenen Legislaturperiode das gebundene Ganztagsangebot massiv ausgeweitet wurde. Das stimmt. Es ist ausgeweitet worden. Ob es massiv ausgeweitet wurde, darüber kann man streiten. Aber das ist jetzt egal. Schließlich wollen wir uns jetzt nicht auf Kleinigkeiten kaprizieren.

Weiter heißt es in Ihrem Antrag: Der Landtag stellt fest, dass der bedarfsgerechte Ganztagsausbau fortgesetzt werden muss. – Auch das stimmt. Das Problem war nur: Er war leider, was die offenen Ganztagsgrundschulen anging, in der letzten Legislaturperiode gedeckelt. Ich saß im Rat der Stadt Wuppertal und war dort auch im Schulausschuss aktiv. Ich kann Ihnen sagen, wie viele Anrufe und wie viele Schreiben mich erreichten, ob man nicht eine zusätzliche Gruppe einführen könnte. Die Eltern haben uns die Bude eingerannt, aber es ging nicht.

Dann kommt Ihr dritter Punkt:

„Der Landtag stellt fest, dass es sich bei dem Ganztagsausbau um Angebote handeln muss und sich kein Zwang zum Besuch von Ganztagsschulen entwickeln darf, um Eltern auch zukünftig Wahlmöglichkeiten zu erhalten.“

Frau Pieper-von Heiden, ich sehe ganz neue Koalitionen auf uns zukommen. Denn ich habe gerade einen Antrag in den Schulausschuss eingebracht, der das Elternwahlrecht für die Sekundarstufe I fordert. Das bedeutet doch, dass Sie jetzt der Aufhebung der verpflichtenden Grundschulgutachten zustimmen müssen, sodass die Eltern wieder die Wahlmöglichkeit haben.

(Lachen von der FDP)

Sonst können Sie doch gar nicht umsetzen, was hier steht.

(Beifall von der LINKEN und von der SPD)

Und beim zweiten Punkt kaprizieren

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Das hat sie nicht verstanden!)

Sie sich insbesondere auf die Möglichkeit der Flexibilisierung des Ganztagsangebots.

Also, ich probiere es noch einmal: Ich war an einem Gymnasium mit Ganztag. Da hat man von G8 und den damit zusammenhängenden Problemen nicht so schrecklich viel gemerkt, weil der Ganztag bereits lief. Nur, ich stelle mir vor, Eltern wären gekommen und hätten gesagt: Wir möchten nur den Halbtag. – Erklären Sie mir, wie Sie zurzeit G8 im Halbtag fahren wollen. Es haben im Rahmen des Konjunkturpakets II nämlich ausgerechnet die Kommunen Mittel erhalten, die die Übermittagsbetreuung usw. insbesondere an den Gymnasien verbaut haben. Das bedeutet, dass G8 gar nicht ohne Ganztag gefahren werden kann.

(Beifall von der LINKEN)

Wenn Sie jetzt hineinschreiben, die Eltern sollen zwischen dem einen und dem anderen wählen können, dann streuen Sie den Eltern schlicht und ergrifend Sand in die Augen.

(Sören Link [SPD]: Das hat die FDP noch nie gestört!)

Und deshalb ist das, was Sie hier abgeliefert haben, fachlich nicht besonders qualifiziert; da muss ich mich der Kollegin Beer anschließen. Ich hoffe jetzt hinsichtlich der Frage der freien Schulwahl sehr auf Ihre Unterstützung im Schulausschuss. Ich bin sehr gespannt. – Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden.

(Beifall von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie die meisten hier im Hause freue ich mich, dass wir uns weitgehend darüber einig sind, dass wir den Ganztag in allen Schulformen ausbauen müssen; der Bedarf ist schließlich offensichtlich.

Heute besuchen über 30 % der Schülerinnen und Schüler eine Ganztagschule. Auch über die Ziele des Ganztags sollten wir uns verständigt haben: Ganztagschulen sorgen für die bessere Vereinbarung von Familie und Beruf. Ganztagschulen bieten eine umfassende Bildungsförderung. Im Ganztag können Kinder und Jugendliche ihre Begabungen und Interessen, die zu Hause aus welchen Gründen auch immer nicht gefördert werden, entdecken und entfalten. Ganztag ist – darauf habe ich auch schon als Oppositionspolitikerin hingewiesen – ein durchaus probates Mittel zur angemessenen Bewältigung des verkürzten Bildungsgangs G8 am Gymnasium. Ganztagschulen unterstützen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder.

Ganztagschulen sind ein nicht mehr wegzudenkendes Element regionaler Bildungslandschaften. Denn in Ganztagschulen ist eines passiert – und das ist fast der größte Gewinn: – In Ganztagschulen arbeiten Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport und viele weitere Partner verlässlich zusammen. Damit hat sich Schule verändert. Damit ist eine andere Schulkultur entstanden, und das ist aus unserer Sicht, aus Sicht der Landesregierung, sehr wichtig.

Meine Damen und Herren, es gab in Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Entwicklungsstränge für den Ganztag. Der Auf- und Ausbau der offenen Ganztagschule seit 2003, den SPD und Grüne nach Vorliegen der ersten PISA-Studie auf den Weg gebracht haben, war ein Quantensprung. Denn damit wurden die vorherigen Angebote „Schule von acht bis eins“, „13plus“ und viele andere Fördertöp-

fe, die nur sehr bürokratisch zu bewirtschaften waren, zusammengeführt und im Sinne der Pauschierung ein flexibles und gut anwendbares Instrument geschaffen und umgesetzt.

Zweitens gab es das milliardenschwere Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ des Bundes, das SPD und Grüne 2003 gemeinsam mit den Ländern auf den Weg gebracht haben. Und obwohl CDU und FDP das bekämpft haben, haben sie trotzdem im Sinne der Kinder und des weiteren Ausbaus von diesen Mitteln auch weiterhin profitiert.

Meine Damen und Herren, ich begrüße es sehr, dass Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, diesen Weg in der letzten Legislaturperiode fortgesetzt und auch in der Sekundarstufe I den Ganztag vorangebracht haben. So weit, so gut.

Leider muss ich jedoch im Antrag der FDP einige Unterstellungen entdecken, die ihm leider einen etwas unangenehmen Beigeschmack verleihen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Käseglocke! – Rüdiger Sagel [LINKE]: Käse!)

Deshalb stelle ich noch einmal klar: Selbstverständlich garantieren wir allen Ganztagschulen, die in der vergangenen Legislaturperiode eingerichtet worden sind, den weiteren Aufwuchs. Selbstverständlich werden wir den Ganztag an allen Schulformen weiter ausbauen. Keine Schulform soll benachteiligt werden. Aber, meine Damen und Herren von der FDP, der Ganztag eignet sich nicht als trojanisches Pferd für eine Debatte über Ihre Vorbehalte gegen die Gemeinschaftsschule.

Ich möchte in diesem Zusammenhang exemplarisch drei Versäumnisse der abgewählten schwarzgelben Regierung nennen:

CDU und FDP haben 2006 zwar die Lehrerstellenanteile der offenen Ganztagsgrundschule verdoppelt. Die Fördersätze der offenen Ganztagsgrundschulen haben sie aber trotz deutlicher Tarifsteigerungen auf dem Stand belassen, auf dem sie die Fördersätze 2005 vorgefunden haben. Dies hat zu Qualitätseinbußen und zur Reduzierung von Öffnungszeiten geführt.

Ich wundere mich, dass zu dem Thema „offene Ganztagsgrundschule“ – das ist die Schule, die alle Kinder erreicht – in Ihrem Antrag nichts zu finden ist, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Zweiter Punkt: CDU und FDP haben die Eltern, die ihre Kinder in einer der neuen Gesamtschulen angemeldet haben, systematisch benachteiligt. So wohl die Eltern als auch die Schulen wollten den Ganztag haben. Sie haben ihnen den jedoch aus ideologischen Gründen verwehrt; anders kann ich das nicht beschreiben. Dabei ging es nur um eine sehr geringe Zahl von Schulen.

Dritter Punkt: CDU und FDP haben zwar die Bildungspauschale erhöht, die Mittel aber aus der den Kommunen ohnehin zustehenden Investitionspauschale abgezweigt. Letztlich haben sie mit diesen Mechanismen die Kommunen an dieser Stelle alleingelassen.

Meine Damen und Herren, die neue Landesregierung will den Ganztag ausbauen. Dabei stellen wir uns auch den von Ihnen verursachten Problemlagen. Wir werden mit dem Nachtragshaushalt 2010 die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Die von Ihnen benachteiligten Eltern von Kindern an Gesamtschulen erhalten kurzfristig den gewünschten Ganztag.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch ein Wort zu den Gesamtschulen und Gemeinschaftsschulen als Ganztagschulen sagen. Diese Schulen stehen mit einer bewusst auf Heterogenität und Vielfalt und Verschiedenheit setzenden Schülerschaft vor besonderen Herausforderungen. Der Ganztag ist in diesen Schulen daher keine Privilegierung; er ist vielmehr eine angemessene Unterstützung zur Erfüllung dieses besonders gesetzten pädagogischen Auftrags, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Herr Witzel, ich finde es bemerkenswert – das haben wir in den letzten Tagen verfolgt –, dass Sie im Zusammenhang mit Schule und Bildungsausgaben von „Subvention“ sprechen.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Das ist peinlich!)

Ich finde das eine merkwürdige Begrifflichkeit.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Für uns ist Bildung, gute Bildung ein Menschenrecht, und daher ist die Erfüllung des Bildungsauftrags, egal um welche Schule es sich handelt, aus unserer Sicht keine Subvention, sondern eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Kinder und damit auch in die Zukunft unserer Gesellschaft.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Wir werden die Fördersätze der offenen Ganztagschule um rund 14 % erhöhen. Und wir werden – auch das stärkt den Ganztag – auch unsere Kommunen wieder handlungsfähig machen. Das ist ein Punkt, der deutlich macht, dass wir die Dinge im Zusammenhang sehen.

Auch der Bund ist gefordert, meine Damen und Herren. Das seit 2005 bestehende Kooperationsverbot im Bildungsbereich muss aufgehoben werden. Ich freue mich, dass es zu meiner Initiative diesbezüglich – das hat ja in der Sommerpause eine große Rolle gespielt – aus allen politischen Parteien wachsende Unterstützung gibt. Ich freue

mich insbesondere, dass mir etwa Herr Kinkel ausdrücklich dazu einen Brief geschrieben hat.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit den Kommunen und den Schulen werden wir die Bedarfe für den weiteren Ausbau des Ganztags angehen. Dabei werden wir auch prüfen, mit welchen Formen sich die Ziele des Ganztags am Besten verwirklichen lassen. Auch im Rahmen der Bildungskonferenz könnte dazu eine Klärung erfolgen. Es ist Absicht der Regierung, mit dem Haushalt 2011, dem Haushalt, der den Politikwechsel auch auf den Weg bringen soll, erste Vorschläge dazu zu unterbreiten. – Herzlichen Dank und ein schönes Wochenende.

(Beifall von der SPD, von den GRÜNEN und von der LINKEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Birkhahn das Wort. Ich glaube, auch das ist eine Jungfernrede.

(Allgemeiner Beifall)

Astrid Birkhahn (CDU): Herr Präsident! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Meine Herren und Damen auf der Besuchertribüne, schön, dass Sie so lange noch ausharren. Wir beschäftigen uns mit einem Thema, das uns nicht nur in dieser Plenarwoche sehr stark beschäftigt und gefesselt hat, sondern das uns auch in den kommenden Wochen ganz viel Arbeit bringen wird. Es beschließt diese Plenarwoche. Von daher ist das Thema „Schule“ auch tragend für die weitere Arbeit.

Es ist viel gesagt worden über Urheberschaft und Verdienste. Wissen Sie, als ich den Antrag gelesen habe, hat es mich eigentlich gereizt, auf den Kern von Schule zu schauen – nicht in unserer Zeit, sondern es hat mich erinnert an der Kern von Schule in der Antike. In der Antike sagte man nämlich: Schule bedeutet Muße. – Man war der Meinung, dass man umfassende Bildung nur erlangen kann durch Muße für ruhiges Beobachten und Untersuchen, für verweilendes Konzentrieren, intensives Diskutieren und einen förderlichen Wechsel von Aktivität und Ruhe.

Heute sind wir ja viel moderner und sagen: Wir brauchen mehr Lernzeit, wir brauchen individuelle Förderung, wir brauchen die Chance zur Profilbildung, wir brauchen eine veränderte Rhythmisierung des Schulalltags. Schule ist nicht Instruktionsort, Schule ist Lern- und Lebensraum.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wenn ich diese Formulierung benutze, dann wird deutlich, dass die gebundene Ganztagschule genau diesen notwendigen Rahmen für die so beschriebene pädagogische Arbeit bietet.

Pädagogische Arbeit als Bildungs- und Erziehungsarbeit kann nicht nur in der Schule von Lehrkräften geleistet werden, sondern wir brauchen die Eltern als Partner in diesem Prozess. Wir dürfen sie nicht außen vor lassen. Die offene Ganztagschule nimmt die Eltern mit; denn sie erleichtert eindeutig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Gunhild Böth [LINKE]: Super!)

Wir haben von den Vorrednern gehört, wie wichtig es ist, diese Angebote nicht nur für einen kleinen Schülerkreis zu offerieren, sondern für eine größere Gruppe. Wir haben gehört, dass zum 1. August 2010 50 % der Hauptschulen, knapp 25 % der Realschulen, gut 20 % der Gymnasien und 95 % der Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb laufen. Das ist erst einmal ein positives Ergebnis; denn wir sind davon überzeugt, dass das pädagogisch sinnvoll ist. Der Weg ist richtig, aber wir sind noch nicht so weit, dass wir sagen können: Der Ausbau ist schon zu Ende gebracht.

Sie haben vorhin erwähnt, dass wir – Politik – den Kindern gerne verordnen wollen, den besten Weg zu gehen. Ich habe deutlich gemacht, dass es da auch die Partnerschaft mit den Eltern gibt. Und wenn Eltern sagen: „Wir wollen keinen starren Ganztagsbetrieb“, dann sind wir verpflichtet, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass gute pädagogische Arbeit auch in anderen zeitlichen Abstufungen erfolgen kann.

(Beifall von der CDU)

Deswegen müssen wir den Ganztag so ausbauen, dass Familien Wahlmöglichkeiten haben, so, dass vor Ort den Gegebenheiten Rechnung getragen werden kann und wir mehr Flexibilität bekommen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Bei aller angedeuteten Schärfe in der Auseinandersetzung: Über diese Positionen besteht Konsens im Haus. Da brauchen wir uns nicht auseinanderzudividieren. Im Koalitionsvertrag der Minderheitsregierung heißt es: Wir wollen den Ausbau des Ganztags und flexible Modelle. – Von daher: Eine Seite meiner Rede ist eigentlich ganz auf Harmonie und Konsens gerichtet.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Sorge macht mir: Wo wird denn an Ausbau und Flexibilität gedacht? Ich habe weitergelesen. Da steht: Wir möchten, dass die Gesamtschulen weiterhin den Ganztag bekommen. Wir möchten den Ganztag für neue Schulen im Schulversuch. – Meine Herren und Damen von der SPD und von den Grünen, entspricht das Ihrer Maxime von „Tun, was man sagt“, „Wir wollen den Ausbau von Ganztag und Flexibilität“? Ist das fair und auf Augenhöhe? Wir sehen hier eine parteiische Bevorzugung einzelner Schultypen.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Nach unserem Verständnis ist es fair, eine Verbesserung der individuellen Förderung für Schülerinnen und Schüler durch den Ausbau des Ganztagsbetriebs an allen Schulformen zu erreichen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Eine Politik auf Augenhöhe mit den Kommunen schließt nach unserem Verständnis die Berücksichtigung der Elternwünsche und der örtlichen Gegebenheiten ein.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir diskutieren heute noch nicht abschließend über diesen Antrag, aber ich möchte doch ein Fazit ziehen: Der vorliegende Antrag eröffnet für die schulischen Organisationen einen Weg aus der starren Reglementierung hin zu mehr Flexibilität. Das begrüßen wir im Interesse der Familien und der Gemeinden ausdrücklich.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Beer zulassen?

Astrid Birkhahn (CDU): Sie merken doch an meiner Dramaturgie, dass ich jetzt zum Schlusssatz komme, aber dann gerne.

(Allgemeiner Beifall)

Wir werden im Ausschuss intensiv diskutieren. Ich bin gespannt, wie sich die anderen Fraktionen noch bewegen können; denn der Antrag ist nach meinem Dafürhalten eine Einladung an die Fraktionen der Minderheitsregierung, sich zu mehr Vielfalt in der pädagogischen Realität durchzuringen. Ich freue mich auf die Diskussion.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete Birkhahn, jetzt kommt die Frage der Frau Abgeordneten Beer.

Astrid Birkhahn (CDU): Sie wissen, dass das heute meine Jungfernrede ist. Es muss also eine Beißhemmung da sein.

Sigrid Beer (GRÜNE): Warum? Wer will denn beißen? Herzlichen Dank, dass Sie bei Ihrer Erstrede die Erstfrage zulassen.

Haben Sie irgendwo im Koalitionsvertrag gelesen, dass eine Schule, Schulförm vom Ganztagsausbau ausgeschlossen wird, vorausgesetzt, dass sie den Ganztag möchte?

Astrid Birkhahn (CDU): Nein. Ich habe explizit erwähnt nur Gesamtschulen und Gemeinschafts-

schulen gefunden. Was man weglässt, ist aber auch eine Aussage.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Sigrid Beer [GRÜNE]: Nein, da steht etwas anderes!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Vorednerin hat ein gutes analytisches Verständnis bewiesen. Genau das ist es, was wir die letzten Jahre erlebt haben.

Uns als FDP-Landtagsfraktion sind drei Dinge wichtig, die drei Freiheiten: Zum Ersten muss die Frage des Ganztags ideologiefrei beantwortet sein. Zum Zweiten muss es Wahlfreiheit geben. Zum Dritten brauchen wir Privilegienfreiheit, was die unterschiedlichen Bildungsgänge angeht. Wichtig sind uns also: Ideologiefreiheit, Wahlfreiheit und Privilegienfreiheit.

Genau so ist es unter Rot-Grün früher nicht gewesen.

(Beifall von der FDP)

Weil die Welt eben nicht nur schwarz und weiß ist, sondern es auch grau gibt, findet jetzt jeder wechselseitig immer Einzelbeispiele für bestimmte Erscheinungsformen.

Wo standen wir 2005? Natürlich gab es da auch mal ein Ganztagsgymnasium, Frau Böth, es gab auch irgendwo mal eine Ganztagsrealschule, das lag aber im kleinen einstelligen Prozentbereich.

(Gunhild Böth [LINKE]: Warum wohl?)

Auf der anderen Seite waren über 95 % der Gesamtschulen im Ganztag.

Finanzielle Mittel sind nun einmal nicht endlos. Auch wenn Schwarz-Gelb so viele Ressourcen zusätzlich für Bildung mobilisiert wie keine andere Landesregierung in Deutschland, auch wenn wir da einen Anteil am Haushaltsvolumen von über 40 % erreicht haben, den Rot-Grün in früheren Haushalten nie hatte, wissen wir: Man muss vernünftig mit Ressourcen umgehen, es gibt Ressourcenknappheit, Ressourcen sind nicht unendlich. Wir haben daher gesagt, gerade zum Zwecke der Gleichberechtigung von Schulformen: Wenn die eine Schulform zu über 95 % im Ganztag ist, ...

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Hendricks zulassen?

Ralf Witzel (FDP): Aber selbstverständlich. Immer gern.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Abgeordnete Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrter Herr Witzel, Sie haben darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, bestimmte Dinge zu analysieren. Ich bitte Sie, doch mal zu analysieren, warum so viele Schulen eben keinen Antrag auf Ganztag gestellt haben. Was sagen Sie dazu?

Präsident Eckhard Uhlenberg: Danke schön. – Herr Abgeordneter Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Die Frage möchte ich Ihnen sehr gerne beantworten, Frau Hendricks, weil ich sie für fachlich sehr berechtigt halte. Eigentlich gibt der Antrag Ihnen eine ganz wichtige Antwort darauf.

Frau Hendricks, ich will doch gerade auf Ihre Frage antworten. Mit Herrn Körges kann ich nicht mithalten, aber es ist zumindest eine Frage der Höflichkeit, Ihre Frage zu beantworten.

(Hans-Willi Körges [SPD]: Wenn Sie das einsehen, Herr Witzel, das ist doch schon was!)

– Frau Hendricks vermittelte mir sehr klar den Eindruck, mehr Interesse an Gesprächen mit Ihnen zu haben als an der Beantwortung meiner Frage. Ich möchte es trotzdem tun, zumal sich Frau Hendricks nun freundlicherweise mir zugewandt hat.

(Renate Hendricks [SPD]: Multitasking nennt man das!)

Frau Hendricks, Sie wissen, dass wir in der letzten Legislaturperiode unter schwarz-gelber Verantwortung über 200 Schulen – Realschulen und Gymnasien – neu in den Ganztag gebracht haben. Um diese Aufgabe in der Kürze der Zeit zu stemmen, haben wir in der Tat von den Schulen erwarten müssen, sich nach dem Alles-oder-nichts-Prinzip zu entscheiden, ob sie ein ganz klar festgelegtes Konzept mittragen wollen oder ob sie nach einer Abwägung zu dem Ergebnis kommen, dies nicht zu tun.

Uns war die Rückmeldung aus den Schulen sehr wichtig. Die Schulkonferenzen haben bei grundsätzlichen Fragen der Ausrichtung des Schulbetriebs für uns eine ganz wichtige Entscheidungsfunktion – anders, als die heutige Landesregierung dies bewertet. Wir geben ehrlich zu – das haben wir damals gesagt, Sie können es in Protokollen früherer Plenardebatten nachlesen, und wir sagen es auch heute in dem Antrag –: Wir haben noch nicht alle Potenziale im Ganztagsbereich heben können, weil Schulen genau vor die Alles-oder-nichts-Frage gestellt waren, Frau Hendricks.

Nun treten wir in die nächste Phase ein, in der wir mit dem Aufwuchs, den wir in der letzten Zeit erreicht haben, zu einer stärkeren Ausdifferenzierung kommen können. Wir verlangen den Schulen nun nicht mehr eine Generalentscheidung ab, wie sie ihren Betrieb organisieren will, sondern wir müssen gerade in Zeiten des demografischen Wandels, in dem es zukünftig sicherlich weniger Schulstandorte geben wird, gucken, dass wir mehr Vielfalt an den einzelnen Standorten anbieten,

(Beifall von der FDP)

was die Frage Ganztag bei G8, G9 oder überhaupt den Betrieb von Schulen der Sekundarstufe I an geht.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Ralf Witzel (FDP): Deshalb halten wir es jetzt für richtig, unter den Kriterien, die ich genannt habe, in die nächste Phase einzutreten.

Damit komme ich zu meinem allerletzten Hinweis. Frau Löhrmann – Sie haben das eben angesprochen –: Natürlich gab es auch früher Ganztagschulen. Ich habe bereits in früheren Legislaturperioden mit Ihnen im Schulausschuss dieses Hauses gesessen. Sie waren damals nicht Ministerin; wir beide saßen da als Abgeordnete. Damals haben wir vonseiten der Opposition, CDU und FDP, im Zuge von Haushaltsberatungen Anträge gestellt und gesagt: Gebt doch auch mal den Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien die Chance, verstärkt in den Ganztag zu kommen. – Das ist von Ihrer Seite abgelehnt worden. Damals gab es keinen Fonds, sodass auch mal eine interessierte Realschule oder ein interessiertes Gymnasium in den Ganztag gehen konnte. Es gab einzelne, die in der Vergangenheit irgendwann einmal genehmigt worden sind, die sind fortgeführt worden, aber es gab keine Erweiterungsmöglichkeit. Die haben Sie in der Tat als Privileg für ganz bestimmte Schulformen vorgesehen. So machen Sie es jetzt im Bereich Ihrer sogenannten Gemeinschaftsschule auch. Das finden wir nicht richtig.

Präsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter.

Ralf Witzel (FDP): Wir wollen die Frage des Ganztags ideologiefrei sehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Abgeordnete Böth das Wort

Gunhild Böth (LINKE): Herr Witzel, Sie machen mir langsam Kopfzerbrechen. Was wollen Sie denn nun? Bei Ihrem heutigen Antrag sagen Sie, Sie wollen Vielfalt. Wenn aber die Ministerin sagt, sie will den Eltern noch eine andere Schulform anbieten, sagen Sie, das ist Teufels Werk. Ich glaube, in dieser Frage sollten Sie, was Ihre Strategie angeht, unbedingt und ganz dringend noch einmal in sich gehen.

Ansonsten verzichte ich darauf, noch einmal auf all das einzugehen, was Sie jetzt wieder falsch dargestellt haben, und wünsche allen ein schönes Wochenende.

(Beifall von der LINKEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Die FDP sitzt nicht nur unter der Käseglocke, die produziert auch Käse!)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Landesregierung spricht noch einmal Frau Ministerin Löhrmann.

Sylvia Löhrmann, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auf zwei Hinweise reagieren.

Sowohl FDP als auch CDU sagen jetzt, dass sie beim Ganztag flexiblere Möglichkeiten wünschen.

(Ralf Witzel [FDP]: Jetzt!)

– Jetzt! – Vor diesem Hintergrund wundert es mich wirklich sehr, warum Sie in der vergangenen Legislaturperiode Einzelwünsche von Schulen und Städten, das zu tun, so massiv blockiert haben. Das wundert mich wirklich sehr.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür!)

– Die CDU hat ja jetzt auch gesagt, dass sie es will. Von daher muss ich feststellen, dass sich in der vorigen Regierung offenbar jemand über die Wünsche des Parlamentes maßgeblich hinweggesetzt hat. Ich weiß das so genau, weil sich zum Beispiel in der Heimatstadt von Frau Preuß-Buchholz und mir zwei Gymnasien eine Pauschale teilen wollten, was trotz vielfacher Bemühungen, das anders zu gestalten, politisch nicht durchsetzbar war. Ich will jetzt nicht mutmaßen, wer da als Reiter im Lande unterwegs war; da haben wir alle unsere Vorstellungen. Wir wollen solche Möglichkeiten erweitern, aber trotzdem den Grundgedanken beibehalten, dass Ganztag das Gefäß Zeit erweitert, um vielfältige Bildungsangebote zu machen.

Ich habe hier eben sehr deutlich gesagt – sollten Sie das dem Koalitionsvertrag nicht entnommen haben, Frau Kollegin –, dass es den Ausbau des Ganztags an allen Schulformen geben wird. Ich wiederhole es und werde es auch gerne noch häufiger sagen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Witzel, 2003 haben wir in Zeiten sehr knapper Haushaltssmittel eine Leitentscheidung getroffen, eine Priorität gesetzt. Das muss man nämlich manchmal tun. Wir haben uns damals bewusst für den Ausbau des offenen Ganztags in der Grundschule entschieden.

(Ralf Witzel [FDP]: Und zugleich gegen die weiterführenden Schulen!)

– Die Grundschule ist nicht die Sek I. – Dafür haben wir uns ausdrücklich entschieden, nicht nur, um das Fundament – die Grundschule – zu stärken, sondern auch, weil Eltern, die eine dreijährige Kita als verlässliches Instrument wahrgenommen und erlebt haben, uns vielfach gesagt haben: In der Grundschule fängt es dann an, dass nicht einmal die verlässliche Betreuung und die verlässliche Bildung der Kinder gewährleistet ist. – Insofern wollten wir an die Bildungskette von unten nach oben anknüpfen. Es war die Entscheidung im Rahmen knapper Haushaltssmittel, die Primarstufe zu stärken und in der nächsten Legislaturperiode das Ziel zu verfolgen, auch in der Sekundarstufe I voranzukommen. Ich habe eben ausdrücklich Ihr diesbezügliches Verhalten gewürdigt und hoffe doch, dass wir gemeinsam mittun, den Ganztag in allen Schulformen weiter auszubauen. – Danke schön.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Präsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/218 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte

ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht seine Zustimmung geben? – Wer enthält sich? – Damit ist das einstimmig beschlossen.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe die **nächste Sitzung** ein für Mittwoch, den 10. November 2010, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen nicht nur einen angenehmen Nachmittag, sondern auch ein schönes Wochenende. Am Sonntag ist der Tag der Deutschen Einheit. Vor 20 Jahren ist Deutschland wieder zusammen gewachsen. Wir feiern den Tag der Einheit in diesem Jahr also zum 20. Mal. Die Landesregierung in Bremen veranstaltet dazu einen großen Festakt – dieser wird im nächsten Jahr in Nordrhein-Westfalen stattfinden –, an dem ich teilnehmen und versuchen werde, Sie alle würdig zu vertreten.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:51 Uhr

¹⁾ Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

Schriftliche Beantwortung Mündlicher Anfragen – TOP 5 (Fragestunde)

Schriftliche Beantwortung der Dringlichen Anfrage 14

Die Dringliche Anfrage 14 lautet:

Angehöriger der Landesregierung lädt zu einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion ein

Die SPD-Landtagsfraktion NRW hat im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe „Landtagstalk“ zu einer Informationsveranstaltung mit dem Titel „Die Gemeinschaftsschule. Unser Konzept für die Schule der Zukunft“ am 5. Oktober 2010 eingeladen. Unterzeichnet ist die Einladung von Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion und einem Ministerialrat des Ministeriums für Schule und Weiterbildung, der als Referatsleiter für die Gesamtschulplanung zuständig ist.

Ist es neue Variante der selbsternannten Koalition der Einladungen, dass Mitarbeiter von Ministerien zu Veranstaltungen der SPD-Fraktion einladen und sich über „Ihr Kommen“ freuen?

Die **schriftliche Antwort** der Ministerin für Schule und Weiterbildung lautet:

Die Antwort auf Ihre Frage ist ganz einfach: Nein.

Ich will es aber dabei nicht belassen und gebe Ihnen gerne weitere Hinweise.

Es ist – wie Sie aus der Vergangenheit wissen – durchaus üblich, dass unterschiedliche Fachkreise auf die Expertise eines Ministeriums zurückgreifen. Dazu gehören bei einem Schulministerium zum Beispiel Lehrer- oder Elternverbände ebenso wie pädagogische Fachverbände oder auch politische Gremien wie Stadträte oder eben auch Landtagsfraktionen.

Aus meiner Sicht ist es daher keineswegs anrüchig, wenn Mitarbeiter auch meines Hauses solchen Einladungen in Absprache mit der Hausleitung folgen. Das ist auch hier geschehen – so wie das in der vergangenen Legislaturperiode ja auch immer wieder Praxis war, von der Sie und Ihre Fraktion Gebrauch gemacht haben. Ich habe im Übrigen in der ersten Sitzung des Schulausschusses nach den Sommerferien betont, dass die Expertise meines Hauses unter diesen Bedingungen allen Fraktionen zur Verfügung steht.

Ich bestätige Ihnen gerne, Herr Prof. Sternberg, dass es nicht üblich ist, dass im Namen dieser Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dann auch Ein-

ladungen ausgesprochen werden. Auch in diesem Fall ist dies nicht im Wissen des betroffenen Mitarbeiters geschehen. Insofern konnte auch die Hausleitung von dem Vorgang keine Kenntnis haben, geschweige denn, ihn billigen.

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 7

Die Mündliche Anfrage 7 lautet:

Wer darf an den vom Ministerium für Familie, Kinder und Jugend angesetzten Regionalkonferenzen im Vorfeld der KiBiz-Evaluation teilnehmen?

Im Vorfeld der KiBiz-Evaluation sind vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport Regionalkonferenzen angesetzt worden. Insgesamt sollen fünf Regionalkonferenzen in den Regierungsbezirken stattfinden, von denen zwei wohl schon stattgefunden haben. Weder über die Termine noch über die eingeladenen Teilnehmer hat das Ministerium den Landtag bisher informiert.

Es stellt sich daher nun die Frage, wen das Ministerium hierzu überhaupt eingeladen hat bzw. einladen wird.

Die **schriftliche Antwort** der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport lautet:

Wie der Landtag mit Entschließung vom 16. Juli 2010 beschlossen hat, erfolgt die Revision im Dialog mit Eltern, Trägern, Kommunen und Beschäftigten sowie den entsprechenden Verbänden. Das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport führt entsprechend diesem Auftrag des Landtages in der Zeit vom 30. August bis zum 8. Oktober 2010 fünf Regionalveranstaltungen in den fünf Regierungsbezirken mit jeweils 100 bis 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durch.

Zu diesen Konferenzen wurden eingeladen:

- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband NRW
- ver.di, Landesbezirk NRW
- Verband Bildung und Erziehung, Landesverband Nordrhein-Westfalen
- Katholische Erziehergemeinschaft Deutschland, Landesverband NRW
- Bundesverband Evangelischer Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen e. V., Landesgruppe NRW
- Zentralverband der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Einrichtungen der katholischen Kirche Deutschland e. V., Landesverband Erzieherinnen NW

- *Deutscher Familienverband Nordrhein-Westfalen*
- *Familienbund der Katholiken, LV NRW*
- *Landeselternrat KiTA NRW e. V.*
- *Landesvereinigung für Kinderbetreuung in Tagespflege NRW*
- *Katholisches Büro Nordrhein-Westfalen*
- *Evangelisches Büro Nordrhein-Westfalen*
- *Der Paritätische Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.*
- *Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband Nordrhein e. V.*
- *Caritasverband für die Diözese Münster*
- *Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e. V.*

- *AWO Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe e. V.*
- *Städtetag NW*
- *Städte- und Gemeindebund NRW*
- *Landkreistag Nordrhein-Westfalen*

Dabei war jeweils ein Kontingent von sechs, bei einer Veranstaltung aus Platzgründen fünf, Teilnehmerinnen und Teilnehmern vorgesehen. Die ersten vier Regionalkonferenzen in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Detmold, Köln und Arnsberg haben stattgefunden. Ich werde den Landtag nach Abschluss und Auswertung aller fünf Regionalkonferenzen über die von den Teilnehmenden für die Revision vorgetragenen Anliegen informieren.